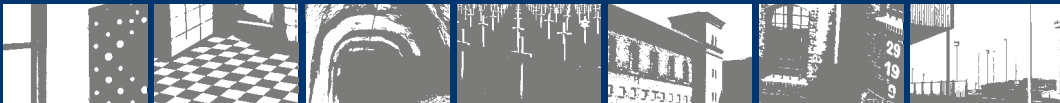




Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

1 | 2019



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933|

1945|

1989|

**Gedenkrede zum 74. Jahrestag des Massakers von Gardelegen
am 14. April 2019**

Juna Grossmann

1

**Ansprache im Rahmen der Gedenkveranstaltung des Landes Sachsen-Anhalt
anlässlich des Gedenktages der Bundesrepublik Deutschland an die Opfer
des Nationalsozialismus am 27. Januar 2019 in Wernigerode**

Gideon Jakob Nissenbaum

5

**Zur Einweihung des Gräberfeldes für 121 Opfer des NS-Regimes
auf dem städtischen Friedhof in Halberstadt am 27. Januar 2019**

Fabio Dorigato / Marek Jakubowski / Lutz Miehe

14

Der 9. November 1938. Beginn des Holocaust.

**Ansprache im Rahmen der Eröffnung der Wanderausstellung „Justiz
im Nationalsozialismus: Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes“
anlässlich des 80. Jahrestages des Novemberpogroms am 9. November 2018
im Landtag von Sachsen-Anhalt**

Ingo Müller

22

**„Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des
Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt.“ – Eine Bilanz nach zehn Jahren**

Daniel Bohse und Michael Viebig

36

Die Mauer und die Vögel

Rede zum 3. Oktober 2018 in Marienborn

Christoph Dieckmann

49

**„Die Vernichtung der Unbrauchbaren“ – Eine neue Dauerausstellung in
der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg**

Ute Hoffmann

59

**Zum Gedenken an das Unrecht der NS-Zwangsarbeit als Aufgabe
der Erinnerung in Deutschland**

Michele Barricelli 70

**„Fragt heute!“ – Ein Projekt der Landeszentrale für politische Bildung
Sachsen-Anhalt zur Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen**

Cornelia Habisch 83

**Von einer Gedenkaktion zu einer Petition.
Oder: Was ein pädagogisches Projekt bewirken kann**

Hanka Rosenkranz 90

**Die Hinrichtungsstätte „Todeskiefer“ auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außen-
lagers Langenstein-Zwieberge – Über den Erhalt eines besonderen Baumes**

Nicolas Bertrand 100

**„Hier waren Deutschland und Europa bis 1989 geteilt“
Die Geschichte zum Gedenktafel-Projekt**

Ulrich-Karl Engel 117

Aus der Arbeit der Stiftung

**Gedenken in Gardelegen – Ein Rückblick auf den 74. Jahrestag des Massakers
in der Isenschnibber Feldscheune am 14. April 2019**

Andreas Froese 130

**Veranstaltungen am 27. Januar 2019 in den Gedenkstätten für Opfer des
Nationalsozialismus**

Gesine Daifi / Melanie Engler / Andreas Froese / Ute Hoffmann / Michael Viebig 135

**Ein Tabu: Zivilisten, Kriegsgefangene und politische Häftlinge in Lagern
des NKWD. Das Halle-Forum vom 25. bis 26. Oktober 2018**

André Gursky 145



Die Schriftstellerin Juna Grossmann bei ihrer Gedenkrede in Gardelegen

Gedenkrede zum 74. Jahrestag des Massakers von Gardelegen am 14. April 2019¹

Juna Grossmann

Guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren!

Guten Tag, sehr geehrte Frau Śliwińska!²

Bitte erlauben Sie, dass ich niemanden sonst hier namentlich nenne, doch stelle ich mir an Orten wie diesen und an Tagen wie diesem immer die eine Frage: Um wen geht es? Um wen geht es in Nachrichten und Zeitungen an Tagen wie diesen? Geht es um uns heute und darum, wer hier heute mit welchem Rang erschienen ist? Oder geht es nicht vielmehr um die Menschen, die hier ermordet wurden, um ihr Vermächtnis, um die Menschen, die zunächst in Massengräbern verscharrt dem Vergessen anheimfallen sollten? Hier an diesem Ort gelang das dank der US-amerikanischen Alliierten nicht – doch an wie vielen anderen Orten ist es gelungen? Wie viele Menschen haben ihre Namen, ihre Identität nicht zurückerhalten? Wie viele Familien suchen noch immer? An

wie vielen Orten wird noch heute geschwiegen über das, was geschah? Noch immer wird zu viel geschwiegen, und schon wieder wird geschwiegen. Es wird weggesehen, wie einst so viele wegsahen. Und es macht mich wütend und ich schäme mich – als Deutsche und als Jüdin.

Einige von uns treffen sich an Tagen der Erinnerung und gedenken der Menschen, die nicht leben durften, weil sie wegen ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer politischen Einstellung oder ihrer Behinderung so sehr gehasst wurden, dass ihnen das Recht auf Leben abgesprochen wurde. Und heute? Der Hass und die Gewalt nehmen zu.

Seit über 70 Jahren wird in unserem Land auf die eine oder andere Weise gedacht. Es sind dies Zeichen, gedacht, dass wir nicht vergessen sollen, nicht vergessen werden. Und es sollten Erinnerungen für uns sein, um uns darüber bewusst zu sein, wie einfach Menschen anderen Menschen unaussprechliche und unvorstellbare Gräueltaten antun können. Wir sagen an diesen Tagen und an diesen Orten Dinge wie „Nie wieder!“ und „Wehret den Anfängen!“ – und ich frage mich mehr und mehr: Ist es das, was wir heute den Opfern schuldig sind, was wir uns selbst schuldig sind? Ist es das, was wir heute erleben in seinem immer lauter werdenden halsschwellenden Hass, was unser Land sein soll? Ist es, dass wir dulden, dass wieder und immer mehr Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Religion oder sexuellen Orientierung, aus absurden „Gründen“ diskriminiert, bespuckt, geschlagen und ermordet werden? Ist es, dass wir Menschen, die unseren Schutz suchen, an den Grenzen abweisen? Ist es, dass Menschen über Jahre unerkannt andere Menschen ermorden konnten, weil ihnen deren Geburtsort, deren Religion nicht gefiel und die nachfolgenden Ermittlungen ein Beispiel für alltäglichen Rassismus, für Schlamperei und für Desinteresse sind? „Es waren ja keine Deutschen!“ Ist es, dass Menschen auf deutschen Straßen wieder ungestraft „Juden ins Gas!“ rufen dürfen? Ist das dieses „Wir haben aus der Geschichte gelernt!“ – haben wir das? Haben wir wirklich verstanden? Wirklich gelernt?

Nichts haben wir! Zu wenige sind im Alltag aktiv. Zu viele denken, Rituale wie dieses hier seien genug. Es seien der Rituale genug. Was tun wir, wenn wir heute hier fertig sind? Was tun wir, bis wir zur nächsten Gedenkveranstaltung gehen, hier oder irgendwo? Wer-

den wir in einem Café den Blick abwenden, wenn ein Mensch auf der Straße mit einem Gürtel geschlagen wird, den Blick abwenden, wenn Obdachlose angezündet werden, wenn der Mann mit der Kippa geschlagen, die Frau mit dem Kopftuch bespuckt und getreten wird? Werden wir still sein bei all dem, was andere Menschen klein machen soll, weil sie nicht in das Bild wieder anderer passen, in das Bild jener, die immer lauter schreien, immer gewalttätiger auftreten? Werden wir schweigen, weil wir schon so sehr an den lauten Hass gewohnt sind? Wie viele werden nicht einschreiten bei Rassismus und Diskriminierung, weil es zu anstrengend ist, zu ungemütlich? Weil sie eine irrationale Angst haben? Was also tun wir hier? Was tun wir heute hier an diesem Ort? Was nehmen wir mit und was tun wir an all den anderen Tagen, an denen wir nicht offiziell der Toten gedenken? Wenn Orte wie Gardelegen, Treuenbrietzen, Sachsenhausen, Auschwitz und all die anderen die Menschheit nicht zur Vernunft brachten, was dann?

Heute an diesem Ort, an dem so unvorstellbar Grausames geschah, ist nichts vergessen. Die Verantwortung, die uns übertragen wurde aber, sie scheint mir immer mehr vergessen. Lassen Sie es nicht zu, lassen Sie uns nicht vergessen. Lassen Sie uns an unsere Verantwortung nicht nur den Ermordeten und den Überlebenden gegenüber denken. Lassen Sie uns auch an diese, unsere Verantwortung heute denken, unsere Verantwortung, die wir gemeinsam haben, Verantwortung als Nachfahren der Opfer, der Widerständigen, der Täterinnen und Täter und der Befreierinnen und Befreier. Unsere Verantwortung heute, 2019, ist es, keine Diskriminierungen zuzulassen, unsere Verantwortung, uns laut und deutlich vor jene zu stellen, die unseren Schutz brauchen. Lassen Sie uns denken an unsere Verantwortung unserer geschenkten Freiheit und Demokratie gegenüber – daran, sie zu verteidigen. Lassen Sie uns denken an unsere Verantwortung, das Grundgesetz zu achten und es zu befolgen, dass hier in unserem Land niemand je wieder wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, wegen seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen, wegen seiner Behinderung benachteiligt wird. Wir alle wissen: Wir haben sehr viel zu tun, wenn wir zurückfahren, in unseren Alltag, in unsere Leben. Wir haben zu tun – und wir dürfen nicht ausruhen!

Die Menschen, die hier starben, die hier ihre letzte Ruhe fanden, wie all die Opfer von nationalsozialistischem Wahn, haben uns etwas hinterlassen. Lassen Sie uns daran

und vor allem an die Menschen selbst denken, die hier in diesem Wahn sterben mussten, an die Menschen, um die es hier geht. Widmen wir nun gemeinsam eine Minute schweigend den Menschen, wegen denen wir hier zusammengekommen sind!

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu den Beitrag von Andreas Froese in diesem Rundbrief.
- 2 Agnieszka Śliwińska ist die Enkelin von Władysław Śliwiński, der am 11. April 1945 auf den Todesmärschen nach Gardelegen verstarb. Erst seit wenigen Monaten wissen sie und ihre Familienangehörigen in Polen, dass ihr Großvater Władysław auf dem Ehrenfriedhof in der Gedenkstätte Gardelegen beigesetzt ist. An der Gedenkveranstaltung zum 74. Jahrestag des Massakers von Gardelegen, bei der der Name ihres Großvaters offiziell in das Gedenkbuch aufgenommen wurde, nahm sie persönlich teil.



Gideon Jakob Nissenbaum während seiner Gedenkrede am 27. Januar 2019 im Wernigeröder Rathaus

Ansprache im Rahmen der Gedenkveranstaltung des Landes Sachsen-Anhalt anlässlich des Gedenktages der Bundesrepublik Deutschland an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2019 in Wernigerode

Gideon Jakob Nissenbaum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Gaffert,
 sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff,
 sehr geehrte Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt Frau Brakebusch,
 Minister des Landes Sachsen-Anhalt,
 Mitglieder des Bundestages und des Landtages,
 kirchliche Würdenträger, Vertreter der jüdischen Gemeinde
 sehr verehrte Anwesende,
 als der damalige Bundespräsident Roman Herzog¹ am 3. Januar 1996 durch Proklamation, mit Zustimmung aller Fraktionen, den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nati-

onalsozialismus festlegte, war dies ein wichtiges Signal für uns Juden in Deutschland. Ein Jahr zuvor hatte ich die Ehre, den Bundespräsidenten Roman Herzog, in meiner Funktion als Direktoriumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, zur Gedenkveranstaltung nach Auschwitz begleiten zu können. Dort, in das KZ-Gedenkbuch von Auschwitz, schrieb der Bundespräsident die Worte: *„Hier öffnen die Toten den Lebenden die Augen.“*

Vielleicht war das, was er dort gesehen hatte, der Auslöser, den Gedenktag bundesweit gesetzlich zu verankern. Er wollte aber auch keinen reinen Holocaust-Gedenktag, sondern an alle Opfer des Nationalsozialismus gedenken. Vergessen wir nicht, dass mehr als 50 Millionen Menschen ihr Leben lassen mussten, nur weil ein Regime von sogenannten Herrenmenschen über andere Völker bestimmen wollte. Dabei wurde das jüdische Volk zum größten Feind der Nationalsozialisten erklärt, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und der ganzen Welt. Deswegen ist es auch nur richtig gewesen, dass die Vereinten Nationen im Jahr 2005 den 27. Januar zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklärten.

Als ich die Einladung bekam, heute am 27. Januar zu Ihnen zu sprechen, gingen mir so spontan einige Gedanken durch den Kopf. Ist es denn schon an der Zeit, dass meine Generation als Zeitzeugen von Überlebenden zu Ihnen spricht? Was bewege ich durch meine Nacherzählung der schrecklichen Erlebnisse meines Vaters, die er durch die Nazi-Barbaren durchlitten hatte?

Die Idee des Bundespräsidenten Roman Herzog war nicht, dass man diesen Gedenktag als einen Feiertag begehen soll, sondern er wollte, dass der Gedenktag sich vor allem an die Institutionen unseres Landes, die auf die Erziehung und Bildung Einfluss haben, sowie an die Medien, die die Menschen sensibilisieren können, richtet. Wir sollen Lehren daraus ziehen, damit auch die zukünftigen Generationen eine Orientierung haben, verstehen, wie fragil die Werte der Freiheit und des Rechts sind, wie leicht sie wieder in Frage gestellt und vielleicht sogar wieder beseitigt werden können. Deswegen müssen wir vielleicht doch immer wieder die Einzelschicksale erzählen, damit sie auch begreiflich werden. Denn wenn wir von sechs Millionen ermordeten Juden sprechen, wovon jedes Menschenleben ein Einzelschicksal war, können wir es uns gar nicht vorstellen.

So will ich mit einer aktuellen Begebenheit beginnen: Treblinka, ein kleines Dorf nord-östlich von Warschau, gab dem Vernichtungslager Treblinka in unmittelbarer Nähe seinen Namen. Es liegt abseits der Straße auf einem Feld, von einem idyllischen Wald umgeben. Dies war eines der größten Vernichtungslager, das die Nationalsozialisten errichtet hatten. Es bestand gerade einmal von Juni 1942 bis November 1943. Bei der Auflösung des Lagers ließen die Nazis alles demontieren, das Feld mit der restlichen Asche und den Gebeinen umpflügen, als wäre dort nichts geschehen. Dieses Lager diente nur einem Zweck: Menschen zu ermorden und zu beseitigen. Da es nur Wenigen gelang, dieses Lager wieder lebendig zu verlassen, gab es auch keine Lobby, die dieses schlimme Lager in das Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen konnte.

So hatte ich zusammen mit meiner Frau im vergangenen Jahr die Ehre, unseren Ministerpräsidenten Reiner Haseloff und seine Gattin zu dem ehemaligen Vernichtungslager Treblinka zu begleiten, was für mich sehr emotional war, denn mein Vater selig gehörte mit meinem Großvater Laib und meinem Onkel Josef zu den ganz Wenigen, die dieses Lager lebendig wieder verlassen konnten.

Meine Großmutter Chenja Perla, Tante Scheina Bracha, Tante Genia Gitel und viele andere Familienangehörige wurden dort erbarmungslos in die Gaskammern getrieben und grausam ermordet. Am Ende wurden die nackten Körper auf dem Scheiterhaufen verbrannt, die Überreste im Massengrab und über die Felder verstreut. Dieser Mordmaschinerie in Treblinka fielen circa eine Million Menschen zum Opfer. Die heutige polnische Regierung hat Treblinka als größten Friedhof von Polen gewürdigt.

Mein Großvater Laib und mein Onkel Josef verdanken ihr Leben dem Umstand, dass sie unter circa 200 arbeitsfähigen Männern bei der Ankunft ausgesucht wurden, die ein SS-Mann für ein anderes Arbeitslager benötigte. Als meine Großmutter dies mitbekam, gab sie meinem Vater einen Schubs, sich unter diese Männer, bei denen schon sein Vater und dessen Bruder standen, zu mischen. Zuvor segnete sie ihn und sagte, er müsse überleben und erzählen, was man uns Juden hier angetan hat. Dieses Vermächtnis meiner Großmutter Chenja Perla begleitete meinem Vater selig bis zu seinem letzten Tag. Noch kurz vor seinem Tode fragte er meine Mutter: „Habe ich denn auch alles getan, was meine Mutter Chenja Perla gewünscht hatte?“

Mein Vater Sigmund „Shimon“ wurde 1926 als Jüngster von fünf Geschwistern in Warschau² geboren. Er wuchs im Warschauer Stadtteil Praga auf. Die Familie betrieb in

Warschau und in der Umgebung mehrere Ziegeleien sowie ein Bauunternehmen. Nach der Besetzung Warschaus durch die Nationalsozialisten wurde mein Vater mit der gesamten Familie ins Warschauer Ghetto zwangsumgesiedelt³, der Familienbesitz mit den Unternehmen wurde enteignet. Hier endete die Kindheit meines Vaters mit gerade einmal 13 Jahren. Und er musste sich schnell auf die schwere Zeit einstellen. Er war eines der Kinder, die von der sogenannten arischen Seite Lebensmittel ins Ghetto schmuggelten. Später kam dann auch noch die Versorgung für den Aufstand des Warschauer Ghettos hinzu. Bei diesen gefährlichen Unternehmungen wurde er auch mehrmals gefasst, aber es gelang ihm immer wieder, der Deportation zu entkommen. Nach der Niederlage des Warschauer Ghettoaufstandes 1943 kam die Familie mit einem der letzten Transporte nach Treblinka. Von dort aus verschleppte man meinen Großvater, Onkel und Vater in die Lager nach Majdanek, Lublin, Budzyń⁴, Auschwitz, Flossenbürg, Hersbruck⁵, wieder nach Flossenbürg zurück und dann bis nach Offenburg⁶ an die französische Grenze. Es hört sich schon fast an wie eine Städtereise, nur war jede Station eine neue Herausforderung, das nächste Lager zu überleben.

Wie durch ein Wunder ist es meinem Großvater, Onkel und Vater gelungen, über die ganze Zeit zusammenzubleiben. Oder war es auch der Instinkt des Überlebens? Nur mit Disziplin und starkem Willen konnte man wohl die stundenlangen Appelle bei der schrecklichen Kälte aushalten, ohne umzufallen. Überall, wo ein Spezialist gefragt war, meldeten sie sich, denn sie lernten schnell, dass sogenannte Spezialisten bei der SS gebraucht wurden und dadurch eine Möglichkeit entstand, noch einen weiteren Tag zu überleben.

Bei ihrer letzten Station in Offenburg waren sie eingesetzt, um Blindgänger an den Bahngleisen zu entschärfen. Das war schon kurz vor Ende des Krieges. Die Alliierten standen schon an der Grenze und flogen regelmäßig Angriffe. An einem dieser Tage erkrankte mein Großvater, sodass er nicht mit auf Arbeit gehen konnte. Bei ihrer Rückkehr suchten mein Vater und mein Onkel nach ihm, denn er war nicht mehr auf der Krankenstation. Sie erhielten die Aussage: „Er ist nicht da.“

Dies konnte mein Vater nicht verstehen, und nach hartnäckigem Nachfragen schleppte ihn ein SS-Mann die Treppe herunter in den Keller der Kaserne: Ihm bot sich ein schrecklicher Anblick von toten Körpern, mit Beilen bestialisch erschlagen, darunter auch mein Großvater Laib. Und das zwei Tage vor der Befreiung.

Wie traumatisiert waren wohl die Überlebenden nach ihrer Befreiung, deren Erlebnisse keinen interessierten? Doch sie selbst konnten kaum an etwas anderes denken. Sie waren zwar frei, aber allein; keine Familie, keine Heimat, kein Zuhause, kein Beruf, kein Geld. Und sie lebten unter ihren Peinigern.

Viele dieser Überlebenden versuchten deshalb, so schnell wie möglich auszuwandern. In die USA, nach Kanada, Australien und selbstverständlich in das damalige Palästina, um dort den noch zu gründenden Staat Israel aufzubauen. Aber mein Vater war einer der wenigen Überlebenden, die hier in Deutschland geblieben sind. Vielleicht war es auch der Auftrag meiner Großmutter, der ihn ein Leben lang nicht losließ und diese Entscheidung treffen ließ, im Land seiner Peiniger zu bleiben, als lebendes Mahnmal für die Möglichkeiten der menschlichen Entgleisung.

So traf er meine Mutter, die ihr eigenes Schicksal mit sich trug. Vielleicht konnten sie sich deswegen gemeinsam therapieren und Mut zum neuen Leben fassen. Dazu gehörte aber auch, gleich nach der Befreiung nach Offenburg zu gehen, wo sein Vater und 41 andere ermordete Kameraden in einem Massengrab lagen, um ihnen ein würdiges Andenken zu schaffen. Auch hier war deutsche Gründlichkeit am Werk. Auf der Häftlingsliste waren die Ermordeten mit einem roten Stift durchgestrichen, Vermerk „An Herzversagen gestorben!“ Alle um dieselbe Uhrzeit!

Meine Eltern blieben in Konstanz am Bodensee und bauten ein Handelsgeschäft auf. Mein Vater selig wurde ein erfolgreicher Geschäftsmann. In seinem ersten Haus, das er erbaute, richtete er eine kleine Synagoge zum Gedenken an seine ermordeten Eltern und Geschwister ein. Mit dieser Synagoge wurde auch wieder jüdisches Leben in Konstanz und am Bodensee ermöglicht, sodass sich wieder eine Gemeinde gründen konnte. Heute zählt sie 278 Mitglieder.

Er war in vielen jüdischen Gremien ehrenamtlich engagiert und hatte den Mut, am Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands mitzuwirken, die Hand zur Versöhnung zu reichen. Er glaubte, dass die junge Generation aus den Fehlern ihrer Eltern gelernt habe. 1983 kam mein Vater als Delegierter des Zentralrates der Juden in Deutschland zum 40. Jahrestag des Gedenkens an den Aufstand im Warschauer Ghetto zum ersten

Mal wieder nach Polen. Was er dort vorfand, wo einst so ein blühendes jüdisches Leben war, erschreckte ihn so sehr, dass er sich berufen fühlte, die Zerstörung von jüdischen Friedhöfen aufzuhalten und das, was noch von der jüdischen Kultur übriggeblieben war, zu retten. So kam ihm die Idee, eine Stiftung zur Erhaltung jüdischer Kultur und Friedhöfe zu gründen. Das damals noch kommunistische Polen, das gerade zwei Jahre zuvor das Kriegsrecht ausgerufen hatte, hatte keine gültigen Gesetze zur Gründung von Stiftungen. Erst 1985 wurde im Sejm⁷ die gesetzliche Grundlage geschaffen, um eine Stiftung zu legalisieren.

Eines seiner Ziele war es, dass auch Treblinka eine würdige Erinnerungsstätte bekommt. Dies hatten wir in unserer Familie in den ganzen Jahren auch nie aus den Augen verloren. Deswegen war es auch für mich im November letzten Jahres ein besonderes Ereignis, bei der Vertragsunterzeichnung zwischen dem polnischen Kultusministerium und der Woiwodschaft, in welcher Treblinka liegt, dabei zu sein. Somit ist der Grundstein gelegt, dass dort in Zukunft eine würdige Gedenkstätte mit einem Museum errichtet wird. Heute noch kommen wenige deutsche Jugendliche nach Treblinka, aber im vergangenen Jahr waren von denen, die kamen, die meisten aus dem Bundesland Sachsen-Anhalt.

An dieser Stelle will ich die Landesregierung sowie die zuständigen Minister sensibilisieren, Bildungsreisen für junge Menschen an die Orte des Geschehens anzubieten. Lassen Sie nicht nach im Bemühen, in den Schulen die Themen Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung anzusprechen und auch für den demokratischen Rechtsstaat zu werben! Ich darf an den Satz am Anfang meiner Rede erinnern, was die Idee von Bundespräsident Roman Herzog mit Blick auf den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus war: Er sollte sich vor allem an die Institutionen unseres Landes richten, die auf die Erziehung und Bildung Einfluss haben. Ich denke, es ist heute wichtiger denn je, die heranwachsenden Generationen weiter aufzuklären und sie zu selbstbewussten, starken Demokraten zu erziehen. Stolz zu sein auf seine Herkunft, aber den Unterschied zu verstehen zwischen dem berechtigten Stolz auf die Heimat und dem nationalistischen Hass auf andere. Sich einzusetzen gegen die Ungerechtigkeiten, aber dies nicht damit zu verwechseln, mit gewaltbereiten Demonstranten auf die Straße zu gehen. Parteien hinterherzulaufen, die zwar manche Probleme beim Namen nennen, aber selbst keine wahre Lösung dafür anbieten. Wie können wir der Jugend begreiflich



Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Religion und Gesellschaft gedachten am 27. Januar 2019 auf dem Gelände des ehemaligen Außenlagers des Konzentrationslagers Buchenwald im Veckenstedter Weg in Wernigerode der Opfer des Nationalsozialismus.

machen, wie schleichend man die Freiheit verlieren kann? Ich frage mich nur: Was haben wir in den letzten Jahren nicht beachtet? Gab es doch vor ein paar Jahren eine positive Stimmung, was die Entwicklung des Judentums in Deutschland betraf. Jüdische Gemeinden wuchsen und man dachte nicht mehr ans Auswandern. Ja, man hatte das Gefühl, der antisemitische Gedanke würde immer schwächer.

So haben wir heute wieder Steigerungen antisemitischer Tendenzen mit sogar tätlichen Übergriffen. Jüdische Restaurants werden Ziele von Angriffen. Der neue Nazi geht stolz mit Hitlergruß vor die Fernsehkameras, zeigt öffentlich seine Gesinnung. Rechte Musikgruppen diffamieren Auschwitz-Gräueltaten. Juden mit Kippas werden angepöbelt, ja auch körperlich angegriffen. Hakenkreuze und Davidstern-Schmierereien verschandeln wieder Häuser in den Städten. Meist ist unsere Justiz überfordert und wird dann erst auf öffentlichen Druck aktiv. Junge Juden, die hier in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, wollen dem Druck des Antisemitismus, sowohl des klassischen wie auch des arabischen Antijudaismus⁸, nicht mehr entgegentreten müssen. Und so sitzen inzwischen immer mehr junge Juden auf gepackten Koffern. Es wird also höchste Zeit, dass

sich alle Demokraten zusammenfinden und diesen Entwicklungen entschlossener entgegenzutreten!

Ende April 2004 fand in Berlin eine Antisemitismuskonferenz der 55 OSZE-Staaten statt. In seiner Eröffnungsansprache sagte der damalige Außenminister Fischer: „Solange sich jüdische Menschen, Jüdinnen und Juden in unseren Ländern nicht sicher, nicht wirklich zu Hause fühlen, solange Synagogen, jüdische Schulen und Kindergärten von der Polizei geschützt werden müssen, solange Politiker mit antisemitischen Resentiments auf Stimmenfang gehen – solange müssen wir uns der Bedrohung durch den Antisemitismus gemeinsam stellen.“⁹

Unsere demokratischen Parteien sollten die Sorgen der sogenannten kleinen Leute ernst nehmen, die sich abgehängt fühlen, die Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder, um die Krankenversorgung, die Rente und um ihr Ersparnis haben, wenn Banken keine Zinsen mehr bieten und manche Politiker zynisch dazu raten, dann müsse der „Kleine Mann“ eben in Aktien investieren. Wenn die Politik die Belange der breiten Bevölkerung aus den Augen verliert, finden Populisten mit ihren vermeintlich einfachen Lösungen wieder Gehör. Wir sollten da auch nicht dem Irrglauben aufsitzen, dass die rechten Populisten, wenn sie erst einmal mitregieren müssen, Vernunft annehmen werden.

War es doch nicht selbstverständlich, dass die Weltgemeinschaft, nach all dem was von Nazi-Deutschland ausging, der Bundesrepublik Deutschland das Vertrauen schenkte und sie wieder zu einem starken wirtschaftlichen Staat heranwachsen ließ – weil wir die Grundrechte verteidigt haben und die Demokratie damit aufbauten.

Verspielen wir nicht das Vertrauen, vergessen wir nicht: Schnell kann die Welt aus den Fugen geraten.

Es liegt heute in unseren Händen, wie wir Deutschland gestalten und in die Weltgemeinschaft einbringen können, sodass wir den Frieden, den wir von unseren Eltern bekommen haben, auch erhalten können.

Da wäre noch der berühmte Schlussstrich. Nur worunter soll man den machen? So lange es auf der einen Seite Neonazis gibt und Leugner der Massenmorde in den von Nazis errichteten Konzentrationslagern, so lange können wir auch nicht dazu schweigen.

Lassen Sie mich schließen mit der Erinnerung an den Auftrag meiner Großmutter Chenja Perla selig, den sie an meinen Vater selig gab, an das Gewesene zu **erinnern** und zu

mahnen: So wollte auch ich heute vor Ihnen **erinnern**, was gewesen ist, um uns alle zu **mahnen**, dass es nie wieder zu so einer Tragödie kommen darf!

Anmerkungen

- 1 Roman Herzog (1934-2017) war von 1994 bis 1999 der siebte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.
- 2 Bis 1939 befand sich in Warschau die größte jüdische Gemeinde Europas.
- 3 Nach dem deutschen Überfall auf Polen wurde im Herbst 1940 das Warschauer Ghetto errichtet: 400.000 Menschen wurden auf engstem Raum eingeschlossen und überwacht. Unterversorgung, Diskriminierung und Gewalt standen auf der Tagesordnung. Im Juli 1942 begannen die ersten Deportationen von Jüdinnen und Juden aus dem Ghetto in das Vernichtungslager Treblinka.
- 4 Das Zwangsarbeiterlager Budzyn bei Kraśnik war Ende 1942 für die Flugzeugproduktion der Heinkel-Werke eingerichtet worden. Im Februar 1944 wurde es dem KZ Lublin-Majdanek als Außenlager unterstellt.
- 5 In Hersbruck befand sich von Juli 1944 bis April 1945 das zweitgrößte Außenlager des KZ Flossenbürg.
- 6 In einem Kasernengebäude in Offenburg befand sich von März bis April 1945 ein Außenlager des KZ Natzweiler.
- 7 Das polnische Parlament besteht aus zwei Kammern: dem Sejm (Unterhaus) und dem Senat (Oberhaus).
- 8 Aktuelle Diskurse zum Thema Antisemitismus werden im gleichnamigen Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung reflektiert, online unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/> [Stand vom 13.03.2019], darin u.a.: Fischer, Mirjam: Antisemitismus bei Muslimen, online unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/269248/antisemitismus-bei-muslimen> [Stand vom 13.03.2019]. Mehr dazu auch auf der Website AndersDenken. Die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit, online unter <https://www.anders-denken.info/> [Stand vom 13.03.2019].
- 9 OSZE-Antisemitismuskonferenz, Session 1: „Legislative and institutional mechanisms and governmental action including law enforcement“, 28. April 2004 in Berlin, Ansprache von Joschka Fischer, online unter <https://www.osce.org/de/cio/31710?download=true> [Stand vom 13.03.2019].

Zur Einweihung des Gräberfeldes für 121 Opfer des NS-Regimes auf dem städtischen Friedhof in Halberstadt am 27. Januar 2019

Fabio Dorigato / Marek Jakubowski / Lutz Mieke

Am 22. September 2015 teilte Jercy Mydlarz aus Polen in einem Brief an das Stadtarchiv Halberstadt mit, dass er nähere Informationen zum Bestattungsort seines Vaters Szczepan Mydlarz, der aus Warschau in ein deutsches Konzentrationslager im Harz verbracht worden sei, suche. Er habe Informationen, dass sich dessen Grab hier befinde.

Dieser Brief war der Ausgangspunkt umfangreicher Recherchen, denn die Grabstelle von Szczepan Mydlarz war zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt. Im Ergebnis der Ermittlungen konnte festgestellt werden, dass er im Jahre 1945 nach Halberstadt verbracht wurde, wo er zusammen mit weiteren NS-Opfern in einer Turnhalle am Reichsbahnausbesserungswerk notdürftig untergebracht war. Es konnte weiterhin ermittelt werden, dass sich seine und die sterblichen Überreste von weiteren 120 Menschen unter einer Rasenfläche auf dem städtischen Friedhof von Halberstadt befinden. Die meisten dieser Verstorbenen kamen aus Polen und Italien.

Trotz der Recherchen sind unsere gegenwärtigen Kenntnisse über die Ereignisse im Lager am Reichsbahnausbesserungswerk in Halberstadt nur gering. Nur wenige Dokumente konnten bisher aufgefunden werden. So berichtete der Generalstaatsanwalt aus Naumburg in einem als „geheim“ deklarierten Schreiben am 10. Februar 1945 dem Justizminister, dass das Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion ihn zwei Tage zuvor davon unterrichtet habe, dass in eine Turnhalle in Halberstadt etwa 440 polnische und italienische Strafgefangene aus dem Bezirk des Oberlandesgerichtes Braunschweig verlegt werden sollten.

Eine Woche später meldete der Generalstaatsanwalt, dass am 11. Februar 1945 insgesamt 444 gefangene Polen und Italiener in der noch nicht vollständig hergerichteten Turnhalle untergebracht worden seien. 120 von ihnen seien wegen ihrer schlechten körperlichen Verfassung nicht einsatzfähig, einer sei bereits gestorben, viele seien schwerkrank, mit weiteren Todesfällen sei zu rechnen.

Nr. 378 C

Halberstadt, den 28. Februar 1945

Der Lehrer, Szczepan Mydlarz, Katholik,
 wohnhaft in Halberstadt, Eisenbahnunfall,
 ist am 24. Februar 1945 um 17 Uhr - Minuten
 in Halberstadt, Eisenbahnunfall verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 25. September 1911
 in Marxhausen

(Standesamt _____ Nr. _____).

Vater: /

Mutter: /

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet mit Unbekannt.

Eingetragen auf mündliche — schriftliche Anzeige von O. F. Gruppenscheidt
Friedrich Vikowitz, wohnhaft in Halberstadt, Katholik.
 Der Anzeigende ist bekannt, Frankfurt, von diesem
Kreis am 24. Februar 1945 unterzeichnet zu sein.

Vorgelesen, genehmigt und _____ unterschrieben:
Friedrich Vikowitz

Der Standesbeamte
In Vertretung Heuer

Todesursache: Autogenuss Gruppenscheidt

Eheschließung des — Verstorbenen am _____ in _____

(Standesamt _____ Nr. _____).

Sterbeurkunde von Szczepan Mydlarz, ausgestellt am 28. Februar 1945, Standesamt Halberstadt, Sterbeurkunde 378/1945

Das in dem Schreiben des Generalstaatsanwaltes erwähnte erste Opfer des neuen Lagers war der Pole Wladislaw Marek, der am 12. Februar 1945 im Alter von 40 Jahren in Halberstadt verstorben ist.

Die Anzeige von Todesmeldungen von Gefangenen durch die Angehörigen der Wachmannschaft beim Standesamt Halberstadt wiederholte sich nun Tag für Tag. Allein in der ersten Woche der Existenz des Lagers wurden 21 Todesdokumente ausgestellt. Den letzten Toten des Lagers registrierte das Standesamt am 6. April 1945: Der 23 Jahre alte Stanislaw Stanek sei an „Entkräftung infolge blutiger Durchfälle“ gestorben, heißt es in der Sterbeurkunde. Insgesamt verstarben in dem Lager 121 Menschen.

Die durchgeführten Recherchen führten zu dem Ergebnis, dass 71 Personen aus Polen und 42 Menschen aus Italien stammten. Die nationale Identität der übrigen acht Personen konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Am 27. Januar 2019, dem nationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, wurde das Gräberfeld dieser Menschen während einer sehr würdigen Veranstaltung, zu der der Oberbürgermeister der Stadt Halberstadt, Andreas Henke, eingeladen hatte, der Öffentlichkeit übergeben. Die feierliche Einweihung wurde in Anwesenheit des für die Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zuständigen Ministers für Inneres und Sport, Holger Stahlknecht, und der Botschafter von Polen, Prof. Andrzej Przyłębski, und Italien, Luigi Mattiolo, durchgeführt.

Zu den bei der Veranstaltung Anwesenden zählten auch Angehörige von hier bestatteten polnischen Opfern. Einer dieser Menschen ist der 1912 geborene Leon Wasiewicz. Er war wie die anderen nach Halberstadt verschleppten Polen von der NS-Justiz abgeurteilt worden und im Jahre 1944, als die Rote Armee immer weiter nach Westen vordrang, in die Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel verbracht worden. In seiner Sterbeurkunde hielt der Halberstädter Standesbeamte am 3. April 1945 fest, dass Leon Wasiewicz an Entkräftung verstorben sei. Er habe zudem eine „eiternde Wunde am Fuß“ und einen „Hundebiss in der Kniekehle“ aufgewiesen. Die Mitteilungen im Sterbedokument lassen ahnen, unter welchen furchtbaren Bedingungen die Menschen hier in Halberstadt leben und arbeiten mussten. Die meisten Gefangenen des Lagers in der Turnhalle verstarben laut der Sterbedokumente an Entkräftung, Auszehrung, Durchfall oder Tuberkulose.

Die in Halberstadt verstorbenen 42 italienischen Staatsbürger waren von der italienischen Justiz abgeurteilt worden. Sie waren, wie es in einem Vermerk der Justizvoll-

zugsanstalt Wolfenbüttel heißt, im Gefängnis Castellfranco in Venetien von der Organisation Todt, die für die Infrastrukturbauten der Nationalsozialisten zuständig war, festgenommen und nach Wolfenbüttel verbracht worden. Am 6. Juli 1944 wurden sie dort registriert.

Die Tatsache, dass die Organisation Todt für diese Deportation ebenso verantwortlich war wie für ihre Bewachung in der Turnhalle am Reichsbahnausbesserungswerk in Halberstadt, spricht dafür, dass diese Gefangenen – wie viele andere Italiener ab 1943 – in Deutschland als Arbeitssklaven eingesetzt werden sollten. Doch schon nach wenigen Monaten war ihre körperliche Verfassung aufgrund der furchtbaren Lebensbedingungen so schlecht, dass bereits zwei Tage nach der Einlieferung in die Eisenbahnerturnhalle mit dem damals 47-jährigen Guiseppe Francchetti der erste italienische Gefangene verstarb.

Am 11. April 1945, also exakt zwei Monate nach der Einrichtung des Lagers, besetzten US-Truppen die Stadt. Spätestens an diesem Tag wurde das Lager aufgelöst. Insgesamt existierte das Strafgefangenenlager am Reichsbahnausbesserungswerk kaum 60 Tage. Während dieser Zeit verlor mehr als jeder vierte in der Eisenbahnerturnhalle untergebrachte Gefangene sein Leben. Diese Toten wurden auf dem Halberstädter Friedhof heimlich beigesetzt.

Im Herbst 1953 wurden die sterblichen Überreste exhumiert und im Krematorium von Quedlinburg eingeäschert. Anschließend wurde die Asche der 121 Toten auf dem städtischen Friedhof von Halberstadt beigesetzt. In der regionalen Zeitung der SED, der „Volksstimme“, wurde die Bevölkerung anlässlich der erneuten Beisetzung zur Teilnahme aufgerufen. Die SED-Kreisleitung machte aus der beabsichtigten Beisetzung in einem internen Schreiben gleich eine Kundgebung, auf der ihre Genossen „der Regierung für die von ihr getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen“ danken sollten. Nur wenige Monate nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der nur mit Panzergewalt niedergeschlagen werden konnte, sollte aus der erneuten Beisetzung eine Propagandaveranstaltung für die SED-Führung werden.

Trotz der vollmundigen Erklärungen der SED und ihrer regionalen Zeitung gerieten das Gräberfeld und die Verfolgungsgeschichten der Opfer des Gefangenenlagers in der Turnhalle am Reichsbahnausbesserungswerk in Vergessenheit. Als im Jahre 1963 die Stadt Halberstadt gebeten wurde, Auskunft über den Bestattungsort des Italieners Marco Pavon zu erteilen, antwortete sie dem Roten Kreuz, dass die verstorbenen



Der polnische Botschafter Prof. Andrzej Przyłębski (links) und der italienische Botschafter Luigi Mattiolo während der Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2019 auf dem städtischen Friedhof in Halberstadt

34 [sic!] Italiener im September 1953 exhumiert worden seien und kein Italiener mehr auf dem städtischen Friedhof seine letzte Ruhestätte habe.

Es bedurfte über 50 Jahre später des Schreibens von Jercy Mydlarz, damit neue Recherchen angestellt wurden und die Verfolgungsgeschichten der Gefangenen aus der Eisenbahnturnhalle geklärt werden konnten. Dabei übernahmen die italienische und die polnische Botschaft die Aufgabe, die Namen der Bestatteten mit den in ihrer Heimat vorhandenen Unterlagen abzugleichen.

Während einer Sitzung im Oktober 2017 in Halberstadt verständigten sich die Vertreter der Botschaften mit der deutschen Seite auf die grundlegenden Fragen der Gestaltung der Grabfläche. Im Ergebnis einer daraufhin durchgeführten Ausschreibung konnte ein Steinmetz aus Oschersleben gewonnen werden, der einen ca. 220 cm hohen Obelisken aus anthrazitfarbenem Granit vorgeschlagen hatte. Auf der Kopfseite des Obelisken steht in deutscher, polnischer und italienischer Sprache eine Inschrift, auf die sich die Beteiligten zuvor verständigt hatten. Sie lautet: „Zum Gedenken an die hier ruhenden 121 Opfer, die von den Nationalsozialisten in Halberstadt 1945 ermordet wurden.“



Innenminister Stahlknecht und Oberbürgermeister Henke während der Kranzniederlegung an der neu errichteten Gedenkstele für die 121 Opfer des RAW Halberstadt

Auf je einer Seitenfläche wurden die Namen der hier bestatteten polnischen und italienischen Toten angebracht, zudem befindet sich jeweils das Wappen beider Länder auf dieser Fläche. Auf der rückwärtigen Seite des Obeliskens wurden die Namen jener Menschen eingraviert, deren nationale Identität noch nicht geklärt werden konnte.

In seiner Ansprache am 27. Januar 2019 hob Innenminister Stahlknecht hervor, dass man an diesem Ort erkennen könne, „wohin es führt, wenn die Demokratie beseitigt und die Menschen- und Freiheitsrechte mit Füßen getreten werden. Geschichte wiederholt sich nie exakt, doch die Kenntnis von unserer Geschichte kann uns motivieren, uns gegen antidemokratisches Denken und Fremdenfeindlichkeit zur Wehr zu setzen. Und sie muss uns zu der Einsicht führen, dass Menschenrechte unteilbar sind. Wer an diesem Ort steht“, so Stahlknecht weiter, „kommt vielleicht auch zu der Erkenntnis, dass das friedvolle Zusammenleben der Nationen innerhalb der Europäischen Union eine wirkliche Errungenschaft ist, die letztlich eine Lehre aus dem Völkerhass und dem Zweiten Weltkrieg ist, der mehr als 65 Millionen Menschen das Leben kostete und unsägliches Leid erzeugte.“ Deshalb sei er sehr dankbar, dass diese Grabanlage in enger Kooperation mit der italienischen und der polnischen Seite geschaffen werden konnte



Kinga Mydlarz, die Enkelin eines in Halberstadt ums Leben gekommenen polnischen Staatsbürgers, bei der Eintragung in das Goldene Buch der Stadt. Zu sehen sind zudem (von links) Stadtratspräsident Dr. Volker Bürger, Oberbürgermeister Andreas Henke sowie die Angehörigen Dorota und Piotr Mydlarz.

und in Gegenwart der beiden Botschafter in aller Freundschaft eingeweiht werde. In diesem Sinne sei diese Grabanlage auch ein Beitrag zur Aussöhnung und zur Völkerverständigung.

Botschafter Przyłębski betonte in seiner Gedenkrede, dass die Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus manchmal als eine Art Anstellung oder Entsendung zur Arbeitsleistung in einem fremden Land gesehen werde. In Wahrheit sei es aber „eine menschenunwürdige Versklavung, die sehr oft mit dem Tod bezahlt wurde“, gewesen. Es freue ihn, „dass die 121 Opfer nicht anonym bleiben und Familienangehörige zweier von ihnen heute unter uns sind.“ In diesem Sinne hoffe er, „dass unsere Landsleute zu dem heute enthüllten Mahnmal als zu einer Gedenkstätte pilgern werden – und dass es zu einem Memento für künftige Generationen von Italienern, Polen und Deutschen werden wird.“ Er vertrat im Folgenden die Auffassung, dass „Demut im Umgang mit der Geschichte des eigenen Landes und der eigenen Nation“ zu den Tugenden gehöre, „die wir alle pflegen sollten. Heute wird unter Beweis gestellt, dass diese Tugend in Halberstadt gelebt wird.“ Mit der Enthüllung des Denkmals in Halberstadt sei den

italienischen Landsleuten, die fernab von Zuhause, auf deutschem Boden, ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, das Versprechen gegeben, „dass ihr Schicksal, ihr Opfer und ihr tragischer Tod nie in Vergessenheit geraten werden. Ich bin überzeugt, dass das heute enthüllte Mahnmal für immer von ihrem Leiden und von einer Geschichte zeugen wird, die unsere Nationen und Länder untrennbar aneinandergebunden hat. Wir übernehmen heute feierlich die würdevolle Verpflichtung, die Erinnerung daran in höchsten Ehren zu halten.“

Der italienische Botschafter Luigi Mattiolo betonte, dass „die Namen auf diesem Obelisk uns und die kommenden Generationen stets an die Tragödie erinnern sollen, die unseren Kontinent vor über 70 Jahren erschüttert“ habe. Ihm sei es besonders wichtig, dass auf dem städtischen Friedhof Halberstadt nun ein gemeinsames Mahnmal errichtet werden konnte, durch welches drei europäische Staaten ganz bewusst ein Zeichen der Einheit und der Stärkung jener Gedanken setzen wollen, die aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges zur Gründung der Europäischen Union geführt haben.

Während seiner Zeit als Botschafter in Israel sei ihm sehr bewusst geworden, „wie wichtig das Erinnern ist, ganz besonders heute, da die meisten Zeugen der Barbareien des Zweiten Weltkrieges nicht mehr am Leben sind.“ Dies gelte umso mehr in einer Zeit, in der das „gemeinsame Haus“ Europa vor gewaltigen Herausforderungen stehe und in der die Prinzipien, auf denen es gründet, immer wieder in Frage gestellt werden. „Wir dürfen nicht vergessen“, fuhr Mattiolo fort, „dass es diese Prinzipien waren, die unseren Ländern den längsten Frieden und das höchste Maß an Wohlstand, Freiheit und Selbstentfaltung ermöglicht haben, die unser Kontinent je erfahren hat.“ Es sei besonders wichtig, dass auch in Zukunft diese Werte und Errungenschaften verteidigt werden. „Wir schulden es den Opfern, derer wir heute gedenken, und wir schulden es uns selbst. Aber vor allem schulden wir es denen, die nach uns kommen. In der Hoffnung, dass ihnen erspart bleibe, was denen widerfahren ist, die wir heute ehren.“

Im Anschluss an die Veranstaltung trugen sich die beiden Botschafter sowie der Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt und die von Polen angereisten Angehörigen der hier bestatteten Opfer in das Goldene Buch der Stadt Halberstadt ein.



Der Jurist, Autor und Fachhochschulprofessor im Ruhestand für Strafrecht und Strafprozessrecht Prof. Dr. Ingo Müller während seiner Ansprache am 9. November 2018 im Landtag von Sachsen-Anhalt

**Der 9. November 1938. Beginn des Holocaust.
Ansprache im Rahmen der Eröffnung der Wanderausstellung
„Justiz im Nationalsozialismus: Über Verbrechen im Namen des
Deutschen Volkes“ anlässlich des 80. Jahrestages des November-
pogroms am 9. November 2018 im Landtag von Sachsen-Anhalt**

Ingo Müller

Sehr geehrte Frau Präsidentin Brakebusch,
sehr geehrte Frau Ministerin Keding,
verehrte Damen und Herren,
ich danke für die Einladung nach Magdeburg und für die Ehre, an diesem geschichts-
trächtigen Datum hier sprechen zu dürfen, zumal sich dieses Jahr die runden Gedenk-
tage häufen.

Da ist zunächst das 10-jährige Bestehen der Ausstellung „Justiz im Nationalsozialismus“¹, die ab heute wieder in Magdeburg zu sehen ist. Hier wurde sie, allerdings im Landgericht, 2008 auch zum ersten Mal gezeigt.

Es gibt einige Ausstellungen zu diesem Thema, aber diese hier ist die lebendigste und dynamischste. Sie wandert und wird für jeden Ort, wo sie gezeigt wird, um einige Tafeln mit lokalen Bezügen ergänzt. Sowohl in der Anlage wie auch in der Rezeption wendet sie sich nicht nur an Juristen, sondern an eine breite Öffentlichkeit, stößt dort auch auf großes Interesse und löst erstaunliche Aktivitäten aus. In Stendal entstand zu ihr ein Theaterstück² und hier die verblüffende szenische Lesung³, auch ein Stück Theater. Die Ausstellung wurde bereits an 30 verschiedenen Stationen gezeigt, allein an 20 Gerichten in Sachsen-Anhalt, einmal auch in der Vertretung Sachsen-Anhalts in Brüssel, und dabei ist sie zu der gewaltigen Größe von 141 Tafeln angewachsen, 89 zu bestimmten Themen und 52 mit Biographien, meist von Opfern der NS-Verbrechen. Von den Tafeln werden, da man sonst wohl von der Informationsfülle erschlagen würde, immer nur etwa 40 gezeigt. Ich wünsche der Ausstellung auch hier einen regen Besucherstrom und darüber hinaus, dass sie noch lange weiter wandert, denn wenn sie zur Ruhe käme, verlöre sie die ihr eigene Dynamik.

Der 9. November hätte eigentlich das Zeug zum Nationalfeiertag der Deutschen – mehr als jedes andere Datum. Heute vor hundert Jahren endete die Monarchie, die während des Ersten Weltkriegs zur Militärdiktatur mutiert war. An diesem Tag begann mit der Ausrufung der Republik die Geschichte der Demokratie in Deutschland gleich zweimal: Im Westen Berlins rief Philipp Scheidemann gegen 14 Uhr von einem Balkon des Reichstags die Republik aus. Er erklärte den 9. November zum „Ehrentag für immer in der deutschen Geschichte. Es lebe die deutsche Republik“. In der Mitte Berlins erklärte Karl Liebknecht zwei Stunden später im Lustgarten vor dem Portal IV des Stadtschlosses Deutschland zur „freien sozialistischen Republik. Hoch die Freiheit und das Glück und der Frieden!“

Als Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg geteilt war, berief sich jeder der beiden Staaten auf die auf seinem Territorium stattgefundenene Proklamation, jeweils unter Diffamierung der anderen Ausrufung als „Verrat“ beziehungsweise „Forderung nach sowjetischer Diktatur“. Obwohl die Kontroverse spätestens durch ein wiederum am 9. November einundsiebzig Jahre später, 1989, stattgefundenes ebenfalls sehr freudiges

Ereignis eigentlich hätte erledigt sein müssen, streiten die Historiker nach wie vor über die zwei Ereignisse vom 9. November 1918.

Festzuhalten bleibt jedoch für beide, dass sie den Grund legten für eine parlamentarische Demokratie, für den modernen Rechtsstaat und Sozialstaat mit Frauenwahlrecht, Betriebsverfassung und Mitbestimmung in der Wirtschaft. Damals entstand das moderne, aufgeklärte Deutschland mit Bauhaus und Frauenrechten.

Dass der 9. November trotzdem keine freudigen Gefühle auslöst, sondern eher bedrückende Erinnerungen, liegt an Hitlers Fixierung auf dieses Datum als Tag des „Novemberverrats“. Exakt fünf Jahre danach versuchte er von München aus den Umsturz und nachdem dieser Staatsstreich kläglich gescheitert war, traf er sich alljährlich zum 9. November mit seinen treuesten Anhängern im Münchener Bürgerbräukeller, dem Ort, wo er 1923 die aus „Novemberverbrechern“ bestehende Reichsregierung für abgesetzt erklärt hatte, um der heroischen Erhebung am 9. November 1923 zu gedenken. 1938 wäre ihm das fast zum Verhängnis geworden. Der schwäbische Tischlergeselle Georg Elser hatte nämlich ein Attentat vorbereitet: In wochenlanger Nacharbeit hatte er einen Sprengsatz mit Zeitschaltuhr in einer Säule nahe Hitlers Stammpplatz im Bierkeller montiert. Nur die Tatsache, dass Hitler früher als sonst – offenbar wegen der geplanten Pogrome – das Treffen verließ, rettete ihm damals das Leben.

Nicht zufällig wurde gerade am 9. November 1938 eine Zäsur in der Verfolgung der Juden eingeleitet. Die fünf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft bis dahin waren eine lange Reihe von Diskriminierungen, Demütigungen, Entwürdigungen und Entrechtungen der Deutschen jüdischen Glaubens. Der Historiker Joseph Walk hat in seinem Standardwerk „Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat“⁴ akribisch alle Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Rundverfügungen aus den Gesetz- und Verordnungsblättern der Länder und des Reichs aufgelistet. Er ist dabei auf 1.992 Gesetze und gesetzesähnliche Rechtsgrundlagen gestoßen. Sie reichten vom Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 bis zu den drei Nürnberger Gesetzen mit den zahlreichen Verordnungen, die zu ihnen ergingen. Aber am 9. November 1938 bekam die Judenverfolgung eine neue Qualität.

Unter der Überschrift „Der Holocaust begann im November 1938“ beschreibt der langjährige Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung, Wolfgang Benz, den

Novemberpogrom als ein Ritual öffentlicher Demütigung, als inszenierte Entwürdigung einer Minderheit.

Die Ereignisse, welche die Nazis „Reichskristallnacht“ nannten, werden heute von Politikern und Medien gern etwas unreflektiert „Reichspogromnacht“ genannt, womit, wie Benz treffend schreibt, das Geschehen verniedlicht und die Opfer verhöhnt werden. Denn das pompöse Präfix „Reichs“ wurde im „Dritten Reich“ inflationär zur Bedeutungserhöhung von Personen (Reichsjuristenführer, Reichsbischof, Reichsfortmeister), Orten (Reichsehrenmal, Reichsautobahn, Reichsmutterschule) oder Veranstaltungen (Reichskleidersammlung, Reichsjugendspiele) benutzt und vom Volksmund gern karikiert, wie bei der Schauspielerin Christina Söderbaum als „Reichswasserleiche“⁵. Die Bezeichnung „Kristallnacht“, die angeblich vom Berliner Volksmund geprägt wurde, ist dagegen international, vor allem im englischen Sprachraum gebräuchlich, und eine große Gemeinschaftsausstellung zweier Berliner Gedenkstätten in der Topographie des Terrors heißt auch „Kristallnacht – Antijüdischer Terror 1938“.

Die Süddeutsche Zeitung riet, auch nicht von Pogrom zu reden, da dieser Begriff spontane Gewaltausbrüche gegen Teile der Bevölkerung kennzeichne, wohingegen es sich 1938 um eine zentral gesteuerte Aktion der NSDAP gehandelt habe. Das ist zwar richtig, beschreibt aber nur die halbe Wahrheit und kennzeichnet nur eine bestimmte Phase der Erinnerungsgeschichte, die im Hinblick auf die Kristallnacht einen regelrechten Slalom gegangen ist.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit galt es erst einmal, die Propagandalüge der Nazis von der spontanen Aktion der Bevölkerung aus Empörung über den „feigen Mord des Weltjudentums an dem deutschen Diplomaten vom Rath“ zu widerlegen.

Mit zahlreichen Aktenfunden konnte belegt werden, dass der Parteizentrale das Attentat des jungen jüdischen Polen Herschel Grynszpan zu Pass kam und wie sie es, passenderweise am 9. November, zum Anlass für minutiös geplante und straff organisierte Aktionen überall im mittlerweile „Großdeutschen Reich“ gegen die Juden nahm.

Grynszpan war 1921 als Sohn polnischer Juden in Hannover geboren. Schon 1935 hatte er die ausweglose Situation der Juden in Deutschland erkannt und war nach Frankreich emigriert. Im Herbst 1938 erfuhr er, dass seine Eltern Opfer der „Polenaktion“ geworden waren. Damals verhaftete man in Deutschland rund 17.000 polnische



Michael Viebig, Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), begleitet Besucherinnen und Besucher im Rahmen der Eröffnung durch die Wanderausstellung

Staatsbürger jüdischen Glaubens, um sie über die Grenze nach Polen abzuschieben. Die Gestapo ging dabei äußerst brutal vor und die Aktion, die vor aller Augen geschah, fand den Beifall der zahlreichen Zuschauer. Der inzwischen 17-jährige Grynszpan besorgte sich einen Revolver und ging am 7. November zur deutschen Botschaft, um die Behandlung seiner Eltern zu rächen. Dort traf er eher zufällig auf den Legationssekretär – posthum zum Legationsrat beförderten – Ernst vom Rath und erschoss ihn.

Bald konnte freilich bewiesen werden, dass die Pogrome von der Partei unter Führung des Reichspropagandaministers und Gauleiters von Berlin, Joseph Goebbels, gesteuert waren. Er hatte am frühen Abend des 9. November den Tod von Ernst vom Rath bekannt gegeben und in einer Hetzrede „spontane Vergeltungsmaßnahmen des Volkes“ gegen die Juden zunächst nur „in Kurhessen und Magdeburg-Anhalt“ angekündigt. Als klar war, dass die angebliche Volksempörung zentral gesteuert war, setzte sich die Erinnerungs-Version durch, die der nationalkonservative Historiker Hans-Joachim Schoeps (Jahrgang 1909) in seinen Memoiren so beschreibt: „Überall sah ich nur schweigende Menschen stehen, die in die Flammen starrten. Manche hatten Tränen in den Augen, manche die Fäuste in der Tasche geballt. Das war das wirkliche Volk von Berlin.“ Mit

solchen beschönigenden Erinnerungen ging jahrzehntelang die Verharmlosung des Geschehens einher. Sie war die Konsequenz eines Geschichtsbilds, das unterstellte, Hitler und seine Umgebung hätten Macht über das völlig unschuldige Volk gewonnen und es ins Verderben gerissen, und zur Erinnerung an die Kristallnacht gehörte die Illusion, die Mehrheit der Deutschen habe die Gewalt gegen die Juden missbilligt.

Als vor 30 Jahren der eher konservative Bundestagspräsident Philipp Jenninger⁶ in seiner Gedenkrede zum 50. Jubiläum der, wie sie damals noch genannt wurde, Reichskristallnacht, erstmals versuchte, mit dieser Lebenslüge aufzuräumen und darstellte, wie begeistert die Volksgenossen 1938 von Hitler waren, unterstellten ihm vorrangig die Grünen in der ahnungslosen Selbstgewissheit spätgeborener Moralisten, Jenninger sei vom „politischen Triumphzug Hitlers“ begeistert gewesen und mache sich die judenfeindlichen Urteile, die er zitiert hatte, zu eigen. Dass Jenninger aussprach, dass „eine große Mehrheit der Deutschen sich mit [Hitler] und seiner Politik identifizierte“ widersprach dem Weltbild seiner Kritiker. „Sie Altnazi! Wie kommen Sie dazu, darüber zu reden. Hören Sie auf!“, musste er sich anhören. Für eine, wie die Süddeutsche Zeitung schrieb, „gescheite, politisch korrekte Rede über Fragen, wie es in Deutschland zur Hitlerei und zur Judenverfolgung kommen konnte“. Ignatz Bubis⁷ sah in Jennings Rede eine „durchaus zutreffende Beschreibung des Mitläufertums“. Über ihren Charakter kann sich jeder informieren, sie steht im Internet.

Jenninger fühlte sich zu Recht missverstanden und trat tiefverletzt von seinem Amt zurück. Dabei war das einzige, was man ihm vorwerfen konnte, entgegen dem damaligen Zeitgeist Dinge ausgesprochen zu haben, die heute zum historischen Allgemeingut zählen. Die Verdrängung der Tatsache, dass der Pogrom des 9. November von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde, war lange auch mit einer Manipulation der Fakten verbunden. Stets war die Rede von 270 zerstörten Synagogen und 91 Todesopfern. Dagegen gehen neuere Forschungen inzwischen von 1.400 Gotteshäusern und mindestens 1.500 Menschenleben aus, die damals zerstört wurden.

Auch die damaligen Reaktionen der Bevölkerung lesen sich heute ganz anders. Ernst Guenter Fontheim (Jahrgang 1922), damals Schüler am religiösen Adass-Jisroel-Gymnasium, erinnert sich an eingeworfene Scheiben, einen jüdische Geschäfte

plündernden Mob und vor der brennenden Synagoge in der Berliner Fasanenstraße eine pöbelnde Menschenmenge, aus der heraus Hetzrufe ertönten wie „Raus mit den Juden“.

Plündernde Horden zogen durch die Städte, darunter zahlreiche Jugendliche, die von ihren HJ-Führern und wohl auch von ihren Lehrern aufgefordert worden waren, sich an den Ausschreitungen zu beteiligen. Der Historiker Raphael Gross, Direktor des Deutschen Historischen Museums, beschreibt in seinem Buch „November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe“ wie zahlreiche Frauen „systematisch raubend durch die Straßen zogen“. Die größte jiddische Tageszeitung der USA, „Der Forwards“, schrieb in einer Reportage am 12. November 1938 von einem „wirklichen Freudentag für die deutschen Kinder“: „Sie sind mitgelaufen mit den Großen und haben mitgeholfen beim Zerstören und beim Plündern. Die Kinder haben es sich wohlgehen lassen bei den jüdischen Süßigkeitsgeschäften. Sie sind in die Geschäfte hineingelaufen und haben paketweise Schokolade und andere Süßigkeiten mitgenommen [...], wo man ging und stand, sah man Kinder, deren Gesichter vollgeschmiert waren mit Schokolade.“ Sie haben sich auch Spielzeuggeschäfte vorgenommen. „In der Berliner Friedrichstraße schlugen die Kinder ein Schaufenster ein und holten [...] das Spielzeug von den Podesten.“ Aber nicht nur jüdische Geschäfte wurden zerstört und geplündert, sondern auch tausende von Juden bewohnte Wohnungen, und es waren nicht nur marodierende Horden von SA-Männern, die sie vandalisierten. Das Arzt-Ehepaar Singer aus dem oberschlesischen Städtchen Neisse hatte schon die Praxis verkauft und bereitet seine Auswanderung vor. Charlotte Singer beschrieb später in ihren Erinnerungen, wie sie am 10. November erwachte, „weil Scheiben klirrten und Menschen johlten“. Die Tür zu ihrem Zimmer wurde aufgerissen und sie starrte fassungslos auf die Besucher. Immer hatte sie gedacht, für solche Ausschreitungen „geben Neisser [...] sich nicht her! Aber der Mann, der da in der Tür stand, war nicht nur ein Neisser, sondern ein Patient, Sohn eine braven Handwerkers, der manchen Auftrag von uns gesehen hatte. Mit ein paar wohlgezielten Schlägen seiner Axt waren in wenigen Sekunden die Möbel zerschlagen, der Schreibtisch umgekippt, die Tinte lief über den Teppich, ,anzünden müsste man die Bude‘, rief er jemandem im Treppenhaus zu.“

Immerhin kamen die Singers mit dem Leben davon, über 1.000 ihrer Glaubensbrüder jedoch nicht. Im ganzen Reich wurden mehr als 30.000 Juden inhaftiert, rund ein Fünftel der damals noch in Deutschland lebenden. Allein aus Berlin wurden 12.000 ins

Konzentrationslager Sachsenhausen und aus Magdeburg 113 jüdische Männer nach Buchenwald verschleppt. Die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen waren wenige Wochen zuvor erheblich ausgebaut worden, offenbar, um zehntausende Juden zu internieren, was auch dafür spricht, dass das Pariser Attentat nur ein Vorwand für die von langer Hand vorbereitete Aktion war. Viele überlebten die Lagerhaft nicht und etliche starben dort an den Misshandlungen.

Wieso hat sich nicht die Bevölkerung vor ihre jüdischen Mitbürger gestellt und warum war die Empathie für die Juden so gering? Der Potsdamer Historiker Julius H. Schoeps, Gründer des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien, im Exil geborener Sohn des eingangs zitierten Hans-Joachim Schoeps, meint, darüber seien die Historiker noch immer uneins. Möglich, dass mancher empört war über das, was sich vor aller Augen abspielte, aber um diese Zeit wagte fast niemand mehr, sich gegen das Regime und gegen seine Mitbürger zu stellen. Zumal die Kirchen sich zu den Vorgängen nicht äußerten, und einige Kirchenmänner sie sogar begrüßten. Der Thüringer Landesbischof Martin Sasse verschickte nach den Pogromen einige Passagen aus Martin Luthers Hetzschrift „Von den Juden und ihren Lügen“ an seine Amtsbrüder mit dem Kommentar „Martin Luther und die Juden: Weg mit ihnen“ und er nannte es die Erfüllung lang gehegter Wünsche: „Am 10. November 1938, zu Luthers Geburtstag brennen die Synagogen.“

Allein in Berlin fielen in der Pogromnacht nicht nur die 14 Berliner Gemeindesynagogen Brandstiftern zum Opfer, elf wurden vollständig niedergebrannt, sondern auch viele Privat- und Vereinssynagogen. In Sachsen-Anhalt wurden 16 jüdische Gotteshäuser vollständig zerstört.

Dass die Silhouette Berlins heute noch von der goldenen Kuppel der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße überstrahlt wird, verdanken wir dem Vorsteher des 16. Berliner Polizeireviers, Wilhelm Krützfeld. Er hat in der Kristallnacht mit gezogener Pistole brandschatzende SA-Männer von der Neuen Synagoge vertrieben und die Feuerwache angewiesen, den gelegten Brand zu löschen. Später warnten er und sein Untergebener Otto Bellgardt jüdische Bürger, die auf den in seinem Revier eingegangenen Verhaftungslisten standen.

Der Holocaust, der Massenmord am jüdischen Volk, war schließlich die letzte Etappe eines langen Weges nach Auschwitz, Majdanek und Treblinka. Er begann schon 1933,

bekam aber 1938 mit den zahlreichen Verwüstungen und Morden eine neue Qualität. Daher kann man, wie Wolfgang Benz, Julius Schoeps und Andreas Nachama, Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, es tun, den Novemberpogrom 1938 als Beginn des Holocaust ansehen. Und perfiderweise machte sich das NS-Regime dabei große Teile, wenn nicht die Mehrheit des deutschen Volkes, zu Komplizen. Dass zu diesem Datum etwas Neues, Unheimliches geschehen war, wurde allgemein bei Tätern wie bei Opfern registriert. Bis dahin nannte man es „Auswanderung“, wenn Juden Deutschland verließen, von da an „Flucht“. Zehntausende jüdischer Kinder wurden in einer Ahnung von dem, was noch kommen würde, aus Deutschland, dem 1938 „angeschlossenen“ Österreich, 1939 auch aus der von Deutschland besetzten Tschechoslowakei sowie aus Polen und dem Freistaat Danzig nach Großbritannien geschickt. Die meisten sahen ihre Eltern nie wieder.

Je mehr Volksgenossen in die Verbrechen integriert wurden und je bedingungsloser sie zu dem Regime standen, desto schwerer wurde es dem Einzelnen, sich dem System zu verweigern, sich womöglich sogar dagegen aufzulehnen.

Und doch gab es mehr Widerstand, als damals oder nach dem Ende der Nazi-Herrschaft bekannt wurde. Der heimliche Widerstand wurde ähnlich tabuisiert wie die begeisterte Beteiligung an Pogrom und Beraubung der Juden. Daher soll er hier ebenso gewürdigt werden wie die Komplizenschaft der vielen.

Auch noch nach dem Krieg galten Antifaschisten lange als Verräter an der deutschen Sache; Kinder von Widerständlern berichten, wie sie in der Schule als „Verräterkinder“ beschimpft wurden. Man tat auch nach dem Krieg gut daran, Widerstand gegen das „Dritte Reich“ für sich zu behalten. Allzu deutlich hätte man damit die Ausreden der Mitmacher widerlegt, man sei gezwungen gewesen, mitzumachen. Schließlich war das erste Gesetzesvorhaben des 1949 gewählten Bundestages eine Amnestie für diverse Straftaten der Umbruchzeit, vor allem, wie in der Gesetzes-Debatte mehrfach erwähnt wurde, für Straftaten in der Kristallnacht.

Und als sich die Anerkennung des Widerstands langsam durchgesetzt hatte, war die Ehrung der Widerständler stark vom Systemgegensatz beider deutscher Staaten bestimmt. Westdeutsche Bibliotheken sind voller Literatur über konservative Wider-

standskreise, vor allem die Offizierserhebung am 20. Juli 1944. Der Widerstand der sogenannten kleinen Leute hatte es in der Bundesrepublik schwerer. Hermann Weinkauff, erster Präsident des Bundesgerichtshof, hielt gar nur „Amtsträger“ für widerstandsbe-rechtigt, „die Staatsbürger dürfen dem nicht vorgreifen“. Dem mutigen Tischlergesellen Georg Elser, der 1938 ganz allein das nur knapp fehlgeschlagene Attentat auf Hitler ver-übt hatte, wird bis heute die Anerkennung verweigert, und dem luxemburgischen Theo-logiestudenten Maurice Bavaud, der ein Attentat auf Hitler nur geplant hatte, sprach ein bundesdeutsches Gericht posthum sogar die bürgerlichen Ehrenrechte ab. Dagegen feierte man in der DDR fast ausschließlich den heroischen antifaschistischen Kampf der Kommunisten. Beider deutscher Staaten Gedenken diente nicht nur dem jeweiligen gesellschaftlichen Interesse, sondern entlastete auch die Mehrheit der Mitmacher. Das Scheitern aller großen Widerstandsaktionen, insbesondere aller Attentate auf Hitler, schien doch die Behauptung zu belegen, dass jeder Widerstand zwecklos gewesen sei.

Die Vereinigung beider deutscher Staaten führte nicht nur zum Verlust ihrer jeweiligen Feindbilder, sondern ließ auch beider Mythen verblassen. Das vereinigte Deutschland hat einen anderen Blick auf die Vergangenheit gewonnen als DDR und BRD, und andere Helden.

Eine neue Erinnerungs- und Gedenkkultur entwickelte sich, und der Blick wurde frei für tausendfach erfolgreichen Widerstand gegen die Nazi-Diktatur: den der Helfer und Retter. Der Berliner Senat hatte sie auf Initiative des unvergessenen Senators Joachim Lipschitz, zwar schon einmal 1958 bis 1966 als „unbesungene Helden“ geehrt, damals allerdings ohne nennenswerten Widerhall. Heute nennt man sie meist Stille Helden. Still, weil sie damals zwangsläufig im Verborgenen wirkten, aber auch später still blie-ben. In der Nachkriegszeit blieben sie unbekannt, machten von ihrem Heldentum kein Aufhebens, sei es, weil sie zu bescheiden waren, sei es, weil sie negative Reaktionen aus der auch nach dem Krieg weiter bestehenden Volksgemeinschaft fürchteten.

Das waren oft einfache Leute, nicht selten Außenseiter der Gesellschaft, bisweilen auch scheinbare Exponenten des Systems. Die Schriftstellerin Inge Deutschkron verdankt ihr Überleben einer Bordellbetreiberin und ihren Huren. Aber auch der Leibarzt Rudolf Hess', der 1943 vom Volksgerichtshof hingerichtete Georg Groscurth, hatte zusammen mit Robert Havemann eine Organisation zur Rettung Verfolgter mit dem sinnigen Namen

„Europäische Union“ gegründet. Da war die Ärztin Maria Gräfin Maltzahn, eine Trinkerin, der man wegen Morphinsucht die Approbation entzog, und der SS-Mann Kurt Gerstein, der dort Karriere machte, um gegen die Vernichtung des jüdischen Volkes zu kämpfen. Der Wehrmachtsmajor Karl Plagge, eingeschriebenes NSDAP-Mitglied, rettete als Leiter des Heereskraftfuhrparks in Wilna 250 Juden das Leben, indem er vorzugsweise sie beschäftigte und ihnen dabei zur Flucht verhalf. Der Wehrmachtsfeldwebel Anton Schmid, der über dreihundert Juden aus dem Getto von Wilna schleuste, ihnen damit das Leben rettete, aber seines dafür verlor. Es gab die schon erwähnten Polizeibeamten Bellgardt und Krützfeld, die später ihr Herrschaftswissen nutzten, gefährdete Juden zu warnen, oder den Judenreferenten der deutschen Verwaltung in den besetzten Niederlanden, Hans-Georg Calmeyer, der mit tausendfachen Falschbeurkundungen und Urkundenfälschungen mehr als 3.700 holländische Juden gerettet hat. Und natürlich gab es den inzwischen bekanntesten, den Bonvivant, Schürzenjäger und raffgierigen Nazi, Oskar Schindler, der in Wirklichkeit Leben und Freiheit riskierte sowie sein ganzes Vermögen aufwandte, um „seine“ Juden zu retten.

Mit Ehrungen konnten sie in der Nachkriegszeit in keinem deutschen Staat rechnen, außer mit der Dankbarkeit und Unterstützung der von ihnen Geretteten. Die meisten sind im Nachkriegsdeutschland gescheitert. Schindler starb verarmt, Calmeyer wurde depressiv, weil er darunter litt, nur ein Bruchteil der bei ihm durchlaufenden Juden gerettet zu haben. Eine der seltenen Ausnahmen ist Berthold Beitz, der ähnlich Schindler viele Juden vor dem Tod bewahrte und später als Generalbevollmächtigter der Firma Krupp zum mächtigsten Wirtschaftsführer Nachkriegsdeutschlands aufstieg. Er verschwieg seine Heldentaten, sie wurden erst bekannt, als er 1973 in Israel als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt wurde und wahrscheinlich tat er gut daran, womöglich hätte ihn das sonst seine Karriere gekostet.

Auch die zeitgeschichtliche Forschung interessierte sich wenig für die Retter, und meist wurde deren stilles Heldentum nur durch Zufall bekannt, oft erst nachdem sie die Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt hatte. Dort fragte man nicht nach Reputation und Heroismus, sondern nach Mitmenschlichkeit und Humanität. Inzwischen gelten dort 450 Deutsche als Gerechte, 450 von insgesamt rund 10.000.

Neben diesen bekannten gab es noch Tausende unbekannt gebliebene Helfer und Retter. Der Schriftsteller Peter Schneider hat in seinem Buch „Und wenn wir nur eine Stunde gewinnen“ die Rettung des Musikers und Dirigenten Konrad Latte beschrieben und dabei entdeckt, dass dieser nur einer von über 2.000 untergetauchten Juden in Berlin war, neuere Erhebungen gehen sogar von 4.000 aus, und dass es eine ganze Armee der Anständigen gegeben haben muss, die aus der Volksgemeinschaft ausscherte und unter Lebensgefahr Juden vor ihren Schergen rettete, denn die Versorgung mit rationierten Lebensmitteln, die Unterbringung in wechselnden Verstecken, die Tarnung und Versorgung mit falschen Papieren erforderte oft fünf bis zehn Helfer und Eingeweihte pro Untergetauchtem. Der bereits mehrfach erwähnte Wolfgang Benz hat 1997 am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin eine Datenbank zu ihrer Erfassung eingerichtet.

Die meisten dieser Helden werden aber wohl unentdeckt bleiben, nachdem die Geretteten, die Zeugnis ablegen könnten, gestorben sind, die Helfer und Retter sowieso. Doch sie verdienen vor allen anderen unser Gedenken, denn ihre Taten könnten, eher als Stauffenbergs Bombe, ein moralisches Gegengewicht bilden zur Mehrheit der Deutschen, die sich am 9. November 1938 zu Komplizen des Unrechtssystems machten. Die stillen Helden haben bewiesen, dass Widerstand gegen Unmenschlichkeit nie sinnlos ist und auch in ausweglosen Lagen erfolgreich sein kann. Schließlich können sie uns Nachgeborenen helfen, in Erinnerung an den Holocaust nicht in Depression zu verfallen, sondern vielleicht sogar dieser dunklen Geschichte einen Hoffnungsschimmer abzugewinnen.

Literatur:

- Benz, Wolfgang: Gewalt im November 1938: Die „Reichskristallnacht“ – Initial zum Holocaust, Berlin 2018.
- Schoeps, Julius H.: Düstere Vorahnungen. Deutschlands Juden am Vorabend der Katastrophe (1933-1935) , Berlin 2018.
- Gross, Raphael: November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe, München 2013.
- Der Tagesspiegel, „80 Jahre Novemberterror. Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Juden in Deutschland“, Beilage zur Ausgabe vom 7. November 2018 mit Beiträgen von Julius H. Schoeps, Andreas Nachama, Rolf Brockschmidt und Peter Steinbach.
- Grossmann, Kurt R.: Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen, Berlin 1957.
- Silver, Eric: Sie waren stille Helden. Männer und Frauen, die Juden vor den Nazis retteten, München / Wien 1994.
- Deutschkron, Inge: Sie blieben im Schatten. Ein Denkmal für „stille Helden“, Berlin 1996.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer, München 2003.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu den Beitrag Daniel Bohse und Michael Viebig in diesem Rundbrief.
- 2 „Unkraut vergeht nicht“ – Theater der Altmark Stendal, Skript: Thilo Reffert, Inszenierung Hannes Hametner, gespielt von Bernd Marquardt, Frederike Duggen, David Prosenc und Andreas Schirra, mehr dazu online unter <http://www.thilo-reffert.de/theater/jugend/unkraut-vergeht-nicht> [Stand vom 13.03.2019].
- 3 „...im Frühling hat man keine Lust zu sterben! Abschiedsbriefe von Frauen aus der Todeszelle (1943-45)“ Lesung mit Figurenspiel. Lesung: Julia Raab, Halle (Saale), Dramaturgie: Sandra Bringer, Halle (Saale), mehr dazu online unter <https://juliaraab.de/produktionen/im-fruehling-hat-man-keine-lust-zu-sterben/> [Stand vom 13.03.2019].
- 4 Vgl. dazu Walk, Joseph (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, 2. Aufl., Heidelberg u. a. 2013.
- 5 Die Schauspielerin Kristina Söderbaum (05.09.1912 – 12.02.2001) wurde während des Nationalsozialismus zu einem Star in den deutschen Kinos. Als Höhepunkt ihrer Karriere spielte sie an der Seite von Heinrich George und Ferdinand Marian die Hauptrolle in dem antisemitischen Spielfilm „Jud Süß“. Da mehrere von Söderbaums Filmen mit ihrem Tod im Wasser enden, wird sie in der Öffentlichkeit karikiert auch als „Reichswasserleiche“ bezeichnet.
- 6 Philipp Hariolf Jenninger (10.06.1932–04.01.2018), CDU, war von 1982 bis 1984 Staatsminister im Bundeskanzleramt und von 1984 bis 1988 Präsident des Deutschen Bundestages.
- 7 Ignatz Bubis (12.01.1927–13.08.1999) war von 1992 bis 1999 Vorsitzender des Zentralrats der Juden.

„Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt.“ – Eine Bilanz nach zehn Jahren

Daniel Bohse und Michael Viebig

Wie in dem im Frühjahr 2018 unterzeichneten Kooperationsvertrag zwischen der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, der Landeszentrale für politische Bildung, der Heinrich-Böll-Stiftung sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung – Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt vereinbart, zeigten die Partner die Wanderausstellung „Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt“ im Laufe des Jahres 2018 zunächst im Rahmen einer zusätzlichen Präsentation im Politischen Bildungsforum Sachsen-Anhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung in Magdeburg, darauf folgend im Heinrich-Heine-Gymnasium Wolfen, im Amtsgericht Zeitz sowie zuletzt im Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg.

Mit diesen Präsentationen wurde eine seit nunmehr zehn Jahren andauernde Erfolgsgeschichte fortgeschrieben, die in den Jahren 2008 und 2009 zunächst lediglich als Ausstellung für das Oberlandesgericht Naumburg und die vier auf dem Gebiet des Bundeslandes Sachsen-Anhalt bestehenden Landgerichte konzipiert war. Wegen des großen Publikumserfolges und nicht zuletzt des Konzeptes, an jedem neuen Ausstellungsort ortsspezifische Tafeln zu gestalten und diese in die Exposition einzufügen, überlegten die Organisatoren sehr bald, sie über diese fünf Orte hinausgehend auf das gesamte Territorium Sachsens-Anhalts auszudehnen.

Dafür mussten Prämissen gesetzt werden: Es galt, die NS-Justiz jedes neuen Ausstellungsortes zu untersuchen – die Geschichten der mit dem Ort verbundenen Opfer genauso wie der juristischen Strukturen und der Täter – um somit nach und nach eine Gesamtübersicht dieses wichtigen Kapitels der juristischen Zeitgeschichte für unser Bundesland zu erstellen. Darüber hinaus sollte die Präsentation nach Möglichkeit an den ehemaligen „Tatorten“ stattfinden – den Gerichtsgebäuden oder Haftanstalten –, und es sollten Schülerinnen und Schüler aus Bildungseinrichtungen der Präsentationsorte als Ausstellungsbegleiterinnen und -begleiter gewonnen werden. Auf diese Weise würde es gelingen, darin waren sich alle Beteiligten einig, das Wissen um die Rolle der



Die Anfänge der Ausstellung: Präsentation in Halle (Saale) im Jahr 2009, v.l.n.r.: Michael Viebig für die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), der damalige Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Wolfgang Böhmer, Wilfried Knauer, Leiter der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel, Dr. Joachim Scherrieble für die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt sowie Prof. Ingo Müller aus Berlin

Justiz im Gefüge des NS-Verfolgungs- und Vernichtungsapparates nachhaltiger zu vermitteln.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass Ausstellungseröffnungen und Veranstaltungen im Rahmen der Begleitprogramme oft mit Gedenktagen oder anderen historisch bedeutsamen Daten verknüpft wurden, wie beispielsweise mit dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2009 in Halle (Saale) oder der Erinnerung an den 80. Jahrestag des Novemberpogroms am 9. November 2018 im Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg¹.

Initiiert von der damaligen Ministerin für Justiz (und Gleichstellung) des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Angela Kolb, und fortgesetzt auf dieser Ebene von ihrer Amtsnachfolgerin, Anne-Marie Keding, bildete sich zur Umsetzung und Finanzierung des Konzeptes ab Ende 2007 ein Netzwerk aus Vertreterinnen und Vertretern der historisch-politischen Bildung, dem von Beginn an die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, die Landeszentrale für politische Bildung und die Heinrich-Böll-Stiftung, zeitweise die Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e.V., das Landesbüro Sachsen-Anhalt der Friedrich-Ebert-Stiftung und seit einigen Jahren das Politische Bildungs-

forum Sachsen-Anhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung als ständige Partner angehören. An jedem Ausstellungsort gesellen sich lokale und regionale Partner hinzu, unterstützen Forschung und Präsentation mit ihren Mitteln oder öffnen ihre Orte für Veranstaltungen. In Bitterfeld-Wolfen engagierten sich sogar Eigenbetriebe der Stadt, um das seit Jahren geschlossene alte Amtsgerichtsgefängnis von Bauschutt und Sperrmüll zu befreien und damit einen einzigartigen Ausstellungsort zu schaffen.

Lag ein Teil der Recherchen und redaktionellen Arbeiten in den ersten beiden Jahren bei Richtern und Staatsanwälten der betroffenen Einrichtungen, ging diese Arbeit mehr und mehr in die Hände der unter Leitung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) arbeitenden Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über, die über die notwendige Sachkenntnis zu den thematischen Schwerpunkten der Ausstellung verfügt: Politisch motivierte Verfahren an den verschiedenen Amts- und Landgerichten, die Tätigkeit der Sondergerichte Halle, Magdeburg und Erfurt sowie verschiedener Plünderungs-sondergerichte, Verhandlungen von Kammergericht und Volksgerichtshof in Mitteldeutschland, die Tätigkeit der Erbgesundheitsgerichte und das Zusammenwirken von Justiz und „Euthanasie“, die Tätigkeit von Gerichten der Wehrmacht, die Wechselwirkung von Justiz und Polizei in unserer Region sowie der Umgang mit der NS-Rechtsprechung und ihren Juristen nach 1945 wurden in den Blick genommen. Als ständige Mitwirkende bei der Erarbeitung von Tafeln, der Organisation der Begleitprogramme, der Ausbildung der Guides und der Gestaltung von Vorträgen ist neben den Autoren des Beitrages unbedingt Dr. Ute Hoffmann, Leiterin der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg, zu nennen, für Belange von „Schutzhaft“ und Polizeigeschichte Dr. Alexander Sperk, Halle (Saale), und für den Themenbereich Justiz der Wehrmacht Lars Skowronski, Halle (Saale)/Landsberg.

Bis Ende 2018 konnte die Ausstellung an insgesamt 29 Orten gezeigt werden, 20 davon mit einem direkten Justizbezug. Mehrfach gab es jedoch auch Präsentationen in Bildungs- oder anderen Einrichtungen, die eine breitere Öffentlichkeit ermöglichen:

- Oberlandesgericht Naumburg,
- Landgerichte Dessau-Roßlau, Halle (Saale), Magdeburg, Stendal,
- Amtsgerichte Bernburg, Bitterfeld-Wolfen, Burg, Gardelegen, Halberstadt, Köthen, Merseburg, Quedlinburg, Sangerhausen, Schönebeck, Weißenfels, Wernigerode, Zeitz, Zerbst,



Das Kammergericht Berlin bildete 2014 die Kulisse für die Wanderausstellung

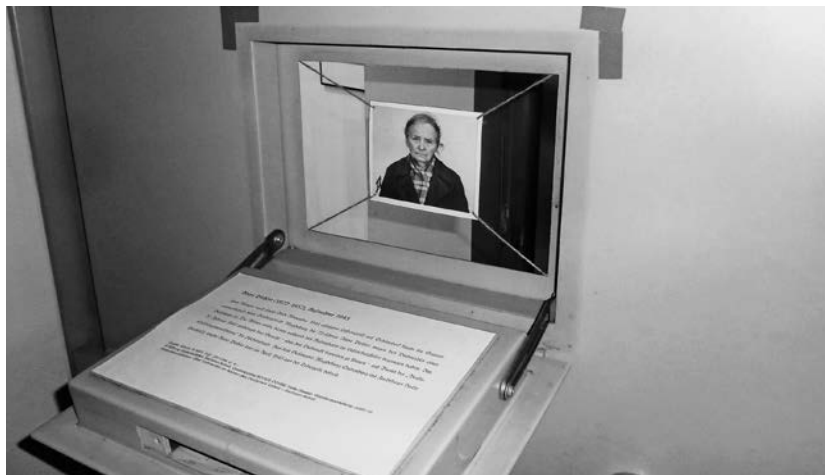
- Kammergericht Berlin, Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU, Brüssel
- Heinrich-Heine-Gymnasium Bitterfeld-Wolfen, Bismarck-Gymnasium Genthin,
- Institut für Anatomie und Zellbiologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Konrad-Adenauer-Stiftung – Politisches Bildungszentrum Sachsen-Anhalt in Magdeburg, ehemalige JVA Magdeburg-Sudenburg, Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Studienzentrum Sondershausen/Thüringen, Neue Synagoge Speyer.

Insgesamt konnten 38.000 Gäste in der Ausstellung begrüßt werden. Die meisten davon – etwa 10.000 – sind im Kammergericht Berlin gezählt worden, das als Oberlandesgericht von Berlin über eine hohe Besucherfluktuation verfügt. Auch für Berlin wurden Ausstellungstafeln gestaltet. Sie thematisieren z.B. die Bedeutung des 5. Senats des Kammergerichts, der als „Reisesenat“ fungierte und allein auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt ca. 1.200 Kommunisten und Sozialdemokraten zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilte. In Berlin vom Reichskriegsgericht und von Sondergerichten verurteilten Menschen, die aus verschiedenen Gründen nach Halle (Saale) überführt und dort hingerichtet wurden sowie als Beteiligte

am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 mit der Höchststrafe bedachten Männern aus Mitteldeutschland – verurteilt im ersten Obergeschoss des heutigen Kammergerichtsgebäudes – waren weitere Tafeln und Veranstaltungen im Begleitprogramm gewidmet. Als Ausstellungsbegleiterinnen und -begleiter konnten Jugendliche aus der in unmittelbarer Nachbarschaft des Kammergerichts gelegenen Sophie-Scholl-Schule gewonnen werden.

Eine ähnliche Herausforderung – das Interesse an dieser Thematik an einem Ort zu wecken, der nicht in unserem Bundesland liegt – war mit der Präsentation der Wanderausstellung im Jahr 2013 in Brüssel gegeben. Aber auch hier konnten auf Grund historischer Ereignisse Zusammenhänge zwischen Menschen aus Belgien und Handlungs-orten im heutigen Sachsen-Anhalt hergestellt werden. So zeigt die Ausstellung anhand des Todesurteils des Sondergerichtes Halle gegen den 19jährigen Louis Boeckstaens aus Antwerpen, eines Strafverfahrens des Sondergerichts Magdeburg gegen eine im Henkel-Werk eingesetzte belgische Zwangsarbeiterin wegen verbotenen Umgangs mit einem kriegsgefangenen Landsmann in Genthin, der in Halle 1944 vollstreckten Todesurteile des Reichskriegsgerichts gegen 23 Widerstandskämpfer aus Liège (Lüttich) sowie der Biographie des Naumburger Oberlandesgerichtsrats Leo Bräunlich als Wehrmachtjurist in Belgien ungeahnte Verbindungslinien zwischen der NS-Justizgeschichte Mitteldeutschlands und einem hunderte Kilometer entfernt in Westeuropa gelegenen Ausstellungsort. Sowohl die Eröffnungsveranstaltung als auch die Lesung über das Schicksal der in Magdeburg kurz vor Kriegsende zum Tode verurteilten Schönebeckerin Anna Piehler stießen auf ein außerordentlich großes Interesse an der Thematik und ließen Kontakte entstehen, die noch 2019 in Form eines gemeinsamen Projektes in Erinnerung an die im Jahr 1944 in Halle ermordeten Belgier nachwirken. Es wird von der internationalen Deutschen Schule Brüssel (iDSB) und dem Christian-Wolff-Gymnasium Halle (Saale) durchgeführt.

Solche Synergie-Effekte entsprechen dem Hauptanliegen des Ausstellungsprojektes an sich: Es soll vor allem jungen Menschen Wissen über das NS-Regime vermitteln, ehrendes Gedenken an die Opfer ermöglichen und die Motivation und Handlungsspielräume der Täter aufzeigen. Durch die Arbeit mit der Ausstellung, im Rahmen von Führungen, insbesondere aber durch begleitend angebotene Projektstage, lernen Schülerinnen und Schüler den Umgang mit NS-Dokumenten kennen, beschäftigen sich mit



Informationen zu Anna Piehler in einer Zellentür der ehemaligen JVA Magdeburg-Sudenburg. Die Präsentation im Juli 2015 verband künstlerische Darstellungen und Inszenierungen mit historischen Sachverhalten.

der „Tätersprache“ dieser Unterlagen und erfahren die Auswirkungen des NS-(Un-) Rechts nicht nur auf die Angeklagten, sondern deren gesamtes soziales Umfeld. Erst daraus sind Funktion und Ausmaß der Justiz im „Dritten Reich“ umfänglich zu erkennen. Indem für jeden Ort konkrete Beispiele ausgewählt, recherchiert und für die Verwendung durch junge Leute „aufbereitet“ werden, sind diese Projektmaterialien fassbar und gut anwendbar.

Zu den organisatorischen Aufgaben im Vorfeld der Ausstellungspräsentation gehört es, die in Frage kommenden Schulen und andere Bildungseinrichtungen anzuschreiben und ihnen eine Guide-Ausbildung anzubieten. So gelang es in den vergangenen Jahren, an 22 Präsentationsorten insgesamt 324 Guides für ihre Aufgaben zu befähigen. Sie führten mehr als 12.500 Mitschülerinnen und -schüler in die Ausstellung ein und gewährten ihnen vertiefende Einblicke zu speziell von ihnen selbst ausgewählten Themen. Gerade dieser Aspekt des Konzeptes – die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern – führte zu einem hohen Maß an Nachhaltigkeit. Mehrfach entstanden durch Ausstellungsthemen initiierte Jahresarbeiten und Wettbewerbsbeiträge von Schülerinnen

und Schülern sowie Studierenden, die durch die beteiligten Gedenkstätten unterstützt werden konnten. Mehrere der für die Ausstellung erarbeiteten Projektstage werden von den Schulen immer wieder angefragt. Zu diesem Zweck sind Kopien einiger Ausstellungstafeln hergestellt und laminiert worden, um sie zu solchen Anlässen einschließlich der sonstigen Materialien nutzen zu können.

Dasselbe gilt für Veranstaltungen aus dem Begleitprogramm. Im Jahr 2009 inszenierte das Theater der Altmark Stendal das Stück „Unkraut vergeht nicht“. Die Vorführung über das Anfang 1945 verhängte Todesurteil des Sondergerichts Magdeburg gegen die Schönebeckerin Anna Piehler mündete später in eine szenische Lesung, die mehrere Jahre lang an Schulen und in Gedenkstätten, einmal sogar zum Tag der Offenen Tür im Ministerium für Justiz und Gleichstellung in Magdeburg, aufgeführt wurde.

Die andauernde Wirksamkeit des Ausstellungsprojektes zeigt sich darüber hinaus in einer Vielzahl von Veröffentlichungen. Entstanden an den ersten fünf Ausstellungsorten zunächst einzelne Hefte, in denen die Tafelinhalte publiziert wurden, ergänzten die Ausstellungsmacher diese im Jahr 2009 mit einem Begleitband zur Ausstellung², eingeleitet mit Beiträgen der ehemaligen Generalbundesanwältin Prof. Monika Harms, Karlsruhe, und des Strafrechtlers Prof. Ingo Müller, Berlin. Drei Jahre später erschien ein erster Gesamtkatalog zur Ausstellung³, dessen wesentlich erweiterte, zweite Auflage auch grundlegende Beiträge zur Sonderjustiz, den Erbgesundheitsgerichten, der Wehrmachtjustiz und dem Zusammenwirken von Justiz und Polizei auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt enthält.⁴ Einzelne Veröffentlichungen widmen sich Projekten, in deren Rahmen spezielle politische Straftatbestände der NS-Justiz untersucht wurden: Verstöße gegen Regelungen zum Umgang mit Kriegsgefangenen oder gegen die Rundfunkverordnung.⁵ Die intensive Beschäftigung mit Opfern der Wehrmachtjustiz mündete auch hier in eine Publikation⁶, die inzwischen fast jährlich Ausgangspunkt einer Projektwoche in der Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale) ist. Die Auflagenzahlen der Hefte mögen als Beleg für das anhaltende Interesse an den Themen dienen. Anlässlich der Präsentation in Brüssel erarbeiteten die Autoren dieses Beitrages ein zweisprachiges Handout⁷, das ausländischen Besucherinnen und Besuchern auch an den folgenden Ausstellungsorten eine große Hilfe darstellte und inzwischen als Bestandteil des Englisch- und Geschichtsunterrichts an verschiedenen Schulen in Sachsen-Anhalt nachgefragt wird.

Das Einhergehen von Ausstellungsrecherchen, Publikationstätigkeit und pädagogischer Arbeit wird unter anderem am Beispiel der Lebensgeschichten von Joseph, Gilbert und Jean Scemla belegt, die im Juli 1944 im „Roten Ochsen“ in Halle hingerichtet wurden. Nach der Besetzung Tunesiens durch die Wehrmacht im Herbst 1942 wurden die männlichen Mitglieder der Familie Scemla, in Tunis lebende französische Juden, bei dem Versuch verhaftet, die Demarkationslinie zu dem von britischen Truppen besetzten Territorium zu übertreten. Der Deportation nach Deutschland folgten eine Internierung im KZ Dachau und das Todesurteil durch das Reichskriegsgericht in Torgau verbunden mit der Überstellung nach Halle. Gilbert Scemlas Sohn Frédéric Gasquet, geboren 1941 in Tunis, hat gemeinsam mit dem Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) die Lebensgeschichten seiner Angehörigen recherchiert. Es gibt nun eine Tafel in der Wanderausstellung, eine inzwischen in deutscher Sprache zur Verfügung stehende Biographie⁸ und eine bilinguale Projektwoche, die jährlich im Mai in Halle (Saale) stattfindet.

Ein solch umfang- und erfolgreiches Projekt wie die Wanderausstellung wäre ohne das Engagement zahlreicher Beteiligter nie realisierbar gewesen. Gedankt sei daher stellvertretend all denen, die außer den Autoren dieses Beitrages seit zehn Jahren dabei sind: Dr. Ute Hoffmann, Katrin Lipke, Carmen Lück und Evelyn Stollberg von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Anja Schrott und Heinz Vormbrocke vom Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, Jaqueline Jungmann von der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Martina Grünwald und dem Grafikbüro „designagenten“ in Hannover, nicht zuletzt auch Antje Herfurth, Katrin Krause und Helge Kirbs vom Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Andreas Grünwald vom Bundesarchiv Berlin sowie sehr vielen Kolleginnen und Kollegen, die ebenso unverzichtbar gewesen sind und bleiben werden.

Kommen wir noch einmal auf das Jahr 2018 zurück. Insgesamt gastierte die Ausstellung an folgenden Orten in Sachsen-Anhalt:

Konrad-Adenauer-Stiftung – Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt in Magdeburg

Die Eröffnung fand am 29. Januar 2018 statt. Grußworten der Ministerin für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, Anne-Marie Keding, und der Leiterin des Bildungsforums, Sandra Mehnert, folgte eine Einführung in die Ausstellung, die Dr. Daniel Bohse, Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, übernahm. Während der nur für wenige Tage vorgesehenen Präsentationszeit absolvierten Schülerinnen und Schüler des Kurfürst-Joachim-Friedrich-Gymnasiums Wolmirstedt einen Projekttag, in dem sie anhand zweier Verfahrenskomplexe das Agieren des Sondergerichts mit dem einer normalen Strafkammer am Landgericht Magdeburg verglichen. Das Projekt, das sich auf die juristische Aufarbeitung des Genthiner Eisenbahnunglücks vom 22. Dezember 1939 und die beiden ersten aus diesem Anlass durch das Sondergericht Magdeburg verhängten Urteile – zwei Todesurteile – bezieht, hatte im Jahr 2017 Jerome Kageler im Rahmen seines FSJ Kultur in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg entwickelt. Bereits an den Ausstellungsorten Genthin und Sondershausen mehrfach durchgeführt, hat sich der Projekttag zu einem festen Bestandteil des pädagogischen Begleitprogramms der Wanderausstellung entwickelt.

Heinrich-Heine-Gymnasium Wolfen

Vom 11. April bis zum 9. Mai 2018 zeigte das Heinrich-Heine-Gymnasium Wolfen die Ausstellung. Die Initiative dafür war 2017 von den Schulleitungen des Heine-Gymnasiums und der Sekundarschule Wolfen-Nord anlässlich der Präsentation der Ausstellung im Amtsgericht Bitterfeld-Wolfen ausgegangen. Die Einführung in die Ausstellung übernahmen zuvor ausgebildete Schülerguides des Gymnasiums. Als Gastgeber von Vortragsveranstaltungen im Begleitprogramm fungierte das Industrie- und Filmmuseum Wolfen. Folgerichtig stellten die Referenten daher Strafsachen des Amtsgerichts Bitterfeld und des Sondergerichtes Halle gegen in der Filmfabrik Wolfen beschäftigte Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen.



Schülerinnen und Schüler des Heinrich-Heine-Gymnasium Wolfen besichtigen die Wanderausstellung in Begleitung der Ministerin für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, Anne-Marie Keding, Aufnahme Frühjahr 2018

Amtsgericht Zeitz

Vom 29. August bis zum 19. Oktober 2018 war die Ausstellung im Amtsgericht in Zeitz zu sehen. Anlässlich der Ausstellungseröffnung konnte Ernst-Wilhelm Schulze, Direktor des Amtsgerichts, zahlreiche Gäste begrüßen, darunter Petra Zuleeg, eine Enkeltochter des vom Volksgerichtshof im Jahr 1944 zum Tode verurteilten Max Timmel. Dem am Bergamt Zeitz angestellten Timmel war Wehrkraftzersetzung vorgeworfen worden, weil er an seiner Arbeitsstelle Briefe seines in Stalingrad eingesetzten Sohnes vorgelesen hatte.

Dem Konzept der Ausstellung folgend, wurden auch für Zeitz neue Tafeln erarbeitet. Sie dokumentieren die Strukturen der NS-Justiz in Zeitz, einzelne in Zeitz und Naumburg verhandelte Fälle sowie politisch motivierte Strafverfahren des Sondergerichtes Halle, das in nicht weniger als 49 Fällen gegen Menschen aus Zeitz und Umgebung verhandelte. Eine biographische Tafel zeigt wichtige Dokumente zu dem am 8. Mai 1944 in Brandenburg-Görden hingerichteten Max Timmel. Da zwei weitere Nachfahren der Familie aktuell Schüler des Christophorus-Gymnasiums Droyßig sind, vereinbarten des-

sen Schulleitung und die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) für das Frühjahr 2019 einen Projekttag in Droyßig.

Auf großes Interesse stießen die Vorträge im Rahmen des Begleitprogramms. So referierte Dr. Ute Hoffmann, Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg, zum Thema „NS-Gesundheits- und Rassenpolitik und ihre Auswirkungen auf Zeit“. Der Vortrag im Stadtarchiv Zeitz (Schloss Moritzburg) löste eine intensive Diskussion mit Zeitzer Bürgerinnen und Bürgern aus, die sich schon länger mit diesem Thema befasst hatten.

Auf Grund der großen Nachfrage wurde die Präsentation in Zeitz um drei Wochen verlängert.

Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg

Die Präsentation der Ausstellung vom 5. bis zum 23. November 2018 im Landtag von Sachsen-Anhalt galt gleich zwei Anlässen: dem Gedenken an den 80. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938 und dem 10jährigen Bestehen der Wanderausstellung. Nach einer Begrüßung durch Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch widmete sich der Jurist Prof. Dr. Ingo Müller, Berlin, ausgewiesener Kenner der NS-Sonderjustiz und langjähriger Begleiter der Wanderausstellung, dem Thema „Der 9. November 1938: Beginn des Holocaust“⁹. Eindrucksvoll legte Müller die Akzeptanz und Unterstützung der Verfolgung als Juden eingestufte Menschen durch breite Kreise der deutschen Bevölkerung dar und würdigte damit ganz besonders diejenigen, die sich der menschenverachtenden und rassistischen Politik der Nazis entgegengestellt hatten.

Ehrengäste der Veranstaltung waren der Schönebecker Rudolf Lorfing und dessen Ehefrau. Lorfing hatte als 8-jähriges Kind im Februar 1945 als Zeuge in einem Sondergerichtsverfahren in Magdeburg gegen seine Wohnungsnachbarin Anna Piehler aussagen müssen. Durch die Mitwirkung Lorfings entstand 2009 als Teil des Begleitprogramms zur Wanderausstellung das vom Theater der Altmark Stendal inszenierte Stück „Unkraut vergeht nicht“.

Als besonderen Teil des Eröffnungsprogramms präsentierte die Figurenspielerin Julia Raab, dramaturgisch in Szene gesetzt von Sandra Bringer, beide aus Halle (Saale), eine Lesung aus amtlichen Dokumenten zur Todesstrafe sowie aus damit in Zusammenhang stehenden Abschiedsbriefen von zum Tode verurteilten Frauen, die 1943 und 1944 im Zuchthaus Halle hingerichtet worden waren. „Im Frühling hat man keine Lust zu ster-

ben“ – dieses Zitat aus einem der Briefe steht exemplarisch als Titel über der Lesung, die ab 2019 regelmäßig Teil des Begleitprogramms der Ausstellung werden soll.

Aus Anlass des Jahrestages des Novemberpogroms entstanden weitere Ausstellungstafeln, darunter eine zur Beteiligung der Verwaltungsjustiz an der Entrechtung und Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung. Grundlage dieser und auch zweier biographischer Tafeln war ein Forschungsprojekt der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg zur „Arisierung“ jüdischen Vermögens auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts. Für die Mitarbeit an der Wanderausstellung konnten die Studentinnen Johanna Sophie Keller und Anna Skiba, die mittlerweile in Halle (Saale) bzw. Potsdam studieren, gewonnen werden. Im Fokus der Tafeln steht das Zusammenwirken zwischen Justiz, Gestapo und den für die Zwangsenteignung jüdischen Besitzes zuständigen Devisenstellen, die wiederum der Finanzverwaltung unterstanden. Deren Zusammenarbeit wird am Beispiel des Magdeburger Kohlenhandels der Brüder Kurt und Fritz Weinmann sowie anhand der Lebensgeschichten von Paul und Lilly Bernhard, bis Dezember 1938 Eigentümer eines traditionsreichen Kaufhauses in Tangermünde, illustriert. Die Genannten eint, auf Betreiben der Gestapo konsequent aller Vermögenswerte beraubt worden zu sein, wobei die Justiz dies durch die Berichtigung von Registern und Grundbüchern legalisierte.

Für 2019 bekundeten bereits vier weitere Orte ihre Bereitschaft, die Ausstellung zu zeigen, darunter die Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt in Aschersleben und zwei Amtsgerichte. Wir lassen uns also gern vom Gästebuch der Ausstellung leiten, in dem ein Besucher im Jahr 2013 in Brüssel formulierte: „Ich wünsche der Ausstellung noch eine gute Reise.“

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu den Beitrag von Ingo Müller in diesem Rundbrief.
- 2 Vgl. Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt. Begleitband zur Ausstellung, hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung Sachsen-Anhalt, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, 1. Auflage, Magdeburg 2009, 2. Auflage 2012.
- 3 Vgl. Viebig, Michael / Bohse, Daniel (Bearb.): Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt, hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2012.
- 4 Vgl. Viebig, Michael / Bohse, Daniel (Bearb.): Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt, hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, dem Ministerium für Justiz Sachsen-Anhalt, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, Magdeburg 2015.
- 5 Vgl. „... das gesunde Volksempfinden gröblichst verletzt“. Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen im Sondergerichtsbezirk Halle (Saale), hrsg. von der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, 2. Auflage, Halle 2012; „Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen“. Verfahren am Landgericht Halberstadt (1940–1945), hrsg. von der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Halle 2012; „Rundfunkverbrecher“ vor dem Sondergericht Halle, Strafverfahren von 1939 bis 1945, hrsg. von der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, 3. Auflage, Halle 2013.
- 6 Vgl. Wehrmachtjustiz in Halle. Schüler auf der Suche nach Opfern und Schauplätzen, hrsg. vom Südstadtgymnasium Halle (Saale), der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt und dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, 2. Auflage, Halle 2016.
- 7 Vgl. Viebig, Michael / Bohse, Daniel (Bearb.): Justice under National Socialism. Crimes committed in the name of the German People. Saxony-Anhalt / Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt, 2. Aufl., Magdeburg 2018.
- 8 Vgl. Gasquet, Frédéric: Der Brief meines Vaters. Eine tunesische Familie in der Nazi-Hölle. Aus dem Französischen von Manfred Flügge, hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Schriftenreihe Biographien, Erinnerungen, Lebenszeugnisse, Band 4, Halle (Saale) 2014.
- 9 Vgl. dazu den Beitrag von Ingo Müller in diesem Rundbrief.

Die Mauer und die Vögel

Rede zum 3. Oktober 2018 in Marienborn

Christoph Dieckmann

Liebe Festgemeinde,

ich möchte Ihnen von der alten und von der neuen deutschen Zeit erzählen, doch zunächst von meinem Studentenzimmer. Ich habe Theologie studiert, zuerst in Leipzig. 1978 wechselte ich nach Berlin, ans Sprachenkonvikt in der Borsigstraße, ganz nahe der Mauer. Unser Vorlesungssaal stand auf hohlem Grund. Alle paar Minuten verspürten wir eine kleine Unruhe, die aus dem Erdinneren kam. Ein sanftes Rappeln bezeugte, daß unter uns die Westberliner S-Bahn zwischen Anhalter Bahnhof und Gesundbrunnen nonstop durch ihre Ostberliner Katakomben eilte.

Mein Zimmer im Sprachenkonvikt maß nur sieben Quadratmeter. Dafür gewährte es, im dritten Stock gelegen, prächtige Sicht nach drüben. Der Blick überflog die Invalidenstraße und die Grenzanlagen und landete im Wedding. Diesseits der Mauer ruckelte die Straßenbahn Nr. 46 staatsfromm nach Pankow. Jenseits standen Westler auf Balkonen und benahmen sich nach Menschenart. Das Westvolk erwachte morgens, es rauchte, es hängte Wäsche auf, es löschte nachts das Licht. Der Mondschein einte Berlin. Auch die Vögel reisten nach Belieben hin und her.

Und ich? Wann ich?

Welcher Insasse der Deutschen Demokratischen Republik hätte sich das nicht gefragt. Unsere Studentenkneipe an der Ecke Borsig-/Tieckstraße barg ein unfäßbares Gemisch von Proleten, Pathologen, Privatgelehrten, Luden, Zockern, Zille-Weibern und sonstigen Gotteskindern. Wir lauschten ihnen amüsiert. Wir teilten nicht ihre verunfallten Lebensläufe, ihr resigniertes Unglück, ihren Dauersuff, der nur Gegenwart kannte. Wir hatten Zukunftspläne – nicht nur wir. Ein trunkener Anarchist krachte sich an unseren Tisch und offenbarte seinen Plan zur Beseitigung der Mauer: Er sei demnächst in der Lage, die Kugel des Fernsehturms so fachgerecht vom Rumpf zu sprengen, daß sie unbeschädigt die Liebknechtstraße und Unter den Linden entlangrollen und das Brandenburger Tor zermalmen würde. Durch diese Bresche werde das Ostvolk in die

Freiheit strömen. Denkmalschützerische Einwände wischte er vom biernassen Tisch, mit dem eindrucksvollen Satz: Dit laß ick widder uffbaun.

Der Krieg schien lange her. Erst heute begreife ich, daß wir inmitten der Nachkriegszeit lebten. Die Häuser trugen die Narben von 1945. Einschußlöcher, Flickbauten, Stadtbrachen bezeugten, daß ganz in der Nähe die Kommandozentrale des Hitlerschen Kriegs verteidigt und erobert worden war. Viele alte Menschen, oft bitterlich einsam und arm, wirkten wie displaced persons der vorigen Zeiten. Die mußten ja besser gewesen sein, wenn man den Kaiser zum Kindheitsgefährten hatte, wenn man in den Zwanzigern jung gewesen war, wenn man der Olympischen Spiele von 1936 nicht als Nazi-Propaganda gedachte, sondern als Lebensfest des unzerstörten Berlin. Mit der Stadt zerfielen auch die Menschen; sie wurden Torsi. Als Ganzes empfanden sie weder ihr Leben noch ihre Welt. Der Teilung der Biographien entsprach die der Stadt. Man gewöhnte sich an die Mauer. Alles Tagtägliche wird zur Normalität. Ebenso wahr ist, daß ich die Mauer keinen Tag vergaß. Die sichtbare Existenz eines verbotenen Jenseits drang in die Seele. Man lebte doppelherzig – praktisch hier und geistig in einer Welt der Möglichkeiten. Die Alten hatten ihre Möglichkeiten hinter sich und träumten zurück. Die Jungen träumten *nach drüben*.

Vom Fall der Mauer habe ich keines der üblichen Bilder. Sie ist mir dreimal gefallen, zunächst im November 1987, sozusagen dienstlich. Ich arbeitete als Öffentlichkeitsreferent des Ostberliner Ökumenisch-Missionarischen Zentrums. Mein Direktor Christfried Berger delegierte mich zu einer Konferenz nach Wuppertal. Klaus Gysi, Staatssekretär für Kirchenfragen, stimmte gnädig zu. Am Nachmittag zuvor delegierte ich mich ins „Bötzow-Eck“ und schickerte mir einen an, vorfreudig die große Freiheit betankend. Gigantisch!, jauchzte es in mir. Morgen sehe ich Wuppertal! Das konnte ich unmöglich für mich behalten. Mit mir trank ein beglutzter Prolet, der sich gleichfalls auf morgen freute, weil er da seine Scheidung hätte.

Im Morgengrauen begab ich mich zum „Tränenpalast“ am Bahnhof Friedrichstraße. Ein wohlbeleibtes DDR-Grenzorgan mahnte mich fast väterlich: Bürger, nich so uffjerähcht! Dabei hatte ich zwecks Pulsminderung zwei Schlaftabletten gefrühstückt. Hinüber. Westen! Der immerverbotene Bahnsteig, die S-Bahn/West, vier Wagen und vier Stationen zum Bahnhof Zoo. Kurzer Bummel über den Breitscheidplatz mit der Gedächtniskirche. Dann haltlose Zugfahrt durchs eigene Land: Potsdam, Genthin, Magdeburg. Die Mitreisenden im Abteil schienen stumm. In Marienborn hielt der Zug, lange. Ein Senior

öffnete das Fenster. Von fern knickerten Schüsse. Der Mann knurrte: Jetzt knallnse schonn de Blätter von den Bäumen. Der Zug ruckte an, bald hielt er wieder: Helmstedt. Jetzt schnatterten die Reisegefährten. Auf dem Bahnsteig lächelte eine Diakonisse und verteilte westliche Willkommensgaben. Mir reichte sie durchs Fenster eine Banane.

Wuppertal erwies sich als mittelgigantisch, doch Euphorie guckt vieles schön. Am konferenzfreien Samstag fuhr ich nach Köln. Mein Gastgeber hatte mir 20 D-Mark geschenkt, mit der Weisung, das Walraf-Richartz-Museum zu besuchen. Ich endete im Müngersdorfer Stadion und erlitt den 1. FC Köln gegen Hannover 96. Es regnete, das Spiel war grauenhaft. Ich sehnte mich nach dem FC Carl Zeiss Jena. Nach der Tagung reiste ich leichten Herzens heim. Ich war drüben gewesen, ich hatte es, pars pro toto, geschafft. Der Zug näherte sich Helmstedt. Die Lichtschnur der Grenze strahlte aus der Nacht. Absurderweise dachte ich an Hölderlin: „...glänzt die Erstaunende dort, die Fremdlingin unter den Menschen / Über Gebirgshöhn traurig und prächtig herauf.“ Das gilt bei Hölderlin dem Mond. Freundlichere Assoziationen hat die deutsch-deutsche Grenze wohl niemals ausgelöst.

1988 wurde mir eine Privatreise ins Schwäbische abgelehnt. Patenonkel Reinhold sei nicht blutsverwandt. Ich nahm's leicht.

Im Sommer 1989 durfte meine Frau ihre Tante in Oberhausen besuchen, zum fünfzigsten Geburtstag, zwei Wochen lang, mit Gattenbegleitung. Das waren bereits unerhörte Lockerungen. Wir machten uns auf BRD-Tournee. In West-Berlin hatten wir Freunde. Das Begrüßungsgeld zahlte uns ein Senatsbeamter, hinter dem ein Wimpel der BSG Stahl Riesa hing. Wir fuhren Doppelstockbus, oben rechts, tranken Asti Spumante und erschaken, wenn die Zweige gegen die Frontscheibe knallten.

Wir besuchten Freundin Ines in Göttingen und fuhren dann weiter nach Mainz. Wir planten in der Bahnhofsmission zu kampieren, doch die hatte geschlossen. Wir überquerten den Rhein und fanden auch in Wiesbaden keine Bahnhofsbleibe. Ich telefonierte die Pfarrämter ab, eingedenk des neutestamentlichen Imperativs Herberget gerne! Der mochte für DDR-Pastorenhäuser gelten, in Wiesbaden nicht, obwohl ich mich als Amtsbruder vorstellte. Schließlich rief ich den Propst an. Er rang mit sich und fragte, fernmündlich schnaufend: Sind Sie wirklich Pfarrer? Dann spendierte er uns eine Suite im Nobelhotel „Oranien“, aus der gerade der FDP-Grande Wolfgang Mischnick ausgezogen war.

Die Fahrt nach Bonn am Rhein entlang war eine Augenfreude. Der Zug schmiegte sich an den deutschen Strom, um uns die Weinberge und Burgen zu zeigen. Klick, sagte

das Glück, du hast die Loreley gesehen. In Bonn gab es ein Stadtgesetz: Ostdeutsche bekamen für eine Nacht ein Gratiszimmer im Hotel. Unkontrolliert vom Zoll kehrten wir heim nach Ostberlin. Die Grenzbeamten schienen dankbar erstaunt, daß jemand wiederkam in diesem Fluchtsommer '89. Dem Propst von Wiesbaden schickte ich Rachmaninows Vespermesse und erhielt einen reizenden Brief mit vagen Untertönen deutscher Einheit.

Dann wurde es Zeit für Honeckers DDR. Mit hängender Zunge erreichte sie ihren 40. Jahrestag, begleitet von den Prügelorgien der Ostberliner Polizei und den Leipziger Montagsdemonstrationen. Honecker trat ab, Krenz an. Der Dialog wurde ausgerufen und machte sich selbständig. Ich war kein Montagsdemonstrant, ich war ein Revolutionsflaneur. Fröhlich erregt und revolutionär verknallt erlebte ich den 4. November, die Demo der Zweihunderttausend auf dem Alexanderplatz. Dieser Tag bleibt unvergeßlich, die Stimmen der Redner klingen mir immer im Ohr: Christa Wolfs Rede wider die Wendehälse, Steffie Spiras Ruf ans Politbüro: Abtreten!, Stefan Heyms Predigt: „Es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen“, so sprach er mit Prophetenstimme. „Nach all den Jahren der Stagnation, von Dumpfheit und Mief und Phrasengewäsch – welche Wandlung! Und das in Deutschland, wo sämtliche Revolutionen danebengegangen sind, wo die Leute immer gekuschelt haben. Macht korrumpiert, absolute Macht korrumpiert absolut. Der Sozialismus – nicht der Stalinsche, sondern der richtige, den wir endlich erbauen wollen – ist nicht denkbar ohne Demokratie, die Herrschaft des Volkes. Freunde, Mitbürger: Üben wir sie aus, diese Macht!“

Da ging ein Beben durch die gewaltige Menge, als wollte sie Amen sagen.

Am nächsten Morgen, dem 5. November 1989, öffnete sich mir die Mauer zum dritten Mal. Ich durfte, wieder auf kirchlicher Dienstreise, nach Luzern am Vierwaldstätter See. Aufgekratzt schwärmte ich dort den Westkollegen vom östlichen Gezeitenwechsel. Wir wanderten in die Berge, die Almen hinauf, vorbei an malerischen Höfen, bis zur ersten Zunge Schnee. Ich dachte: Was immer die Zukunft bringt, das nehmen sie dir nimmer. Die Tagung war aus. Der Stuttgarter Klaus Hennig-Damasko lud mich ins Auto und rauschte mit mir nach Mailand, einfach so, Cappuccino trinken. Das Autoradio verkündete, in Ostberlin sei das Politbüro zurückgetreten. Hinter dem Sankt-Gotthard-Tunnel sprach das Radio Italienisch. Ich schrie. Ja, ich war frei, ich konnte fliegen. Im Mailänder Dom zündete ich eine Kerze an.

Den Mauerfall verschlief ich in Genf.



Washington, 3. Oktober 1990: US-Präsident George Bush (senior) begrüßt die deutsche Einheit im Rosengarten des Weißen Hauses. Rechts am Tisch BRD-Botschafter Jürgen Ruhfus.

Den Tag der deutschen Vereinigung verbrachte ich wie kein zweiter DDR-Mensch: Seit Juni 1990 reiste ich durch die USA, inmitten einer Gruppe von zehn jungen Journalisten aus zehn Ländern, eingeladen vom World Press Institute St. Paul/Minnesota. Anfang Oktober erreichten wir Washington. Zufällig am 3.10. besuchten wir die allmorgendliche Pressekonferenz im Weißen Haus. Merlin Fitzwater, der Sprecher des Präsidenten, erwähnte Deutschland mit keinem Wort. Mußte der Führer der Freien Welt nicht diesen Siegestag des Kalten Kriegs zelebrieren? Ich stahl mich aus dem Pressekabuff, irrte durch die Gänge und landete tatsächlich im Rosengarten. Hinter einer roten Kordel saß festlich gestimmtes Publikum: deutsch-amerikanische Honoratioren in Erwartung des Präsidenten. Auf dem wappengeschmückten Pult lag bereits sein Manuskript. Ein Kinderchor in bayerischer Tracht zwitscherte Auf de schwäbsche Eisenbahne und It's a gift to be simple and free. Eine Kapelle der US-Marines blies das Deutschlandlied, ein Bundeswehr-Ensemble tutete The Star-spangled Banner. Jetzt betrat George Bush (senior) den Rosengarten, umsprungen von zwei weißbraunen Hunden. Der Präsident sprach von den Glocken der Freiheit, die heute in Berlin erklingen. Deutschland sei einig und Amerika sein starker Freund.



„Auf de schwäbsche Eisenbahne“: Der Kinderchor der Deutschen Schule Washington

Ich fand mich sehr verloren. Alles und jeder war westlich, ebenso beim Einheitsfest der bundesdeutschen Botschaft. Ich nahm meine bulgarische Freundin Dilyana mit, zwecks osteuropäischen Beistands. Auch ihr blühte nun die Freiheit. Gorbatschows Sowjet-Planet hatte seine Trabanten entlassen. Die globale Zukunft schimmerte im Licht kooperativer Vernunft.

Das folgende Jahrzehnt erlebte ich als Chronist der ostdeutschen Übergangsgesellschaft. Das Hamburger Wochenblatt „Die Zeit“ beehrte einen landeskundigen Redakteur (einen von Hundert), der den Lesern (zu 97 Prozent Altbundesbürger) das westsibirische Beitrittsgebiet näherbrachte - objektiv, mit hanseatisch kühler Feder. Dazu war ich außerstande, doch zur Vermittlung gewillt. Ich erzählte vom Auf- und Abbau Ost, von rassistischer Gewalt, von der Rettung zerfallender Städte und wie das Lausitzer Dorf Horno in die Grube fahren mußte für ein bißchen Kohlestrom. Ich besuchte die hungerstreikenden Kalikumpel von Bischofferode und den taumelnden FC Carl Zeiss Jena. Ich erwog die demokratische Potenz der PDS und die selbstironische Heilkraft der Ostalgie, die im Westen als Verherrlichung des Unrechtsstaats mißverstanden wurde. Ich verweigerte die Reduktion des Landes DDR auf Stasidopingstacheldraht. Ich schrieb als

Abkömmling jenes deutschen Volkes, das im Herbst 1989 seine öffentliche Sprache gefunden hatte und also endlich sich selbst.

Dieser Fund ging wieder verloren.

Bereits mit dem Mauerfall endete der emanzipatorische Volksaufstand, wurde die eben errungene Freiheit privatisiert. Der eifertige DDR-Beitritt zur Bundesrepublik – de facto ein Anschluß – erfolgte vollständig zu den Bedingungen des übernehmenden Staats. Der Westen bedurfte keines Ostens; er prosperierte; er war in sich gefestigt und komplett. Er plante die bankrotten neuen Länder anzukoppeln wie eine starke Lokomotive die Wagen zwölf bis sechzehn. Bisweilen keuchte die Lok, wobei der Osten nicht mal mehr ein Zugpferd besaß. Fortan war er Drittland und Fünftelvolk und hatte sich der Mehrheitgesellschaft und ihren Regularien zu fügen. Im Osten änderten sich Welten, im Westen die Postleitzahlen.

Öffentlichkeit, das freie publizierte Wort, war ein Hauptbegehren der Friedlichen Revolution. Nun verkaufte die Treuhand sämtliche SED-Bezirkszeitungen an westliche Medienhäuser, die alsbald eigene Leitungskader installierten. Noch heute läßt sich die DDR-Bezirkseinteilung an den Vertriebsgebieten dieser Blätter erkennen. Sie blieben Medien der Provinz. Nationale Medien sind westdeutsche Medien. Nationale Debatten, von ihnen entfacht, sind westdeutsche Debatten, manchmal mit einer Ost-Stimme garniert. Deutsche Öffentlichkeit ist westdeutsche Öffentlichkeit. Der deutsche Begriff von Normalität bezeichnet das westdeutsche Normale. Die aufgerufenen Geschichtserfahrungen sind die der Bundesrepublik. Die mediale Marginalität des Ostens erfaßte das Selbstgefühl vieler Menschen: Meine Erfahrungen sind minderwertig, denn ich entstamme der Diktatur.

Wie wenig vermochte der Westen sich als deutschen Torso zu begreifen. Vierzig Jahre lang floß die Nationalgeschichte geteilt; kein Flußarm war mehr oder weniger deutsch als der andere. Zudem existierten beide Deutschländer als Mündel der Siegermächte. Die hatten 1945 den Einheitsstaat kassiert; 1990 rückten sie ihn wieder heraus.

Wahr ist, daß die DDR nicht ohne Mauer existieren konnte. Wahr bleibt bis heute, daß die westdeutsche Zivilgesellschaft weitaus stabiler lebt als der industriell entkernte, entbürgerlichte Osten. Auch der wirtschaftliche Abstand weigert sich zu schrumpfen. 1989/90 kollabierte eine staatsmonopolistische Parteidiktatur; ihre Hinterlassenschaft wurde zur Beute der Eigentumsgesellschaft West. Wie pauschal, wie menschenfern sind ohne Sozialanalyse die Ossi-Wessi-Klischees. Wie ermüdend die blasierten

Mentalitäts-Diagnosen der deutsch-deutschen Käferkunde. Wie die Westler waren die Ostler nie ein homogenes Kollektiv, sondern Individuen sehr verschiedenen Charakters und Geschicks. Nur als Erinnerungsgemeinschaft bilden sie ein vielstimmiges Wir. Sie verteidigen nicht den SED-Staat, sondern ihr darin gelebtes Leben. Die existentielle Erfahrung des 89er Zeitenbruchs unterscheidet Ost und West. West-Biographien wurden weder umgepflügt noch evaluiert.

Dann geschah der 11. September 2001. Schlagartig saßen die Deutschen im selben Boot. Die innerdeutschen Debatten verstummten, Außenpolitik setzte die Themen. Daß sich der Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht zum Spießgesellen des Irak-Kriegers George Bush (junior) machen ließ, war eine befreiende Erfahrung.

Sie verblaßte durch die sukzessive Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Noch gilt Deutschland als pazifistisch. Das meint die Volksmentalität, nicht den drittgrößten Waffenexporteur der Welt. Wir verdienen auch an den Kriegen, die wir beklagen. Erschöpft bemerken wir den Niedergang der westlichen Wertegemeinschaft. Manche Linie des Fortschritts krümmt sich zum Kreis, zur Wiederkehr des Immergleichen. Selbst das Reden vom gerechten Krieg ist schon wieder im Schwange. Es gibt aber nur gerechten Frieden. Wer wird Krieg Sünde nennen, wenn die Kirchen es nicht tun? Wer, wenn nicht Christen, soll Gottes Gerechtigkeit von der menschlichen unterscheiden. Wer widersteht, wenn Menschen sich Gottes Platz anmaßen? „Ihr seid das Salz der Erde“, sagt Jesus in der Bergpredigt zu den Seinen (Matthäus 5,13). „Wenn aber das Salz stumpf wird, womit soll man's salzen?“

Ein Vierteljahrhundert lang schien in den Reden zum 3. Oktober Freiheitsjubiläum rituelle Pflicht. Die Einheits-Rhetorik kannte nur noch Deutsche. Wer zwei Kulturen unterschied, war nicht in der Einheit angekommen. Die doppeldeutschen Verwerfungen wurden schwarzrotgold glasiert, Beschwerden überhört.

Es ist tragisch, daß erst das Gebrüll der Straße, die sogenannte Wut der Ostdeutschen, ans Ohr der Politzentralen dringt. Nicht tragisch, sondern wirkungsvoll gefährlich ist die daraus erwachsene Protestpartei, in Ost und West. Mit Brecht gesagt: Der Schoß ist fruchtbar noch ... Auch der Nationalsozialismus begann mit Staatsverachtung, als rechte Emanzipationsbewegung gegen das politische Establishment. Alles kann sich ähnlich wiederholen; die Geschichte kennt keine endgültigen Zustände. Man hüte sich, rassistisches Verhalten mit Sozialverständnis zu bemänteln. Auch der prekäre Mensch

ist für seine Übeltaten individuell verantwortlich. Dennoch gibt es massentypische Motive. Zitiert sei der Soziologe Wolfgang Engler aus dem jüngst erschienenen Buch: „Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein“: „Der überdurchschnittliche Erfolg der AfD in den ‚neuen Ländern‘ findet seine so gut wie vollständige Erklärung in den Erfahrungen, die sie nach 1990 sammelten und eben nicht im Rekurs auf ihren vermeintlich obrigkeitsstaatlichen, führerorientierten DDR-Habitus. Diese Dummheit grassiert noch immer [...], und sie hat Methode. Indem man die Herkunftsgesellschaft der Ostdeutschen für jegliches kritikwürdiges [sic!] Verhalten verantwortlich macht, legitimiert man die strukturellen Gebrechen und Ungerechtigkeiten der Ankunftsgesellschaft.“

Einig wissen sich die hirnbegabten Deutschen in Ost und West hinsichtlich unserer fürchterlichen Schuldgeschichte. Die Teilung der Nation war hitlerdeutsch verschuldet. Die stalinsozialistische DDR bekam den Antifaschismus von ihrer sowjetischen Siegermacht übergeholfen, die braunfaul-restaurative Bundesrepublik entnazifizierte sich erst im Streit der Generationen. Beide Wege konnten zur Erkenntnis führen.

Mitunter wird gefragt, warum die jungen Ostdeutschen heute ihre Eltern nicht ähnlich dringend nach der Diktatur befragen wie die 68er die ihren einst im Westen. Eher nehmen sie die ältere Generation verständnissuchend in Schutz. Das SED-Regime verbrach ja weder Krieg noch Holocaust. Es diktierte, es knickte Biographien, es limitierte Lebenschancen im Namen sozialer Geborgenheit. Daß die zur gerechten Freiheit gehöre, blieb eine ostdeutsche Überzeugung.

Zum Schluß ein schlichter Befund: Dies ist die deutsche Einheit. Eine andere gibt es derzeit nicht für unser liebenswertes Land. 1990 erklärte mir eine US-Amerikanerin, warum Schwarz und Weiß nicht mehr zu scheiden seien: weil beide das Land seit Jahrhunderten bewohnen und, im Guten wie im Bösen, seine Geschichte teilen. Die deutsche Neuzeit währt nun knapp drei Jahrzehnte und ist schon voller Gemeinsamkeit: Kosovo-Krieg, Euro-Einführung, Finanzkrise, Hartz IV, Homo-Ehe, Pegida, Flüchtlingsströme, NSU und NSA sind einheitsdeutsche Erfahrungen.

Unsere Vergangenheiten bleiben getrennt. Ihre Konsequenzen wirken fort, ihre Erzählungen bereichern unsere doppeldeutsche Geschichte. Deren Graben klafft nicht bloß zwischen Ost und West. Er trennt auch die Generationen, die Deutschlands Teilung erlebten oder eben nicht. Jede historische Prägung ist letztlich Autobiographie. Ich möchte die deutschen Biographien von Ost und West einander vergleichbar machen, so daß Leben neben Leben steht, nicht immer Gulag gegen Freie Welt.

Die Nachgeborenen der Teilung werden immer mehr – wie Deutschlands Zuwanderer von jenseits der Grenzen unserer Erfahrung und unseres Staats. Wer hinter der Mauer aufwuchs, kann von den Flüchtlingen nicht schweigen. Mitunter übersteigt die Zahl derer, die im Mittelmeer ertrinken, in einem Monat die der Mauertoten von 1961 bis 1989. Als Bürger der Festung Europa erwäge ich Ideal und Möglichkeit an jedem Tag. Für heute nur drei christlich-abendländische Sätze: Die deutsche Regierung der Kanzlerin Angela Merkel hat im Sommer 2015 eine humanitäre Heldentat begangen. Kein freier Geist bangt um eine völkische Identität. Nichts, was wir lieben, werden wir erhalten ohne ein gütiges Herz.

Copyright: Christoph Dieckmann

Die ersten beiden Abschnitte enthalten Passagen aus meinen Büchern „Freiheit, die ich meine. Unbeherrschte Geschichten“ und „Mich wundert, daß ich fröhlich bin. Eine Deutschlandreise“, erschienen im Ch. Links-Verlag, Berlin.



Blick in die neue Dauerausstellung

„Die Vernichtung der ‚Unbrauchbaren‘“ – Eine neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

Ute Hoffmann

Am 2. September 2018 wurde in der Gedenkstätte Bernburg in Anwesenheit von Frau Ministerin Petra Grimm-Benne, Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt, eine neue Dauerausstellung der Öffentlichkeit übergeben. Sie ist das Ergebnis einer zweijährigen Arbeit, ermöglicht durch eine Förderung von Seiten des Landes Sachsen-Anhalt.

Zur Vorgeschichte

Als im Jahr 1988, also genau 30 Jahre vor dieser Eröffnung, in Bernburg am Ort der ehemaligen „Euthanasie“-Anstalt die Arbeiten an einer längst überfälligen Gedenkstätte begannen, fehlten für eine eigene Ausstellung alle Voraussetzungen. Es gab weder wissenschaftliche Recherchen oder inhaltliche Vorarbeiten noch einen Literatur- und



links: Die Ausstellung von Götz Aly über die Wittenauer Heilstätten Berlin und die „Euthanasie“, Aufnahme 1990 | rechts: Die erste Ausstellung zur Geschichte der „Euthanasie“ in Bernburg, Aufnahme 2000

Sammlungsbestand. So war es schon ein Gewinn, dass zu der etwas improvisierten Eröffnung der Gedenkstätte im September 1989 durch die Vermittlung des Karl-Sudhoff-Institutes der Universität Leipzig wenigstens eine Ausfertigung der Ausstellung „Aktion T 4“ des Westberliner Historikers Götz Aly gezeigt werden konnte.

Aber Besucherinnen und Besucher, die nach Bernburg kommen, möchten in erster Linie etwas über Bernburg wissen und nicht über Berlin. Deshalb war es wichtig, so schnell wie möglich eine eigene Ausstellung zu erarbeiten, wenn auch anfangs nur mit bescheidenem Wissen über das historische Geschehen. Eine solche Ausstellung konnte allerdings nicht komplett erstellt werden, sondern nur Tafel für Tafel je nach den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln. Übergangsweise hingen sogar Teile beider Ausstellungen in einem gemeinsamen Ausstellungsbereich. Das letztendlich vorliegende Ergebnis war vor allem der Halleschen Grafikerin Sigrid Trebstein zu verdanken, die sich ungeachtet der schwierigen Rahmenbedingungen um die Gestaltung der Tafeln kümmerte. Trotz aller Improvisation und massiver Probleme mit papiernen Materialien in einem sehr feuchten Keller überdauerte die Ausstellung dann rund zehn Jahre.

Im Jahr 2006 wurde dann die erste, in einem Zug geschriebene und grafisch umgesetzte Ausstellung mit dem Titel „dass das Unkraut vernichtet werde“ eröffnet. Dank einer Projektförderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft stand für diese Ausstellung bereits eine solide wissenschaftliche Basis zur Verfügung. Gestalterin war die heute nicht mehr bestehende Agentur UND. aus Magdeburg. Die 24 bedruckten, textilartigen Fahnen waren damals ganz aktuell und entstammten einer Anregung durch eine Wanderausstellung im Bauhaus Dessau. Ergänzt wurden sie durch ein kleines Angebot an vier computergestützten und zwei analogen Informationsplätzen. Trotz anfänglicher Befürchtungen einer leichten Zerstörbarkeit der Fahnen durch Vandalismus überdauerte diese Ausstellung dann zwölf Jahre.

Nach einem solchen Zeitraum ist eine Ausstellung jedoch in der Regel überholt, so auch in Bernburg. Defizite gab es in mehrfacher Hinsicht. Dazu gehörte vor allem, dass der Inhalt nicht mehr dem aktuellen Kenntnisstand entsprach. Im Verlaufe des vergangenen Jahrzehnts konnten viele Informationen gewonnen werden, um bestehende Wissenslücken über das Geschehen vor Ort zu schließen. Als besonders reichhaltige Quelle erwiesen sich dabei die Archive der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Gestaltung und Präsentation waren 2006 noch ungewöhnlich und auch interessant, zehn Jahre später nicht mehr. Mittlerweile musste die Ausstellung auch vor dem Hintergrund der Veränderungen von Rezeptionsgewohnheiten der Besucherinnen und Besucher als überholt angesehen werden. Es war deshalb an der Zeit, eine neue Exposition zu erstellen.

Quellenlage und Konzeption

Die Besonderheit einer solchen Gedenkstätte am historischen Ort einer der sechs Gasmordanstalten der „Euthanasie“ besteht darin, dass keine Berichte von Opfern vorliegen. Nur wenige Menschen wurden vor Ort zurückgestellt. Von diesen wiederum starben die meisten trotzdem noch andernorts einen gewaltsamen Tod im Rahmen der zweiten, dezentralen Phase des Krankermordes zwischen 1941 und 1945. Im Unterschied zu den Stätten ehemaliger Konzentrationslager liegen deshalb hier ausschließlich Unterlagen der Täterinnen und Täter vor, sowohl aus der Zeit von 1939 bis 1945 als auch aus der Nachkriegszeit mit dem Schwerpunkt auf den 1960er Jahren. Letztendlich wi-



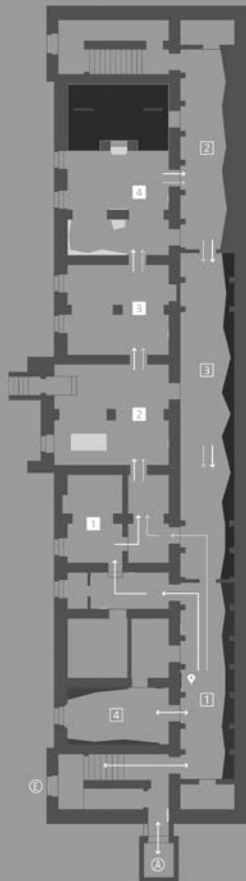
Die Ausstellung ab 2006, Aufnahme um 2010

derspiegeln selbst Krankenakten nicht die Perspektive der Patientinnen und Patienten, sondern die der jeweils behandelnden Ärzte, und sind deshalb vor dem Hintergrund der „Euthanasie“ ab einem bestimmten Zeitpunkt zwangsläufig ein Täterdokument.

Der Umgang mit dieser Art von Zeugnissen erfordert ein hohes Maß an Quellenkritik. Die Unterlagen sind aber auch sehr aufschlussreich, wenn es um die Frage nach den Menschen geht, die andere außerhalb jedweder Notwehrsituation industriell organisiert töteten: Wie war ihre Sozialisation? In welcher Rolle verstanden sie sich als Teil des Personals einer „Euthanasie“-Anstalt? Hatten sie Handlungsalternativen und wenn ja, haben sie sie wahrgenommen? Und wie gingen sie nach 1945 mit diesem Abschnitt ihres Lebens um?

Die Empathie mit den Opfern ist wichtig und nimmt einen zentralen Platz ein, aber für eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit reicht sie nicht aus. Die Ermordeten wurden von den Täterinnen und Tätern letztendlich zu Objekten eines Handlungsprozesses gemacht, ohne jede Alternative. Eine Handlungsoption gab es nur auf der Seite der Täterinnen und Täter.

Übersichtsplan



STANDORT

Rundgang 1

Rundgang 2

Historische Räume

- 1 Gaskammer
- 2 Sektionsraum
- 3 Leichenraum
- 4 Krematorium/Gedenkbereich

Themenbereiche der Ausstellung

- 1 „Euthanasie“ im Nationalsozialismus
- 2 Die Vorgeschichte bis 1939
- 3 Die „Euthanasie“-Anstalt in Bernburg
- 4 Die Nachkriegszeit

Ⓔ Eingang

Ⓐ Aufzug

Der Führungsweg durch die neue Ausstellung

Es liegt daher nahe, in der Ausstellung neben den Sachinformationen in einem begrenzten Rahmen die Täterinnen und Täter selbst zu Wort kommen zu lassen. Sie beschreiben, was und wie es passierte, und demaskieren sich gleichzeitig durch die Art und Weise ihrer Äußerungen.

Zu den Inhalten

Die Ausstellungsfläche der Gedenkstätte hat sich seit der Eröffnung 1989 nicht vergrößert. Sie ist nicht grundsätzlich unzureichend, zwingt aber zur Konzentration auf das Wesentliche, zur Prüfung jeder Information auf die Bedeutung für das Gesamtverständnis der Besuchenden und zum Schreiben kurzer, präziser Texte. Das trotz der Kürze ein attraktives inhaltliches Angebot unterbreitet werden kann, steht im Zusammenhang mit den sich ständig erweiternden individuellen Informationsmöglichkeiten auf digitaler Basis. Wer daran interessiert ist, kann sich unmittelbar oder auch später weiter informieren, kann aber ebenso auch mit dem Grundwissen zufrieden sein. Schließlich lesen auch interessierteste Besucherinnen und Besucher nur eine begrenzte Zeit. Für die gesamte Ausstellung gilt, dass die Inhalte für Besuchende mit einer durchschnittlichen Bildung und ohne besondere Kenntnisse über den Nationalsozialismus verständlich sein sollten.

Die inhaltliche Gliederung umfasst folgende Schwerpunkte:

Einleitend erhalten Besucherinnen und Besucher Informationen über das psychiatrische Krankenhaus, über die Maßnahmen der nationalsozialistischen Gesundheits- und Rassenpolitik sowie über die Auswahl und Einrichtung der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg.

Im Zuge der historischen Kontextualisierung geht es folgend um die weit vor 1933 beginnende Debatte über die ökonomisch begründete Tötung von nicht einwilligungsfähigen Personen, die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf Wirtschaft und gesellschaftliche Ethik sowie um die Formierung der Positionen für bzw. gegen das Töten während der Weimarer Republik. Die Änderungen in der Gesundheitspolitik nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten werden nur kurz behandelt, ebenso Zwangssterilisationen nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und die Ermordung behinderter Kinder aus häuslicher Betreuung in den sogenannten Kinderfachabteilungen.



Das Trägersystem der neuen Ausstellung im Aufbau

Den Hauptteil der Ausstellung nimmt die „Euthanasie“-Anstalt Bernburg ein. Dazu gehören alle Abläufe, beginnend mit der Selektion der Opfer über das Einzugsgebiet der Tötungsanstalt bis hin zu den technischen Abläufen vor Ort. Neue Themenbereiche dieser Ausstellung sind die Hirnforschung an Opfern der „Euthanasie“ und der Einsatz des Personals in den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhardt“¹. In diesem Teil der Ausstellung gibt es für Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, anhand digitaler Verzeichnisse Herkunftsorte und Daten der Transporte zu recherchieren. Ein weiteres digitales Verzeichnis enthält Informationen über die in der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg beschäftigten Männer und Frauen.

Den Abschluss bilden die Strafverfolgung der „Euthanasie“-Verbrechen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und die Entstehung der Gedenkstätte.

Zur Gestaltung

Im Zuge einer europaweiten Ausschreibung konnte sich die Agentur BergZwo aus Berlin mit ihrem Gestaltungskonzept für eine neue Dauerausstellung durchsetzen: mit kräfti-

gen, aber nicht grellen Farben, mit einer klaren Einteilung der verschiedenen Bereiche und einer aufgelockerten Struktur des Tafelsystems.

Zu den unveränderlichen Rahmenbedingungen zählen nicht nur die kleine Ausstellungsfläche mit Nischen, sondern auch die zahlreichen Fenster und Türen sowie etliche technische Anschlüsse, deren Zugänglichkeit gewährt werden muss. Ebenso muss die Gestaltung den Besucherfluss bei Gruppen berücksichtigen und natürlich Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen oder mit Lernschwierigkeiten eine möglichst weitgehende Selbständigkeit bieten. Unter den gegebenen Umständen war und ist eine barrierefreie Ausstellung nicht zu erreichen, eine barrierearme Ausstellung hingegen schon.

Das von den Gestaltern gewählte System besteht aus Platten, die an einem an der Wand befestigten Trägersystem montiert sind. Diese sind so hoch platziert, dass sie für Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, unterfahrbar sind. Die Ausstellung ist nur an einer Seite des Kellerganges angebracht, so dass sich die Wege der Besuchenden in dem schmalen Gang nicht ständig kreuzen und gleichzeitig ein ausreichend breiter Fluchtweg bleibt.

Die Themen sind jeweils in einer Grundfarbigkeit gestaltet, die den jeweiligen Raumbereich mit einbezieht.² Das ermöglicht eine schnelle Orientierung und ein abwechslungsreiches Bild, das zum Lesen einlädt. Dabei wurde darauf geachtet, dass die Texte kurz und die Schrift groß und kontrastreich sind. Auf eine Zweisprachigkeit (deutsch und englisch) wurde verzichtet, um die Tafeln nicht textlich zu überlasten. Übersetzungen in Fremdsprachen sowie die Erstellung einer Variante in Leichter Sprache sind beantragt und stehen dann bei Bedarf separat zur Verfügung.

In den erhaltenen Teilen der ehemaligen Vernichtungsanlage in Gestalt von Gaskammer, Sektionsraum und Leichenraum informieren jetzt kleine Tafeln über die Verwendung der jeweiligen Räume zur Zeit der „Euthanasie“-Morde und über die anschließende Nutzung durch das psychiatrische Krankenhaus bis Anfang der 1980er Jahre. Im Unterschied zum Ausstellungsbereich fanden in diesen Räumen keine Malerarbeiten statt, ausgenommen die Reparaturen bei abgefallenem Putz und nach Bohrungen. Aus dem Sektionsraum wurde der aus dem Jahr 1988 stammende Nachbau eines Sektionstisches entfernt, der über drei Jahrzehnte hinweg einen Zustand erreicht hatte, der



Blick in den Gedenkbereich

als historisch anmutete und von Besuchenden mitunter fälschlich als Original wahrgenommen wurde. Ein Volumenmodell bildet den Ersatz und stellt klar, dass es sich hier um eine nachträgliche, symbolhafte Ergänzung handelt.

Im ehemaligen Krematorium entstand ein Gedenkbereich, der eine würdige Erinnerung an die Ermordeten möglich macht. Beibehalten wurden die Fotos der Menschen, aber jetzt nicht mehr auf Kapa an der Wand befestigt, sondern auf Glas gedruckt und in einem optisch der Ausstellung angepassten Haltesystem. Wichtige neue Elemente dieser Ausstellung sind ein Totenbuch in analoger Form sowie eine Medienstation mit Biographien von Opfern. Angehörige sowie Forscherinnen und Forscher sind eingeladen, die Ergebnisse ihrer Arbeit hier als Bestandteil eines partizipativen Erinnerungsprojektes beizutragen, ebenso wie auch weitere Fotos der Ermordeten in die Präsentation aufgenommen werden können.

Alle Bereiche – sowohl die Räume der ehemaligen Vernichtungsanlage wie auch der Ausstellung – verfügen nun über ein angepasstes Beleuchtungssystem. Das vorherige entstammte noch einer Improvisation des damaligen Bernburger Bau- und Montage-



Blick auf das Totenbuch vor dem Standort der Öfen

kombinats Chemie aus dem Jahr 1988 und wurde von den Besucherinnen und Besuchern inzwischen ebenfalls fälschlich als Relikt der 1940er Jahre wahrgenommen. Jetzt sind die Lampenkörper in den Räumen der ehemaligen Vernichtungsanlage deutlich als „nicht historisch“ zu erkennen. Der Gedenkbereich im ehemaligen Krematorium hat durch eine entsprechende Beleuchtung eine passende Atmosphäre erhalten, und im Ausstellungsbereich wird das Tafelsystem durch ein Lichtband gleichmäßig ausgeleuchtet.

Fazit

Insgesamt wird die neue Dauerausstellung von den Besuchenden sehr gut angenommen. Das betrifft nicht nur Einzelbesucherinnen und -besucher, für die jetzt ein wesentlich besseres Informationsangebot zur Verfügung steht. Auch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die schon seit vielen Jahren die Gedenkstätte mit ihren jeweiligen Gruppen besuchen, geben ausgesprochen positive Rückmeldungen, sowohl zur Gestaltung als auch zum Inhalt. Natürlich gibt es auch kritische Anmerkungen. Sie betreffen die Durchführung von Malerarbeiten im Ausstellungsbereich sowie die Entfernung

des nachgebauten Sektionstisches und der großformatigen Fotos mit den Frontseiten der Kremierungsöfen. Nicht immer wird die Erklärung akzeptiert, dass weder die Farbe im Gang historisch noch der Sektionstisch ein Original waren und die Fotos vom Sektionstisch wie auch von den Öfen jetzt in der Ausstellung zu sehen sind.

Es wird nie möglich sein, mit einer Ausstellung alle Personen zufrieden zu stellen. Das ist auch nicht das Ziel. Die Kriterien sollten vielmehr sein: sachliche und inhaltlich korrekte Informationen, eine saubere Trennung zwischen historischen Relikten und neueren Einbauten, ein würdiges Gedenken an die Opfer und eine möglichst interessante Gestaltung mit Anregungen zum Nachdenken. Und diese Kriterien hat die neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg erfüllt.

Anmerkungen

- 1 „Aktion Reinhardt“ ist der Tarnname für die systematische Ermordung der Jüdinnen und Juden des sogenannten Generalgouvernements. In den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka wurden zwischen März 1942 und Oktober 1943 über 1,3 Millionen Menschen ermordet. Zu den Opfern gehören auch Roma und nichtjüdische Polinnen und Polen.
- 2 Im Ausstellungsbereich wurde keine Originalfarbe überstrichen, auch wenn das vorherige Bild so anmutete. Immerhin diente der Keller einige Jahrzehnte lang der Arbeitstherapie des psychiatrischen Krankenhauses; und auch nach Einrichtung der Gedenkstätte mussten immer wieder massive Feuchtigkeitsschäden ausgebessert werden. Eine Prüfung im Jahre 1988 ergab damals für das Erdgeschoss ca. 15 Schichten Tapeten, im Keller acht Schichten Farbe. Wirklich gesichert ist nur, dass 1875 zur Eröffnung des Hauses alle Etagen mit einem dunklen Grau-Grün gestrichen waren.

Zum Gedenken an das Unrecht der NS-Zwangsarbeit als Aufgabe der Erinnerung in Deutschland

Michele Barricelli

Ein Text über die Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland¹ muss heute anders beginnen als noch vor zehn Jahren.² Zwar stimmt im Rückblick, dass unter den vielen Opfern, die das NS-Terrorregime im Deutschen Reich und im besetzten Europa gefordert hat, die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sicher zu denen gehören, an die wenig gedacht und erst spät erinnert wurde (so wie das etwa auch für die sowjetischen Kriegsgefangenen oder die „Asozialen“ zutrifft, wobei letztere weiterhin auf ihre Anerkennung als Unrechtsopfer warten³). Dabei war früh bekannt, dass jene deutlich über 12 Millionen Menschen⁴, die unter sehr unterschiedlichen Umständen nach Deutschland gelangten und dort ihre Arbeitskraft, Gesundheit, Jugend sowie den Lebensmut ließen, ganz erheblich dazu beigetragen haben, dass die deutsche Kriegs- und Zivilwirtschaft so lange aufrecht zu erhalten war, dass die nicht von Verfolgung betroffene Bevölkerung ganz anders als im Ersten Weltkrieg bis zum letzten Tag des Krieges nicht Hunger litt, kaum fror, Straßen und Eisenbahnen nutzen konnte. In der deutschen Erinnerungskultur – möchte man diese ganz simpel so definieren, dass über moralisch gehaltvolle Themen der Vergangenheit in einer wie immer medial verstärkten Öffentlichkeit gesprochen, verhandelt, gerungen wird – hat dies nie eine besondere Rolle gespielt.

Nun jedoch will es scheinen, dass, endlich, ein Umdenken stattfindet. Dieses begann mit den seit den 1990er Jahren immer lauter werdenden Rufen nach „Wiedergutmachung“; vor allem als Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der kommunistischen Regime in Europas Osten (sowie der damit ermöglichten Öffnung der Archive) gerieten die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in den Blick der deutschen und europäischen Gesellschaft. Zwar hält in Deutschland noch immer kein zentrales Mahnmal für diese Opfergruppe – das unbedingt an einen prominenten Ort in der Hauptstadt Berlin gehörte – das notwendige Gedenken wach und verfügen die noch lebenden Betroffenen oder ihre Nachkommen über keine dem deutschen Staat



Das Gelände des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneeweide

gegenüber eigenständig auftretende Vertretung. Zahlreich sind jedoch die Aktivitäten, die sich zuletzt im Rahmen der Aufklärung über die Geschichte der Zwangsarbeit entfalteten, von medial modernen Interview-Projekten⁵ über literarische Ehrungen bis hin zu archäologischen Grabungen. Wie so oft gingen die Bewegungen mehrheitlich von lokalen Initiativen, höchstpersönlichem Einsatz, Jugend- bzw. Schülerprojekten oder zivilgesellschaftlichem Engagement aus und wuchsen erst dann hoch in die offizielle Politik sowie Gedenkstättenlandschaft. Einen bemerkenswerten ersten Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der Einrichtung des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneeweide über mehrere Etappen seit 2006.⁶

Sichere Zeichen gibt es also dafür, dass sich die normative Rahmung auch des Verbrechens der Zwangsarbeit wandelt – was vor nicht Langem noch ignoriert, verharmlost, als Begleitschaden bezeichnet wurde, darf jetzt ohne Einschränkung monströs oder Mord genannt werden.⁷ Ein tieferes Verständnis des Phänomens fehlt der deutschen Öffentlichkeit (und teilweise auch der Forschung) gleichwohl manchmal noch. Die Schriftstellerin Natascha Wodin, Tochter einer ukrainischen Zwangsarbeiterin, Deut-

sche, muss jüngst ihre längst verstorbene Mutter in einem imaginären Brief abermals darauf hinweisen, dass sie denen zuzurechnen sei, die „in der deutschen Gesellschaft [...] einst Unrat waren, slawischer Abschaum, den der Krieg angeschwemmt hatte“; nach dem Ende hätte sie, die Mutter, dann als „Untermensch“ zur „überflüssig gewordenen Menschenbeute aus dem Osten gehört“.⁸ Offenbar ist solche Besinnung, die ja daneben bereits auf Defizite in der Aufarbeitung verweist, aktuell immer noch erforderlich. Einige Anmerkungen in Richtung auf das mögliche Ansehen dieser Vergangenheit und unseren Umgang mit ihr sollen nachfolgend gemacht werden.

Zwangsarbeit als offenes NS-Verbrechen

Das Zwangsarbeitssystem hat eine unüberschaubare Menge an gut gesicherten Daten hinterlassen; es liegt, außer in einschlägigen Archiven, in vielen offenen Büchern vor uns, als wissenschaftliches Werk, museales Exponat, reich bebildeter Ausstellungskatalog, als analoges Filmdokument und digitale Umsetzung, als Fotoalbum (sogar der Peiniger), in Form von oralen, schriftlichen, künstlerischen Hinterlassenschaften der Opfer selbst. Die Vielfalt der Überlieferung ist zunächst direkte Folge der schieren Größe des Verbrechens. Anders zudem als der Völkermord an den Jüdinnen und Juden sowie den Sinti und Roma oder etwa die Tötungsaktionen im Hinblick auf Menschen mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen sowie psychiatrischen Erkrankungen, anders auch als die Beseitigung der bereits zuvor isolierten Homosexuellen oder der mörderische Umgang mit Kriegsgefangenen und Partisanen, die alle gewisse Stufen der Heimlichkeit, Vertuschung oder zumindest, bei aller Sichtbarkeit, des gebotenen Beschweigens kannten, vollzog sich die Ausbeutung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter vor den Augen der Öffentlichkeit. Nach Kriegsbeginn muss man sich die deutschen Klein- und Großstädte, genauso das flache Land, als langsam volllaufende Szenarien von Zwangsarbeiterlagern und Sammelunterkünften aller Art vorstellen, für die man mannigfaltige Namen erfand. Sie lagen am Stadtrand oder im Ortskern, rund um Fertigungsstätten und Fabriken, in Hallen, geräumten Wohnhäusern, Hüttensiedlungen, Tunneln und Stollen, auf Dachböden oder in Scheunen. Ein Heer staatlicher und kommunaler Behörden sowie eine Phalanx von privatwirtschaftlichen Unternehmen war folgerichtig mit der Verwaltung und Versicherung der Personen befasst, mit dem Feuerschutz der Baracken, vor allem aber mit Transport und Überwachung, der Zuteilung von Aufgaben und deren Kontrolle, der Strafe und Aburteilung im Falle von

Flucht, Widersetzen, Verstoß gegen die nie gezählten Regeln und Erlasse von SS, Gestapo, Polizei. Die Beteiligung am Einsatz von Zwangsarbeitenden – und damit genau die frei gewählte Involvierung in das NS-Unrecht – stand buchstäblich jedem offen, nicht nur Industriebetrieben oder gar nur der Rüstungswirtschaft im engeren Sinne – obwohl sich ohne Frage Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in einem unauflöslichen Verhältnis befanden –, sondern genauso erklärten sich bescheidene Handwerker, einfache Bauern, ganze Universitäten für Hörsäle und Labore oder einzelne Professoren für den privaten Haushalt, Theater, die Kulissenschieber brauchten, Friedhöfe, denen die Totengräber ausgingen, kurzerhand zu „Bedarfsträgern“. Zwangsarbeit fand eben nicht bloß in nächster Nähe zur NS-Volksgemeinschaft statt, sondern vollzog sich zusammen *mit* den „Volksgenossinnen und -genossen“. Keinem anderen NS-Verbrechen kam eine Vielzahl von Deutschen so nah wie diesem, keinem anderen standen diese, zählt man nur die Mitmachenden, so offen gegenüber.

Zugleich war eine Voraussetzung des Systems die ganz unübliche Offenheit der Scheidelinien, der politischen, sozialen, rassistischen: Keine andere Bevölkerungsgruppe – nicht zivile Personen, nicht Soldaten – wurde während der Kriegsjahre in so unermesslicher Zahl von der Reichsbahn über die (oft ja nur noch imaginären) Grenzen der europäischen Staaten verfrachtet; die Herbeigeschleppten forderten durch ihre schier überwältigende Anwesenheit die traditionellen Geschlechterverhältnisse oder gleich die soziale Ordnung heraus – wie war etwa auf dem Land die Behandlung der „Fremdvölkischen“ im Verhältnis zu den vorher gewiss nicht privilegierten Mägden und Knechten abzustufen?; bestand die Abwehr der angeblich leistungsunfähigen „Untermenschen“ gerade darin, dass man sie an deutschen Laufbändern feinmechanisch schrauben ließ?

Es ist, aufgrund all dessen, das Merkmal der NS-Zwangsarbeit, dass sie *die* transkulturelle Ur-Erfahrung Europas darstellt. Nie zuvor hatten so viele Menschen in Deutschland – Einheimische wie Deportierte – im Betrieb, auf der Straße, in den Verkehrsmitteln so unbekannte Sprachen wie etwa Russisch, Ukrainisch, Polnisch, Lettisch, Rumänisch, Griechisch, Französisch, Italienisch, Flämisches, ja Letzebuergesch, Dänisch quasi täglich gehört – und mussten sich deutsche Behörden in ihren Aushängen, Beschreibungen und Verlautbarungen einfallsreich auf die neue Vielsprachigkeit einstellen.

Nur zum Dienstgebrauch!

Pflichten der Zivilarbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volksstums während ihres Aufenthaltes im Reich

Jedem Arbeiter polnischen Volksstums gibt das Großdeutsche Reich Arbeit, Brot und Lohn. Es verlangt dafür, daß jeder die ihm zugewiesene Arbeit gewissenhaft ausführt und die bestehenden Gesetze und Anordnungen sorgfältig beachtet.

Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volksstums im Großdeutschen Reich gelten folgende besondere Bestimmungen:

1. Das Verlassen des Aufenthaltsortes ist streng verboten.
2. Während des von der Polizeibehörde angeordneten Ausgangsverbotes darf auch die Unterkunft nicht verlassen werden.
3. Die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, z. B. Eisenbahn, ist nur mit besonderer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde gestattet.
4. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volksstums haben die ihnen übergebenen Abzeichen stets sichtbar auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes zu tragen. Das Abzeichen ist auf dem Kleidungsstück fest anzunähen.
5. Wer lässig arbeitet, die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufregt, die Arbeitsstätte eigenmächtig verläßt usw., erhält Zwangsarbeit im Arbeitserziehungslager. Bei Sabotagehandlungen und anderen schweren Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin erfolgt schwerere Bestrafung, mindestens eine mehrjährige Unterbringung in einem Arbeitserziehungslager.
6. Jeder gefällige Verkehr mit der deutschen Bevölkerung, insbesondere der Besuch von Theatern, Kinos, Tanzveranstaltungen, Gaststätten und Kirchen, gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung, ist verboten. Tanzen und Alkoholgenuß ist nur in den den polnischen Arbeitern besonders zugewiesenen Gaststätten gestattet.

Lediglich zur mündlichen Eröffnung!

Obowiązki robotników i robotnic cywilnych narodowości polskiej podczas ich pobytu w Rzeszy

Każdemu robotnikowi narodowości polskiej daje Wielka Rzesza Niemiecka pracę, chleb i zapłatę. Za to Rzesza wymaga żeby każdy swą jemu przekazaną pracę wykonał sumiennie i zastosował się starannie do wszystkich rozporządzeń i rozkazów obowiązujących.

Dla wszystkich robotników i robotnic narodowości polskiej we Wielkiej Rzeszy Niemieckiej obowiązują następujące szczególne przepisy:

1. Opuszczenie miejscowości pobytu jest surowo zakazane.
2. W czasie, w którym przez władzę policyjną nie jest zezwolono zwiedzić miejscowość, takie zakazano jest opuścić zamieszkanie.
3. Użytkowanie publicznych środków komunikacyjnych n. p. kolei, jest tylko zezwolone za specjalnym pozwoleniem miejscowej władzy policyjnej.
4. Wszyscy robotnicy i robotniczki narodowości polskiej są zobowiązani do stałego widocznego noszenia, na prawej stronie piersi swej odzieży, można przyszytych odznaków które im zostały wręczone.
5. Kto pracuje opieszale, pracę swą złoży, innych robotników podburza, miejsce pracy samowolnie opuszcza i t. d., będzie karany pracą przymusową we wychowawczym obozie pracy. Czyni sabotażowe i inne ciężkie wykroczenia przeciw dyscyplinie robotniczej zostaną surowo karane i to przynajmniej umieszczeniem we wychowawczym obozie pracy na kilka lat.
6. Każde obcowanie z ludnością niemiecką, szczególnie odwiedzanie teatrów, kin, zabaw tanecznych, restauracji i kółekółów razem z ludnością niemiecką jest zakazane. Tańczenie i zatywanie alkoholu jest polskim robotnikom tylko pozwolono w obozach specjalnie dla nich przeznaczonych.

7. Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt oder sich ihnen sonst unzüchtig nähert, wird mit dem Tode bestraft.
8. Jeder Verstoß gegen die für die Zivilarbeiter polnischen Volkstums erlassenen Anordnungen und Bestimmungen wird in Deutschland bestraft, eine Abschiebung nach Polen erfolgt nicht.
9. Jeder polnische Arbeiter und jede polnische Arbeiterin hat sich stets vor Augen zu halten, daß sie freiwillig zur Arbeit nach Deutschland gekommen sind. Wer diese Arbeit zu rückbekehrend macht, erhält Brot und Lohn. Wer jedoch lässig arbeitet und die Bestimmungen nicht beachtet, wird besonders während des Kriegszustandes unanständig für Arbeitskraft gehalten.
10. Ueber die hiermit bekanntgegebenen Bestimmungen zu sprechen oder zu schreiben, ist strengstens verboten.

7. Spółkowanie z kobietą niemiecką lub z mężczyzną niemiecką względnie zbliżenie niemoralne do nich będzie karane śmiercią.
8. Każde wykroczenie przeciw rozporządzeniom i przepisom wydanych dla robotników cywilnych polskiej narodowości, będzie karane w Niemczech, odstawienie do Polski nie nastąpi.
9. Każdy robotnik polski i każda robotniczka polska ma sobie każdego czasu o tem przypomni, że przyszli dobrowolnie na pracę do Niemiec. Kto pracuje do zadowolenia otrzyma zapłatę swoją. Jednakże kto pracuje opieszale, i nie zastosuje się do przepisów, będzie niewzględnie zaciągane do odpowiedzialności, i to szczególnie w czasie wojny.
10. O niniejszych rozporządzeniach rozmawiać lub pisać jest surowo zakazane.

B. 9097 6. 41 ND.

D.2 99/587

Rep VI/2. wuif 7/M4 (35)

len. Kein noch so eindringliches Verbot konnte die latente sexuelle Anziehungskraft von einander in einem (erklärten Rasse-)Kampf feindlich gegenüber stehenden Menschen auflösen (eben weil, trotz Entmenslichung der einen, alle Menschen waren). Niemand konnte übersehen, zu welchem Tagwerk, und war es erpresst, sich der angeblich seelenlose „Abschaum“ in der Lage zeigte. Es sei die These gewagt, dass *auch* von jenem sehr dunklen Punkt ein direkter Weg zum vereinten Europa unserer Tage führt, über alle nationalen und kulturellen Schwellen hinweg. Wer heute an der europäischen Integration rüttelt, verleugnet genau diese gemeinsam geteilte Vergangenheit grenzenlosen Unrechts zusammen mit ihrer allmählichen Aufarbeitung, verschließt die Augen vor der Offenheit der Geschichte.

Zwangsarbeit als deutsches Verbrechen

Selbstverständlich ist zuzugestehen, dass es unfreie oder schreiend ungleiche Arbeitsverhältnisse zu allen Zeiten der Menschheitsgeschichte und in sehr vielen Kulturen gegeben hat. Marx' Qualifizierung der Antike als Sklavenhaltergesellschaft besitzt im Kern immer noch ihre Berechtigung; vom frühneuzeitlichen europäischen Sklavenhandel, vom muslimischen Sklavenhandel in Afrika soll hier nicht mehr gehandelt werden. Der Begriff der „Vertragsarbeit“ verdeckte dann den der Sklaverei und schuf doch nur immer neue Systeme von körperlicher und psychischer Ausbeutung überall auf der Welt. Ja, Zwangsarbeit wirkt als endemisches Menschheitsverbrechen bis hinauf in die heutige Zeit: Die International Labour Organization (ILO), die 1919 im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag von Versailles bzw. der Errichtung des Völkerbundes als einem ersten großen Lernschritt in Richtung global gerechter Arbeitsorganisation, internationaler Arbeitsstandards, des Verbots des Menschenhandels entstand, schätzt, dass es heute mehr als dreimal so viele Opfer der „new slavery“ bzw. „forced servitude“ gibt, z.B. in für westliche Märkte produzierenden Sweatshops, in europäischen Mitten und migratorischen Peripherien, durch Schuldknechtschaft, auf arabischen Baustellen, in Zwangsprostitution allerorten, als während der 350 Jahre des transatlantischen Sklavenhandels zusammen.⁹ Nebenbei gesagt ist also, hier wie überhaupt jederzeit, wer sich mit verbrecherischer Vergangenheit kritisch auseinander setzt, zugleich aufgerufen, normative Wirkungen auf Gegenwart und Zukunft nicht auszublenden.

Deutsch und speziell war die NS-Zwangsarbeit in eigentümlicher Weise trotzdem, schon aufgrund des erwähnten beispiellosen Umfangs in relativ kurzer Zeit, wegen der staat-

lichen (nicht geheimen bzw. kriminellen) Abwicklung des „Arbeitseinsatzes“, natürlich angesichts der Einbindung in eine rassistische Ideologie bzw. Ökonomie mit gegebenenfalls absolutem Vernichtungswillen. Ohne hier spekulieren zu wollen, inwieweit der Tod von Zwangsarbeitenden durch Krankheit, Entkräftung, Hungerfolgen bereits anfänglich in die Gesamtrechnung einbezogen wurde, ist doch festzustellen, dass mit fortschreitendem Kriegsverlauf die Sterblichkeit unter den Opfern zunahm, besonders unter den slawischen Gruppen, den Kriegsgefangenen und sowieso den jüdischen Häftlingen; die Todesstrafe wurde selbst bei Bagatelldelikten oft auch gegen westeuropäische „Zivilarbeiter“ verhängt. Insgesamt ist wohl mit einer halben Million Todesopfern zu rechnen (auffallend viele davon kamen im Zuge der „Kriegsendverbrechen“ in Massakern und Menschenjagen, an denen sich nicht selten die ortsansässige Zivilbevölkerung rege beteiligte, um ihr Leben).¹⁰ Ihre Grablegen auf deutschen Friedhöfen gehörten dort lange zu den verstecktesten und augenscheinlich verwahrlosten Abschnitten. Doch an der Basis wirkte noch viel mehr als die nackte Gewalt.

Arbeit bzw. der „schaffende“ Mensch sind im deutschen Kulturraum immer schon als hohes Ideal und kollektiver Identitätsbaustein konstruiert worden. Bis heute wird hierzulande der Begriff mit Ethos und Moral geradezu gleichgesetzt.¹¹ So fiel es interessierten Kreisen leicht, den Zweifelnden die genötigte Heranführung von Verschleppten an Pensen und Normen als Erziehung des Menschen zur Kultur und seine Veredelung im Zeichen harter körperlicher Mühen anzudienen. Dieses typisch deutsche Argument eines unvergleichlich hohen Arbeitsethos (gefördert durch ältere Ideologien wie Webers protestantische Ethik), das sozusagen wie eine Gnade nun auch Fremden zuteil wurde, klang wenige Jahre nach Überwindung der NS-Herrschaft im Rahmen der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, verbreitet durch Politik und Medien, bereits wieder an. Zweifellos beruhte das bundesdeutsche „Wirtschaftswunder“ – das von allen „Wundern“ des 20. Jahrhunderts wahrscheinlich am leichtesten zu erklären ist – unter anderem auf den von den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bis 1945 geschaffenen, über die Kriegszerstörungen hinweg geretteten Werten, die heute noch den Grundstock einer großen Zahl deutscher Wirtschaftsunternehmen bilden, wie danach genauso der nie ganz vermessenene Leistung der neu eingewanderten „ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger“. Dies freimütig anzuerkennen, wäre wohl weder ein Schaden noch ehrenrührig; in der Tat ist die Ermöglichung freiwilliger (!) Arbeitsmigra-

tion stets auch achtbare Entwicklungshilfe – am Ende für alle einbezogenen Seiten. Stattdessen pflegt man in Deutschland weiterhin den romantischen Mythos der allein auf sich gestellten „Trümmerfrauen“, während doch tatsächlich ohne die (jetzt ehemaligen) Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter die Räumung der Ruinen und Ebnung der Wege, zumal in die Zukunft, kaum denkbar gewesen wäre. Wie eigentlich nur ist Geschichte auch diesmal weniger eine Sache von dem, was war, sondern vor allem eine Frage des Willens zu der gerechten, einer *fairen* Erinnerung.

Zwangsarbeit als besondere Aufgabe der Erinnerung

Das Vergessen des Massenphänomens Zwangsarbeit, genauer also von Millionen Menschen aus der innersten Mitte des deutschen „Volkskörpers“, fiel nach 1945 besonders leicht. Gerade weil sie irgendwann so allgemein und alltäglich war, wurde die Zwangsarbeit von den Mitlebenden oft gar nicht mehr mit Diktatur und Terror in Verbindung gebracht. Für die Auswüchse ließen sich in den Kriegsverbrecherprozessen einerseits eine Handvoll eindeutig Verantwortlicher bezichtigen und, manchmal sogar aufgrund von (Teil-)Geständnissen, aburteilen (so etwa der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“ Fritz Sauckel). Andererseits dienten nicht selten Persilscheine von besonders „menschlich behandelten“ Zwangsarbeitenden ehemaligen Volksgenossinnen und -genossen als Nachweis der Nicht-Belastung im Rahmen ihrer Entnazifizierungsverfahren. Noch nach dem Jahr 2000, als die ungute Tat längst ruchbar war, lieferten sich deutsche Großunternehmen einen bizarren Wettstreit, wer „seine“ Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter „besser“ oder „einigermaßen erträglich“ behandelt habe.¹² Insgesamt also plagte die Deutschen direkt nach dem Krieg oder später nie ein Schuldbewusstsein im Hinblick auf dieses Menschheitsverbrechen, im Gegenteil: Sogleich nach der Befreiung durch die Alliierten forderten, in einem Akt der Schuldumkehr, gerade viele Landwirte, dass man die nun „herumlungernden“, im Übrigen undankbaren Zwangsarbeitenden doch rasch von den Höfen entfernen möge, wohl auch weil sie auf einmal bedrohlich wirkten.¹³ Völkerrechtlich durchaus denkbare Entschädigungsansprüche wurden infolge des ausbleibenden Friedensvertrages, dann mit dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 auf unbestimmte Zeit vertagt und lösten sich schließlich mit dem 2+4-Vertrag von 1990, gerade weil er (obgleich als Ersatz für einen Friedensvertrag angesehen) gar keine Bestimmungen zu Reparationsfragen enthielt, endgültig in Luft auf. 55 Jahre nach Kriegsende immerhin ließ sich die Bundes-

regierung, nicht zuletzt infolge US-amerikanischen Drucks, zur Einrichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) bewegen, die ihre – geringen und nicht umfassend an alle möglichen Opfergruppen gerichteten – Zahlungen, um ja keine Präzedenz zu schaffen, indessen verdruckst als „Ausgleichszahlungen“ oder „humanitäre Gesten“ ausgab. Darüber hinaus begegnete man, das darf nicht verschwiegen werden, von Beginn an und begegnet man bis heute den ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in manchen ihrer Heimatländern mit Misstrauen, bezichtigt sie der Kollaboration und schenkt ihren Berichten von Leid und Entbehrung keinen Glauben oder misst diesen, im Angesicht noch ungeheuerlicherer Geschichten von Tod und Massenmord, keine Bedeutung bei.¹⁴

Dies zusammen macht die fortbestehende Aufgabe der Erinnerung an Zwangsarbeit so groß, bedeutsam und vielschichtig. Diese Aufgabe ist gerade so gesamtgesellschaftlich, wie es einst der kapitale Profit an den Ausgebeuteten und Entrechteten war. Sie kann eben nicht an Stiftungen oder Organisationen delegiert, muss aber heute natürlich mit modernen Mitteln erfüllt werden. Aufzuarbeiten ist nämlich nicht ein namenloses, abstraktes, unüberschaubares System, sondern zu gedenken ist der einzelnen betroffenen Menschen an und für sich. Gefordert ist nicht weniger als die umfassende, multiperspektivische, vielstimmige Erzählung. Die narrativ informierte Geschichtsdidaktik plädiert hierbei, im Einklang mit vielen Akteurinnen und Akteuren der Geschichtskultur, für Prozesse des identifikatorischen Lernens, die geprägt sind von kreativer Empathie und selbstreflexiver Perspektivenübernahme und die zur historischen Orientierung in einer sich hypermodern wöhnenden Gegenwart befähigen, welche indessen mit ihrer Vergangenheit längst noch nicht im Reinen ist. Einige löbliche Forschungs- und Interview-Projekte, die zugleich der Erhebung, Dokumentation, Bewahrung und dem historischen Lernen dienen, sind hierzulande in den letzten Jahren unternommen worden.¹⁵ Die einschlägige Methode der biographischen Erinnerung bleibt für einen letzten Augenblick möglich, weil viele Opfer seinerzeit in sehr jungem Lebensalter verschleppt wurden und deswegen für das Zeugnis ihrer Lebenserzählung gerade noch zur Verfügung stehen.

Von Beginn an verfolgten viele Projektpartnerinnen und -partner ausdrücklich das Ziel, das Thema Zwangsarbeit stärker in der schulischen Bildung zu verankern, wo es bis

heute eine wahre Randexistenz führt. Die bundesdeutschen Gedenkstätten stehen ihrerseits in einer eigenen Pflicht. Als mittlerweile professionalisierte Institutionen des gleichzeitig wissenschaftlich-distanzierten wie individuell-beteiligenden Gedenkens am historischen Ort (eine wahrer Spagat der Erinnerungsarbeit) sollen sie die Kontexte des Unrechts erklären helfen, erfahrenes Leid gedanklich nachvollziehbar machen sowie zur kritischen Bewusstseins- und Urteilsbildung auf der Basis eines freiheitlich-demokratisch organisierten Rechtsstaates – der keineswegs wertneutral sein kann – beitragen. Die Erkenntnis- und Verwendungsweisen von Geschichte an Gedenkstätten sind damit auf eine nur schwer beschreibbare Weise anschauungsverbunden und körperhaft, geistig-intellektuell und analytisch anspruchsvoll, moralisch eindringlich und zukunftsbezogen, also handlungsorientiert zugleich (was in dieser Gesamtheit kein Universitätsseminar, kein Schulcurriculum, keine Bundestags-Gedenkstunde und keine Fernsehdokumentation zu leisten vermag). Als Vorzeigeprojekte deutscher, hier mag das Wort einmal stimmen, Vergangenheitsbewältigung handeln sie aber im Sinne und Auftrag einer größeren, europäischen, Weltgemeinschaft. Eine transkulturell erfahrene Geschichte wird hier gerade nicht (mehr) national beschränkt oder dividierend zum Thema und Lerngegenstand gemacht, sondern inkludierend und von allen Zuhörenden geteilt erzählt. Was kann Gedenkstätten auf dem Weg zum Ideal einer gemeinsamen Erinnerung also Besseres passieren als der Besuch genau der zunehmend heterogenen Schulklassen unserer Tage, die gerade so vielfältig zusammengesetzt sind wie ein deutscher Betrieb oder Bauernhof im Jahre 1943?

Am Ende ihres fiktiven Briefes kommt Natascha Wodin darauf zurück, wie unwirklich ihr selbst erscheint, dass die deutsche Gesellschaft heute so viel mehr Anteil am furchtbaren Schicksal der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im NS-Staat nimmt als noch vor kurzer Zeit: „Du wurdest in genau der Stadt geehrt, in der Du vor siebzig Jahren für die deutsche Rüstungsindustrie geschuftet hast, eine ausgezehnte, halb verhungerte junge Ukrainerin, die nachts auf einer verwanzten Lagerpritsche schlief. Das Buch [...] stand in allen Buchläden, die Fotos von Dir und Teilen Deiner Familie schauten mich von den Seiten der großen und kleinen deutschen Zeitungen an. [...] Du, nach der man einst auf deutschen Straßen mit Steinen warf, wurdest überhäuft mit Anteilnahme und Liebe. Du, Mama, standst für die Millionen anderen, die man entrechtet, ausgebeutet und weggeworfen hatte, Du warst zu ihrer Vertreterin geworden.“¹⁶

Es ist genau diese Aufgabe von Verantwortung und Vertretung, der sich Politik und Zivilgesellschaft, Schulen und Universitäten, Medien, Kunst, Gedenkstätten, wir alle uns im Zuge der Erinnerung und Aufarbeitung der NS-Zwangsarbeit zu stellen haben. Es geht dabei zu gleichen Teilen um Nicht-Vergessen, Wissen, Anerkennung, Anteilnahme, die Bitte um Entschuldigung und, das ist wahr, um Liebe.

Anmerkungen

- 1 Der Text ist eine überarbeitete und aktuell ergänzte Fassung eines knappen Impulsbeitrages, der auf der 7. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Berlin im Dezember 2018 vorgestellt wurde. Der Vortragsstil wurde weitgehend beibehalten, was die Konzentration auf einige verkürzte, möglicherweise provokante Thesen ebenso einschließt wie die Reduzierung des Anmerkungsapparates und die Unterstreichung eines appellativen Charakters. In der Forschung allgemein anerkannte Tatbestände werden nicht mehr eigens nachgewiesen; insbesondere kann hier nicht auf quellensprachliche oder historiographische Streitfragen der Terminologie (z.B. Zivil-/Fremd-/Ostarbeiter vs. Sklavenarbeiter) eingegangen werden. Nichts an Wert verloren haben die wegweisenden frühen wie späteren Arbeiten von Ulrich Herbert sowie die geschichtspolitisch orientierten Schriften von Henning Borggräfe. Aus der reichen neuen Literatur verwiesen sei lediglich auf: Nerdinger, Winfried (unter Mitarbeit von Angela Hermann, Paul-Moritz Rabe, Sibylle von Tiedemann) (Hrsg.): Zwangsarbeit in München. Das Lager der Reichsbahn in Neuaußing, Berlin 2018. Für eine differenzierte Darstellung der Struktur von NS-Zwangsarbeit vgl. darin (S. 12–27) Glauning, Christine: Mittendrin und außen vor: Zwangsarbeit in der NS-Gesellschaft. Einige Gedanken in dem vorliegenden Beitrag aus ebd. (S. 74–95), Barricelli, Michele: „Schlimmer als die beste Schilderung“. Die Erinnerung an NS-Zwangsarbeit als gesellschaftliche Aufgabe.
- 2 Vgl. z.B. Barricelli, Michele: Vorwort, in: Martin, Angela / Pagenstecher, Cord: Zwangsarbeit 1939–1945. Erinnerungen und Geschichte. Zeitzeugen-Interviews für den Unterricht. Lehrerheft, Berlin 2010, S. 4.
- 3 Vgl. dazu Díaz, Laura: Die vergessenen, angeblich „asozialen“ Opfer der Nazis, online unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/nationalsozialismus-asoziale-opfer-aufarbeitung-vergangenheit-deutschland> [Stand vom 13.04.2019].
- 4 Die Zahlenangaben schwanken je nach Berechnungsgrundlage beträchtlich; bei Glauning, Christine: Mittendrin (wie Anm. 1), S. 13: „rund 13 Millionen“; an anderen Orten bis zu 20 Millionen.
- 5 Vgl. bes. Apostolopoulos, Nicolas / Pagenstecher, Cord (Hrsg.): Erinnerung an Zwangsarbeit. Zeitzeugen-Interviews in der digitalen Welt, Berlin 2013.

- 6 Das seit 1943 inmitten eines bürgerlichen Wohngebiets errichtete Zwangsarbeiterlager gehört zu den ganz wenigen solcher Anlagen, die sich in größerem Umfang bis heute erhalten haben. Den besten Blick auf das Gelände bietet – damals wie heute – die Aussicht von den Beletagen und reichverzierten Balkonen der angrenzenden Jugendstilwohnbauten.
- 7 Vgl. als beliebiges Beispiel: Kleinhubbert, Guido: Was übrig blieb. Im Sauerland stießen Forscher auf Habseligkeiten von Zwangsarbeitern. Sie erinnern an ein monströses Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Der Spiegel, Nr. 11 vom 09.03.2019, S. 101.
- 8 Wodin, Natascha: [ohne Titel], in: Süddeutsche Zeitung Magazin, H. 10 vom 08.03.2019, S. 34–35, hier S. 34.
- 9 Vgl. Baker, Aryn: Africa's New Slavery Problem. The Trade in Human Beings Thrives on the Road to Europe, in: Time vom 25.03.2019, S. 32–39, hier S. 35.
- 10 Glauning, Christine: Mittendrin (wie Anm. 1), S. 25.
- 11 Sehr pointiert dazu als aktuelle Analyse zu Arbeit, Überarbeitung als Lebensgefühl und Nicht-Anerkennung der Schuferei gerade von ausländischen Arbeitskräften: Aydemir, Fatma: Arbeit, in: dies. / Yaghoobifarah, Hengameh (Hrsg.): Eure Heimat ist unser Albtraum, Berlin 2019, S. 27–37.
- 12 In einem Fall scheint dabei BMW die Nase vor Daimler-Benz gehabt zu haben, vgl. Barricelli, Michele: „Schlimmer als die beste Schilderung“ (wie Anm. 1), S. 79.
- 13 Vgl. Hellwig, Cristian: „Dieser Gefangene ist arbeitsunwillig...“. Der Einsatz von Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen auf den von der Klosterkammer Hannover verwalteten Klostergärten und in den Forsten während des Zweiten Weltkrieges, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef u. a. (Hrsg.): Die Klosterkammer Hannover 1931–1955. Eine Mittelbehörde zwischen wirtschaftlicher Rationalität und Politisierung, Göttingen 2018, S. 503–586, hier S. 503.
- 14 Vgl. für Polen, Serbien, Russland, Ungarn, Kroatien: Apostolopoulos / Pagenstecher (Hrsg.): Erinnerung an Zwangsarbeit (wie Anm. 5)
- 15 Vgl. das gelungene Online-Portal „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit“, online unter <http://zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu/de> [Stand vom 20.03.2019]. Außerdem Barricelli, Michele / Lücke, Martin: Für eine Weile noch. Videozeugnisse zur NS-Vergangenheit aus geschichtsdidaktischer Sicht, in: Apostolopoulos / Pagenstecher (Hrsg.): Erinnerung an Zwangsarbeit (wie Anm. 5), S. 49–58.
- 16 Wodin, Natascha: [ohne Titel] (wie Anm. 8), S. 35.

„Fragt heute!“ – Ein Projekt der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt zur Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen

Cornelia Habisch

Werden Kinder und Jugendliche in der politischen und historischen Bildung mit dem Thema Nationalsozialismus überfüttert? Im Geschichtsunterricht erfahren Schülerinnen und Schüler erstmals in Klasse 9 etwas über dieses Thema, darüber hinaus gibt es Möglichkeiten der Thematisierung in Schulfächern wie Deutsch, Ethik und Religion. Im Rahmen von Schulprofilen wie dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ werden ebenfalls häufig Aspekte der nationalsozialistischen Terrorherrschaft behandelt, oft auf Initiative der Schülerinnen und Schüler. Ergibt sich daraus eine Überversorgung mit Wissen? Untersuchungen über das Geschichtswissen Jugendlicher sagen etwas Anderes. Eine repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung ergab, dass lediglich 59 Prozent der Schülerinnen und Schüler ab 14 Jahren wissen, dass Auschwitz-Birkenau ein Vernichtungslager war. In der Altersgruppe der 14 – 16-Jährigen, also derjenigen, die dieses Thema gerade im Geschichtsunterricht behandeln oder behandelt haben, sind es sogar nur 47 Prozent. Gleichzeitig wünschen sich laut Körber-Studie über 90 Prozent der Befragten einen Unterricht, der dazu befähigt, Inhalte kritisch zu hinterfragen und Lehren für die Gegenwart ziehen zu können.¹ Es fehlt also trotz zahlreicher Anstrengungen an Geschichtswissen, und der Wunsch nach einer Wissensvermittlung mit Gegenwartsbezug ist groß.

Unter den Erwachsenen wiederum befürworten viele ein Ende der expliziten Beschäftigung mit diesem Thema. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2015 zur Haltung der Deutschen zum Nationalsozialismus wünschen sich 81 Prozent der Befragten, die Geschichte der Judenverfolgung hinter sich zu lassen, 58 Prozent befürworteten einen Schlussstrich.² Eine CNN-Studie von November 2018 zum Antisemitismus in Europa konstatierte, dass fünf Prozent der 18- bis 34-Jährigen in Deutschland noch nie vom Holocaust gehört hätten. 35 Prozent schätzten demnach, sie wüssten nur wenig über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik. 44 Prozent gaben an, sie wüssten einiges darüber, nur 16 Prozent, sie wüssten viel über den Holocaust.³

Gleichzeitig ist das Interesse an der Beschäftigung mit dem Thema groß, Publikationen zu den Themen Nationalsozialismus und Holocaust erreichen Millionenauflagen.

Wissenslücken bei Jugendlichen, Verdrängungsmechanismen in der Bevölkerung, Schlussstrich-Forderungen bei Erwachsenen, flankiert von den Parolen der politischen Rechten, man bräuchte eine 180-Grad-Wende in der Erinnerungspolitik – das alles waren wesentliche Gründe für die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, im Jahr 2017 mit einem umfangreichen Bildungsangebot zur Geschichte des Nationalsozialismus an die Öffentlichkeit zu gehen.

Und es zeigte sich, dass das Interesse an dessen Aufarbeitung ungebrochen ist. Mit dem groß angelegten Zeitzeugenprojekt „Fragt heute!“ im Jahr 2017 erreichte die Landeszentrale zwischen Mai und November insgesamt fast 2.400 Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

Neununddreißig gut besuchte Einzelveranstaltungen in über 20 Orten in Sachsen-Anhalt belegen eindrücklich, dass die Landeszentrale für politische Bildung mit dem Geschichtsprojekt einen Nerv getroffen hat. Von Osterburg in der Altmark bis Weißenfels im Süden und von Weferlingen an der Grenze zu Niedersachsen bis in die Lutherstadt Wittenberg im Osten reichte das Veranstaltungsprogramm.

Die Erinnerungen der Überlebenden

Im Mittelpunkt des Zeitzeugenprojektes unter dem programmatischen Titel „Fragt heute!“ standen acht Holocaust-Überlebende aus Israel und der Ukraine, die mit Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Vertreterinnen und Vertretern von Polizei und Justiz, Soldatinnen und Soldaten oder in öffentlichen Veranstaltungen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch gekommen sind.

Durch die persönliche Begegnung mit diesen Menschen ermöglichte die Landeszentrale den Teilnehmenden eine Perspektive auf die konkreten Verbrechen und das Ausmaß der Entmenslichung unter dem NS-Regime. Für diese direkte Auseinandersetzung mit dem Holocaust durch Gespräche mit überlebenden Opfern gibt es nicht mehr viel Zeit. Umso wichtiger ist es aus der Perspektive der politisch-historischen Bildung, die noch lebenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen z.B. in Schulen einzuladen, wo sie eindrücklich von ihrem Leben und Leiden berichten und ihr für das Verstehen der Geschichte so kostbares Wissen in die Öffentlichkeit tragen können, um damit insbesondere auch Schülerinnen und Schüler zu erreichen.

„Fragt heute!“ – dieser Titel des Projektes stammt aus dem Gedicht „An die, die zögern zu fragen“ der Auschwitz-Überlebenden Batsheva Dagan. Nach ihrer Befreiung ging sie nach Israel, wurde Erziehungswissenschaftlerin und Psychologin, schrieb Bücher und entwickelte Bildungskonzepte, um Möglichkeiten für Kinder zu schaffen, sich dem schwierigen Thema auf angemessene Weise zu nähern, ohne dabei traumatisiert zu werden.

Ebenfalls in Sachsen-Anhalt unterwegs waren Halina Birenbaum, Überlebende der Lager Auschwitz und Ravensbrück, George Shefi, der als Kind mit einem Kindertransport nach England kam, Michael Goldmann-Gilead, der u.a. das Vernichtungslager Auschwitz überlebte und später Vernehmer des NS-Verbrechers Adolf Eichmann wurde, Zipora Feiblowitsch, eine Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz, deren Leidensweg im KZ-Außenlager Salzwedel endete, Anastasia Gulei aus der Ukraine, die das Lager Auschwitz und das Inferno im KZ Bergen-Belsen überlebte, Igor Malitzki aus der Ukraine, Überlebender der Lager Auschwitz und Mauthausen, und Michael Maor, der als Kind und Jugendlicher auf schwierigen Wegen, die ihn und seine Familie unter anderem in ein Ghetto in Jugoslawien und ein italienisches Lager in Kroatien führten, überlebte und später als Mossad-Agent in Deutschland im Büro des hessischen Generalstaatsanwaltes Fritz Bauer wichtige Dokumente fotografieren konnte, die zur Verurteilung Adolf Eichmanns beitrugen. Mit Michael Goldmann-Gilead und Michael Maor waren also zwei Zeitzeugen in Sachsen-Anhalt zu Gast, die nicht nur über den Holocaust sprachen, sondern ebenso für die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen wichtig waren.

Der Ausgangserwartung entsprechend prägten in den Schulen immer wieder die Fragen der Jugendlichen den Verlauf der Gespräche und schufen anrührende Momente der Verständigung. So fragte in der Europaschule Gymnasium Gommern eine Schülerin, was Batsheva Dagan gefühlt habe, als ihr das Ausmaß der Vernichtung in Auschwitz bewusst wurde, und sie antwortete: „Ich stand auf dem Platz, sah zu dem Qualm hinauf, der aus den Schornsteinen des Krematoriums quoll und fragte mich: Was für eine Wolke werde ich sein?“ Eindrucksvoll sind auch die Rückmeldungen der Jugendlichen an die Landeszentrale für politische Bildung: „Hier kriegen wir noch einmal einen ganz anderen und viel persönlicheren Blickwinkel“, schrieben Schülerinnen und Schüler des Georg-Cantor-Gymnasiums in Halle (Saale) nach dem Gespräch mit George Shefi, der als Siebenjähriger nach England geschickt wurde, um so den Holocaust zu überleben.

Und eine Schülerin des Lucas-Cranach-Gymnasiums in Lutherstadt Wittenberg sagte nach dem Gespräch mit Halina Birenbaum: „In der Schule lernt man viel über den Holocaust. Aber das ist sehr abstrakt. Wenn man solche Personen trifft, wird das alles sehr real.“

Immer wieder betonten die Jugendlichen die besondere Bedeutung der persönlichen Begegnung mit den Überlebenden für ein tieferes Verstehen der Geschichte.

Innovative, nachhaltige Wege: Holocaust-Education für Kinder

Zusätzlich sollte das Zeitzeuginnen- und Zeitzeugenprojekt auch innovative Wege der historischen Bildung aufzeigen. Neben den klassischen Gesprächsangeboten hatte die Landeszentrale für politische Bildung Batsheva Dagan dafür gewinnen können, ihr Bildungskonzept einem breiten Fachpublikum vorzustellen und zugleich in Schulen mit Kindern pädagogisch zu arbeiten. Eines ihrer Bücher für Kinder im Grundschulalter, „Chika, die Hündin im Ghetto“, wurde im Jahr 2017 von der Landeszentrale neu herausgegeben und ist nun für alle allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt für den Einsatz in den Jahrgängen 1–6 erhältlich. An dem dazugehörigen Fachtag im Oktober 2017 nahmen mehr als einhundert Pädagoginnen und Pädagogen teil, um gemeinsam mit Batsheva Dagan als einer der international wesentlichen Impulsgeberinnen für dieses Forschungsthema über Rahmenbedingungen und Qualitätskriterien einer solchen Bildungsarbeit zu diskutieren.

Dieser Schwerpunkt des Projektes erwies sich inzwischen als besonders nachhaltig. Nachdem im Oktober 2017 das Buch „Chika, die Hündin aus dem Ghetto“ vorgestellt wurde, erstellte die Landeszentrale in den darauf folgenden Monaten eine pädagogische Handreichung zum Buch und veröffentlichte den gleichnamigen Film, ergänzt um umfangreiche pädagogische Zusatzmaterialien für Schule und Jugendarbeit. Abgerundet wird dieses Medienpaket durch die gleichzeitige Veröffentlichung des Buches „Gesegnet sei die Phantasie – verflucht sei sie. Berichte von dort.“, ebenfalls aus der Feder von Batsheva Dagan. Das Buch enthält lyrische Texte und Berichte über ihre Zeit in Auschwitz und richtet sich an Jugendliche und Erwachsene. Dieses Gesamtpaket wurde und wird so stark nachgefragt, dass die Landeszentrale sowohl das Buch als auch die Handreichung und den Film nachproduzieren lassen musste. Damit wurde ein didaktischer Grundstein für eine kindgerechte Beschäftigung mit dem Thema Holocaust in den Grundschulen Sachsen-Anhalts gelegt.



Batsheva Dagan bei der Fachtagung der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt im Oktober 2017 vor einem Foto aus ihrer Jugend

Aber auch für ältere Schülerinnen und Schüler gibt es nachhaltige Angebote, die aus diesem Projekt resultieren: Im Mai 2019 wird Batsheva Dagan erneut Sachsen-Anhalt besuchen, im September wird sie gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern des Geschwister-Scholl-Gymnasiums Magdeburg die Gedenkstätte Auschwitz besichtigen. Über diese Fahrt wird ein Dokumentarfilm entstehen, der später in Schulen eingesetzt werden kann.

Allen Schulen, die mit Gruppen aus Sachsen-Anhalt in osteuropäische Gedenkstätten fahren, stellt die Landeszentrale zudem das Buch „Gesegnet sei die Phantasie – verflucht sei sie“ zur Vor- und Nachbereitung zur Verfügung.

Der Blick auf die Täter

Eine weitere Perspektive des Projektes war der Blick auf die Täter. Uwe von Seltmann, Enkel des SS-Mannes Lothar von Seltmann, der an der Niederschlagung des Aufstandes im Warschauer Ghetto beteiligt war, beschrieb seine Recherche der Familiengeschichte als einen Marathon gegen eine fast durchgängige familiäre Verdrängung und bewegte in seinen Veranstaltungen immer wieder Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ihre eigene, schmerzhafteste Familiengeschichte einzubringen und das Bild einer umfassenden Verdrängung von Schuld zu zeichnen. Niklas Frank, Sohn des „Schlächters von Polen“, Hans Frank, reflektierte seine Erfahrungen als Kind in Lesungen aus seinen Büchern „Der Vater. Eine Abrechnung“ und „Meine deutsche Mutter“. Seine mitunter provozierende Offenheit und sein beißender Spott legen ein deutliches Zeugnis darüber ab, was es für ihn bedeutete, in einer nationalsozialistischen Täterfamilie aufzuwachsen.

Drei Berliner Schauspielerinnen, Inga Dietrich, Sabine Werner und Antje Widdra, präsentierten mit der szenischen Lesung „Die Frau an seiner Seite“ zudem Einblicke in das Leben der Ehefrauen an der Seite von NS-Tätern. Mit ihrer Lesung schlugen sie den Spannungsbogen von dem Wunsch nach Anerkennung, Erfolg und Wohlstand zu Beginn dieser Ehen, über die immer stärker anwachsende Mittäterinnenschaft bis hin zur Schuld und deren Verleugnung. Gleichzeitig gaben die Lesungen intensive Einblicke in die Heiratsgesetze und die familien- und siedlungspolitischen Zielsetzungen der SS – hochinteressant auch für die Auseinandersetzung mit aktuellen völkisch-rechtsextremen Siedlungsprojekten.

Den Abschluss bildete ein Fachtag zum zeitgemäßen pädagogischen Umgang mit der neuen, kommentierten Ausgabe von Adolf Hitlers „Mein Kampf“ des Instituts für Zeit-

geschichte der Universität München im Geschichtsunterricht. Diese Edition bietet völlig neue Möglichkeiten der kritischen Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Hauptwerk.

Bei der Umsetzung des Projektes standen der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt gute Kooperationspartnerinnen und -partner sowie Förderinnen zur Seite: die Geschichtswerkstatt Merseburg-Saalekreis e.V. und das Institut Neue Impulse e.V. (INI) aus Berlin, die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sowie die Friedrich-Christian-Flick-Stiftung.

Sowohl der große Zuspruch von fast 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den Fachveranstaltungen, aber auch die hohe Gesamtteilnehmendenzahl und die vielen positiven Rückmeldungen aus ganz Sachsen-Anhalt sind ein ermutigendes Zeichen für die Bildungs- und Erinnerungsarbeit in Sachsen-Anhalt

Anmerkungen

- 1 Vgl. forsa Politik- und Sozialforschung GmbH: Geschichtsunterricht, online unter https://www.koerberstiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/handlungsfeld_internationale-verstaendigung/pdf/2017/Ergebnisse_forsa-Umfrage_Geschichtsunterricht_Koerber-Stiftung.pdf [Stand vom 24.04.2019].
- 2 Vgl. Bertelsmann Stiftung: Deutschland und Israel heute. Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart?, online unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_LW_Deutschland_und_Israel_heute_2015.pdf [Stand vom 24.04.2019].
- 3 Vgl. Viele junge Deutsche wissen nichts oder wenig über den Holocaust, online unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-11/cnn-studie-holocaust-antisemitismus-deutsche-geschichte-wissen-bildung> [Stand vom 24.04.2019].

Von einer Gedenkaktion zu einer Petition. Oder: Was ein pädagogisches Projekt bewirken kann

Hanka Rosenkranz

In den Thekenbergen bei Halberstadt ließen die Nationalsozialisten von April 1944 bis April 1945 von Häftlingen des KZ Langenstein Zwieberge, einem Außenlager des KZ Buchenwald, ein 13 Kilometer langes, unterirdisches Stollensystem zur Verlagerung von Rüstungsproduktion errichten.

Mehr als 2.000 der aus 23 Ländern kommenden 7.000 Menschen wurden dabei durch „Arbeit vernichtet“. Die „Evakuierung“ des Lagers im April 1945 wurde für die meisten der 3.000 auf den Marsch getriebenen Häftlinge zu einem Todesmarsch.

Das von den Häftlingen errichtete Stollensystem als historischer Ort ihrer Leiden stellt das Herzstück der heutigen Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge dar.

Ein Teil der Stollenanlage wurde während der Zeit der DDR durch die Nationale Volksarmee und nach der Wiedervereinigung durch die Bundeswehr militärisch genutzt und zu diesem Zweck partiell ausgebaut. Als die Bundeswehr den Stollen 1994 als militärisches Objekt aufgab, wurde er kurz darauf durch die Treuhand privatisiert und die Eigentümer wechselten in der Folge mehrfach.

Seit dieser Privatisierung kämpfen ehemalige Häftlinge gegen den Zustand an, nicht oder nur unter Vorbehalt „ihren“ Stollen besichtigen zu können, denn bereits zu den Tagen der Begegnung¹ im April 2000 wurde ihnen der Zutritt verwehrt. Sie durften nicht an den Ort der Verbrechen zurückkehren, um sich zu erinnern und zu trauern. Schon damals wurde gefragt: „Wo sollen wir uns erinnern?“.

Als 2003 ein Nutzungsvertrag zwischen der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge und dem damaligen Eigentümer abgeschlossen wurde, sicherte das Land Sachsen-Anhalt 120 Meter des Stollens und machte diesen Teil für Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte zugänglich.

Seit 2011 ist der besagte Eigentümer insolvent, der Nutzungsvertrag hat heute keine Gültigkeit mehr und die Gedenkstätte ist vom Entgegenkommen des Insolvenzverwal-



Eines der Protestplakate aus dem Jahr 2000, als Überlebenden der Zutritt zum Stollen verwehrt wurde

ters abhängig, um Besuchergruppen und Schulklassen in den Stollen führen zu können. Diese Problematik des Zuganges zum Stollen beschäftigt nicht nur die Überlebenden selbst, sondern auch deren Nachkommen. Einige von ihnen engagieren sich in einer internationalen „Gruppe der 2. Generation“, treffen sich seit 1998 regelmäßig in der Gedenkstätte und geben u.a. auch Impulse für deren pädagogische Arbeit, indem sie thematische Anregungen für Aktionen entwickeln, die verschiedene Aspekte der Geschichte des KZ Langenstein-Zwieberge aufgreifen und so die Vermittlung von historischen Fakten mit Gedenkprojekten verbinden. Eine feste, schulformübergreifende Gruppe von Jugendlichen aus der Region arbeitet daraufhin ein Vierteljahr lang gemeinsam mit dem pädagogischen Team der Gedenkstätte an der Umsetzung dieser Idee und präsentiert die daraus entstandene Gedenkaktion zu den Tagen der Begegnung im darauffolgenden Jahr. Auch wenn die Auswahl des Themas durch die „Gruppe der 2. Generation“ eine gewisse Struktur der Aktion vorgibt, wird den Jugendlichen bei der Umsetzung freie Hand in Bezug auf die Gestaltung gelassen.

Die unbefriedigende Situation rund um den Stollen mit den sich seit Jahren hinziehenden Insolvenzverfahren und der Ungewissheit, ob Besuchergruppen künftig über-

hauptsächlich noch Zugang erhalten werden, war für die „Gruppe der 2. Generation“ während ihres Seminars in der Gedenkstätte im Herbst 2017 Anlass, das Thema „2.000 Leben für den Bau eines Stollens“ in den Mittelpunkt der Gedenkaktion für den April 2018 zu stellen.

Eine Gruppe von jungen Leuten aus der Hagenberg-Sekundarschule Gernrode, dem Käthe-Kollwitz-Gymnasium Halberstadt, dem Europagymnasium „Richard von Weizsäcker“ Thale und der Berufsbildenden Schule „Geschwister Scholl“ Bönnsen fand sich Anfang Februar 2018 zusammen und entwickelte auf der Grundlage dieses Themas ihre Aktion. Zunächst setzten sie sich mit schriftlichen Erinnerungen von Überlebenden auseinander, in denen es um den Stollen ging. Als sie in einem nächsten Schritt diese Texte vor Ort im Stollen lasen, wurde Vieles davon fassbar: Die Kälte, das Gebell der Hunde, das Gebrüll der Wachmannschaften, der Lärm der Pressluftbohrer und die Angst der Häftlinge vor Schlägen, vor Unfällen und der Schwere der Arbeit wurden mit dem historischen Ort verknüpft und die Jugendlichen konnten sich dem Ort, an dem diese Grausamkeiten stattgefunden haben, annähern.

2.000 Leben hat der Bau des Stollens gekostet. Um sich jedes einzelne dieser Leben ins Gedächtnis zu rufen, wurde die Idee geboren, 2.000 Windspiele entlang des Weges aufzuhängen, den die Häftlinge tagtäglich zum Stollen zurücklegen mussten.

Zahlreiche Institutionen, Schulen, Einrichtungen und Privatpersonen waren dem Aufruf der jugendlichen Aktionsteilnehmer gefolgt und bauten Windspiele aus ganz unterschiedlichen Materialien. Auf diese Weise konnte die Zahl 2.000 erreicht werden. Jedes Windspiel trug ein Zitat eines Überlebenden, das sich auf die Arbeit im Stollen bezog, und so konnten Spaziergänger und Besuchergruppen auch noch Wochen nach der Aktion bis in den Herbst 2018 hinein beim Hören der Klänge der Windspiele auch die Stimmen der ehemaligen Häftlinge wahrnehmen, wenn sie deren Zitate lasen.

Zum Abschluss des Projektes, das von der Theaterpädagogin des Nordharzer Städtebundtheaters, Anja Grassmeier, und dem Klangkünstler Peter Filter begleitet wurde, erarbeiteten die jungen Leute zu ihren ausgewählten Textsequenzen eigene Klangbilder.

Die Präsentation der Aktion zur jährlichen Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Lagers am 15. April 2018 begann am Wegekreuz vor dem Gedenkstättengebäude. Ein Mitglied der „Gruppe der 2. Generation“ erklärte zunächst die Hintergründe. Dann begannen die jungen Leute ihre Aktion mit dem langen, tiefen Ton



Texte ehemaliger Häftlinge über ihre Arbeit im Stollen werden aufmerksam gelesen

einer Klangschaale. Im Hintergrund waren die Thekenberge zu sehen, in denen sich der Stollen befindet. Anschließend trugen die Jugendlichen nachfolgende Texte von Überlebenden vor, die sich auf den Stollen bezogen:

*„Der Stollen fraß die Menschen mit einem unvorstellbaren Heißhunger. Sie schlepp-
ten und trugen, bohrten und mauerten. Sie brachen zusammen und neue Sklaven
traten an ihre Stelle.“*

Bernard Klieger, Belgien

*„Das Symbol unserer Qualen nahm schließlich Gestalt an. Der Stollen fraß sich
immer tiefer in die Thekenberge, und diese Arbeit nagte an unserer Gesundheit.“*

Georges Petit, Frankreich

*„Im Stollen arbeiteten erschöpfte, in blaugestreifte Lumpen gehüllte schwankende
Figuren. Und die Besitzer der deutschen Firmen waren nur auf Gewinn bedacht,
den sie durch von der SS gekaufte billige Arbeitskräfte erhielten.“*

Miervaldis Berzins-Birze, Lettland

Klangschalentöne in unterschiedlichen Tonlagen unterbrachen die Texte und gaben den Zuhörern Zeit zum Nachdenken. Die auf Deutsch, Französisch, Holländisch, Italienisch, Russisch und Polnisch – stellvertretend für die im Lager gesprochenen fast 30 Sprachen – vorgetragenen Worte „2.000 Leben“ veranschaulichten die ungeheure Opferzahl. Dann luden die jungen Leute alle Gäste ein, auf dem Weg zum Stollen dem Klang der Windspiele zu folgen oder durch Berührung in Gang zu setzen. Gemeinsam mit dem Klangkünstler Peter Filter gingen sie voran und erzeugten auf dem Weg dorthin 2.000 Klangschalentöne.

Am Stollen angekommen, ließen die Jugendlichen weitere Erinnerungen von Überlebenden gegenwärtig werden:

„Schwere Arbeit: 13 Stunden pro Tag ... Waggons mit Steinen aufladen, aus dem Stollen schieben, sie ausladen, sie wieder hineinschieben, sie nochmals aufladen: fortlaufend, 13 lange Stunden immer diese Arbeit ... nur eine halbe Stunde Pause zu Mittag. Aber nicht für uns, nur für die, die uns Befehle gaben und die zu Mittag essen wollten. Wir konnten nicht essen, denn wir hatten nichts zu essen!“

Dino Burelli, Italien

„Wie viele starben für diese Tausenden zu schweren Steine. Zu viele zu schwere Steine, die über ihre Kräfte gingen ...“

Roger Leroyer, Frankreich

„Und wir, wir haben Weihnachten dort verbracht, in diesem unterirdischen Stollen, wo es kalt, feucht und schlecht belüftet war. Ich hatte noch nie ein Weihnachtsfest erlebt, was so kalt und traurig war.“

François Laget, Frankreich

„Dann traf es meine Freunde. Ich habe Gerard Barrou, der aus Bordeaux stammte, getragen. Ich habe ihn sterben sehen, in seinen letzten Augenblicken rief er nach seiner Mutter: ‚Mama, Mama, komm doch ...‘ Das was so schrecklich ... Danach habe ich ihn zur Grube gebracht, das war unglaublich schwer.“

Michel Rodriguez, Frankreich



Die Jugendlichen führen den Kampf der Überlebenden weiter und klagen den Erhalt des Stollens als Gedenkort ein.

Mit dem letzten Zitat kam der französische Überlebende H  lie Denoix de Saint Marc zu Wort, der seinen Besuch des Stollens im Jahr 1995 beschreibt und damit eine Verbindung zur Gegenwart herstellt: *„Wir gingen nach Langenstein zurück und begaben uns zum Eingang des ‚Tunnels‘. Keiner sprach. Selten zuvor habe ich gespürt, wie heftig Vergangenheit und Gegenwart aufeinanderstoßen können...“*

Den jugendlichen Aktionsteilnehmern war im Verlaufe des Projekts überaus deutlich geworden, dass der Zugang zum Stollen für eine Auseinandersetzung mit der Geschichte wichtig ist – für Besuchergruppen und Schulklassen, für Interessierte, aber auch für jene, für die Geschichte am liebsten vergessen werden soll. Als die jungen Leute erfahren hatten, dass im Jahr 2000 den   berlebenden und ihren Angehörigen der Zugang zum Stollen schon einmal verwehrt worden war, es daraufhin eine Protestaktion gab und die ehemaligen Häftlinge den Zugang zum Stollen vehement auf Plakaten einforderten, entschlossen sie sich, diesen Kampf der   berlebenden, von denen heute ein Gro  steil verstorben ist, weiterzuführen.

Und so klagten sie zum Abschluss ihrer Aktion auf Plakaten und durch laute Rufe den Erhalt des Stollens als Gedenkort mit ganz konkreten Gedanken und Forderungen ein, wie beispielsweise: „Stollen weg ist der Anfang des Vergessens.“ „Was wird, wenn wir uns nicht mehr erinnern können?“ „Wo sollen wir trauern?“ „Erhaltet die Erinnerung!“ und „Politik – wach auf!“. Anschließend wurden die Plakate am Eingangstor zum Stollen befestigt – unter der Jahreszahl 2018. Die Fotos der Protestaktion aus dem Jahr 2000 hatten die Jugendlichen bereits in der Vorbereitungsphase, überschrieben mit der Jahreszahl 2000, am Eingangstor angebracht, so dass die Protestplakate aus den beiden Jahren nebeneinander zu sehen waren. Mit einem Aufruf, sich für den Erhalt des Stollens als Gedenkort in Unterschriftenlisten einzutragen, beendeten die jungen Leute ihre Aktion. Die ehemaligen Häftlinge Georges Petit aus Frankreich und Ryszard Kosiński aus Polen waren unter den ersten, die unterschrieben. Auch der Franzose André Baud, der als Vertreter der „Gruppe der 2. Generation“ während der nachfolgenden Gedenkveranstaltung sprach, erklärte den Erhalt des Stollens als Gedenkort für unabdingbar.

Der Förderverein der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge e.V. nahm die Initiative der Jugendlichen auf und formulierte eine Petition an den Landtag von Sachsen-Anhalt, in der es unter anderem heißt:

Wir fordern:

- den ungehinderten kostenfreien Zugang zum Stollen für die Besucher der Gedenkstätte,
- eine angemessene Erweiterung des Rundgangs durch den seit 1945 unveränderten Teil des Stollens, um das Ausmaß der menschenverachtenden Zwangsarbeit noch besser kenntlich zu machen,
- dass sich die politischen Entscheidungsträger klar für den Erhalt des Stollens positionieren und mit allen Möglichkeiten die Gedenkstätte unterstützen,
- dass sensibel abgewogen wird, ob der Verkauf an private Eigentümer die richtige Entscheidung für die Zukunft des Stollens ist.

Wir erwarten:

- von den Abgeordneten aller Parteien Unterstützung,
- von der Regierung des Landes Sachsen-Anhalt ein klares Votum für den Erhalt des Stollens und die Bereitschaft, in der Zukunft finanzielle Mittel für eine Erweiterung des Rundgangs durch den Stollen zur Verfügung zu stellen.

Wir wenden uns an Sie, weil:

- wir in großer Sorge sind, dass der Zugang zum Stollen gefährdet ist.
- wir als Förderverein die Interessen der ehemaligen Häftlinge und ihrer Angehörigen vertreten.
- wir der Meinung sind, dass die in den letzten Jahrzehnten getroffenen Fehlentscheidungen endlich wieder korrigiert werden müssen.
- es sich bei dem Tod von 2.000 Menschen aus 23 Ländern um keinen „Vogelschiss“² der Geschichte handelt.
- es auch nach 73 Jahren noch notwendig ist, sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinander zu setzen und seine Mechanismen aufzuzeigen, um zu begreifen, dass Stigmatisierung und Ausgrenzung von Menschen immer Grundlagen sind für eine dogmatische Politik, die Menschenrechte missachtet.
- diese Stollenanlage als historischer Ort das Herzstück der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge ist.

Gemeinsam mit Vorstandsmitgliedern des Fördervereins der Gedenkstätte übergaben stellvertretend für alle Aktionsteilnehmer Victoria Trepczyk, Timea Tischner, Max Melz und Eva Emily Oldenburg am 21. Juni 2018 diese Petition mit 1.068 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland sowie ehemaligen Häftlingen und deren Angehörigen aus Belgien, Frankreich, Italien, Lettland, Polen und der Ukraine dem Petitionsausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt. Sie hatten diese Petition initiiert, weil sie einen Ort wollen, an dem sie gedenken und nachdenken können.

Im August 2018 wurde die Petition Nr.7-K/00056 im Petitionsausschuss des Landtages thematisiert und eine Stellungnahme der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt eingeholt. Am 29. Oktober 2018 tagten die Abgeordneten Monika Hohmann (Die Linke), Eduard Jantos (CDU) und Wolfgang Aldag (Bündnis 90/Die Grünen) für den Petitionsausschuss des Landtages mit Vertreterinnen und Vertretern der Staatskanzlei, des Ministeriums für Kultur, des Ministeriums für Inneres und Sport, des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung, des Landkreises Harz, der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, des Fördervereins der Gedenkstätte, des Stiftungsbeirates für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur (1933 – 1945) sowie dem zuständigen Mitarbeiter der Stadt Halberstadt und dem Ortsbürgermeister des Ortsteils Langenstein vor Ort in der Gedenkstätte. Der Termin schloss unmittelbar an das Treffen der „Gruppe der 2. Generation“ an und somit konnten vier Vertreter aus



Übergabe der Petition an den Petitionsausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt

Italien an den Gesprächen teilnehmen, unter ihnen Dr. Claudio Burelli, dessen Vater Dino Burelli im Stollen unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten musste. Da der Insolvenzverwalter der Einladung nicht folgte, konnten nur die 120 Meter des Stollens gezeigt werden, zu denen die Gedenkstätte Zutritt hat, für eine darüber hinaus gehende Besichtigung fehlte die Genehmigung.

In den Gesprächen wurde deutlich, dass die Thematik komplex ist, es keine einfache Lösung gibt und es gilt, Eigentumsfragen und insolvenzrechtliche Belange zu berücksichtigen. Als die Diskussion allzu theoretisch wurde, war es gut, dass Claudio Burelli von den Erlebnissen seines Vaters im Stollen berichtete und damit die Diskussion auf den Ausgangspunkt zurückführte – dass der Stollen als Gedenkort erhalten bleiben muss.

Am 15. November 2018 beschloss der Petitionsausschuss einstimmig, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, weil das Anliegen der Petentinnen und Petenten begründet und Abhilfe notwendig ist. Daraufhin überwies der Landtag in seiner 59. Sitzung am 21. November 2018 ebenso einstimmig die Petition zur Beschlussfassung: „Gemäß §51 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt und Ziffer 8.2.2 der Grundsätze des Ausschusses für Petitionen über

die Behandlung von Bitten und Beschwerden ist die Landesregierung gebeten, den Landtag innerhalb von zwei Monaten schriftlich über das Ergebnis ihrer Überprüfung zu unterrichten.“

Mit Spannung erwarten nun die Aktionsteilnehmer und Unterstützer der Petition den Entscheid der Landesregierung, denn der Stollen MUSS als Gedenkort erhalten bleiben.

Anmerkungen

- 1 Die Tage der Begegnung werden alljährlich anlässlich der Befreiung des KZ Langenstein-Zwieberge vom Förderverein Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge e.V. in Kooperation mit der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge organisiert.
- 2 Hier wird sich auf die Aussage des Partei- und Fraktionschefs der AfD, Alexander Gauland, bezogen, der am 02.06.2018 beim Bundeskongress der AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) im thüringischen Seebach sagte: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“.

Die Hinrichtungsstätte „Todeskiefer“ auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Langenstein-Zwieberge – Über den Erhalt eines besonderen Baumes

Nicolas Bertrand¹

„Die Todeskiefer läßt sich an Ort und Stelle nicht erhalten. Es wäre zu überlegen, ob man den Stamm bergen kann und in einem Memorialraum als Ausstellungsstück aufbewahrt.“² Dieser bereits im Jahr 1965 geschriebene Satz deutet darauf hin, dass die Problematik der Konservierung der „Todeskiefer“ die Gedenkstätte schon seit über 50 Jahren beschäftigt.

Die jüngste, 2018 durch das Land Sachsen-Anhalt geförderte Konservierung soll Anlass sein, einen Rückblick auf den Umgang mit dem Erhalt des Baumes zu wagen.

Die Hinrichtungsstätte „Todeskiefer“

Der Lagerälteste des Außenlagers Langenstein-Zwieberge, Hans Neupert, sagte in seinem Bericht von 1957 aus, dass es drei Hinrichtungsstätten für die Häftlinge des Lagers gegeben habe. In der ersten Zeit, als das Häftlingslager am Fuße der Zwieberge noch nicht belegt war, fanden die Hinrichtungen „an einer westlichen Ecke des Halberstädter Schießstandes“³ statt, das heißt in unmittelbarer Nähe der Nebengebäude der Gaststätte „Landhaus“, in denen ein Teil der Häftlinge von April bis Mitte August 1944 provisorisch untergebracht war. Die gut erhaltenen Überreste dieses Schießstandes sind noch heute zu sehen. Auch der Lagerschreiber Josef Vik berichtet über Erhängungen „neben einem Schießstand“⁴.

Ab Mitte August 1944 wurden Hans Neupert zufolge die Häftlinge ganz in der Nähe des neuen Barackenlagers erhängt: „nach der Inbetriebnahme des Lagers Zwieberge wurden die Erhängungen an der Todeskiefer durchgeführt“⁵. Josef Vik erwähnte diese Hinrichtungsstätte „hinter der 6. Wohnbaracke“⁶ indirekt nur einmal, doch es muss sich um diesen Baum in der Nähe der Baracke 6 handeln, der sich außerhalb des eigentlichen Lagers befand.

Im Gegensatz zu den ersten beiden Hinrichtungsstätten fanden die letzten Erhängungen innerhalb des Häftlingslagers statt. Infolge des „Bombardements“ von Magdeburg wur-



Die Todeskiefer vor der 1968 erfolgten Umgestaltung der Gedenkstätte, ohne Datum.
Die Tafel entspricht nicht der 1949 angebrachten Erinnerungstafel.

den laut Neupert „viele Hinrichtungen im Lager vor dem Block an einem Baum vollzogen“⁷. Sollten hier die Bombenangriffe vom 16. Januar 1945 gemeint sein, würde das bedeuten, dass die „Todeskiefer“ – außerhalb des eigentlichen Lagers – ausschließlich von Mitte August 1944 bis Mitte Januar 1945 als Hinrichtungsstätte diente.⁸ Vermutlich wurden die Hinrichtungen auch nicht gleich im August 1944 an der „Todeskiefer“ durchgeführt, denn Georges Petit erinnert sich an eine Hinrichtung „kurz nach unserem Umzug in das neue Lager“⁹ auf „einer Wiese in der Nähe des Dorfes Langenstein, direkt unterhalb des Hügels, in dem die Stollen entstanden“¹⁰. Damit ist vermutlich die erste Hinrichtungsstätte am Schießstand gemeint, die offenbar in der Zeit des Umzugs ins Barackenlager an den Zwiebergen noch genutzt wurde. Anfang September 1944 wurden dann bereits Häftlinge an der „Todeskiefer“ erhängt.¹¹

Bezüglich des Öffentlichkeitscharakters unterschied sich die „Todeskiefer“ jedoch von den anderen beiden Hinrichtungsstätten. Am Schießstand „[musste] der Hinrichtung die gesamte arbeitsfreie Belegschaft des Lagers zusehen“¹². Ähnliche Beschreibungen in Bezug auf den Baum innerhalb des Lagers weisen darauf hin, dass die Hinrichtungen dort genauso öffentlich waren.¹³ Sicherlich war es dem Standort der „Todeskiefer“ außerhalb des Barackenlagers, im Wald und in unmittelbarer Nähe des Stacheldrahtzaunes geschuldet, dass die Erhängungen hier nicht öffentlich waren, denn Paul Le Goupil berichtet: „Eines Morgens beobachte ich vom Fenster des Blocks 6 im großen Lager aus die Erhängung von fünf Flüchtlingen, die gefaßt worden waren. Es war keine öffentliche Hinrichtung, doch hinter jedem Fenster, von dem aus man den Marterbaum sehen konnte, lugten mehrere Köpfe hervor. Ich stellte mich gerade an das Fenster, als Häftlinge leere Fässer unter den Baum rollten, an dessen Ästen bereits fünf Stränge hingen.“¹⁴ Auch Hans Neupert bestätigte den nicht-öffentlichen Charakter der Hinrichtungen an der „Todeskiefer“ mit seiner Aussage, dass die letzten Hinrichtungen im Lager durchgeführt wurden, „so daß viele Häftlinge Zeugen dieser Greuel- und Mordtaten [sic] waren“¹⁵.

Die „Todeskiefer“ als Gedenkort

Im Protokoll über die 11. Tagung des Kreistages des Landkreises Wernigerode am 11. Mai 1948, bei der über die Mitfinanzierung der Errichtung eines ersten Mahnmals in Langenstein abgestimmt wurde, spielt die „Todeskiefer“ noch keine Rolle. Es werden ausschließlich die Gräber auf dem Gelände des ehemaligen Lagers erwähnt und das Anliegen, „den dort liegenden Toten durch die Errichtung eines Mahnmals die ihnen ge-

bührende Ehrung zuteil werden zu lassen.“¹⁶ Wenige Monate später jedoch erfolgte die erste bekannte Erwähnung der „Todeskiefer“ in einem Pressebeitrag vom 12. September 1948. Drei Jahre nach der Lagerbefreiung wurde berichtet, dass vom Lager wenig übrig geblieben sei: „Längst ist diese Fläche wieder in fruchtbares Ackerland verwandelt worden. Männer und Frauen aus Langenstein sind gerade dabei, die großen Trichter, die von der Sprengung der Baracken herrühren, zuzuschütten. Die letzten Ruinenreste werden von Arbeitern mit der Spitzhacke bearbeitet, um ihr Material auszuwerten.“¹⁷ Nicht betroffen von diesem eiligen Rückbau des ehemaligen Lagers war „eine große Kiefer“. Sie „reckt ihre seltsam roten, nackten Äste wie Arme in den Himmel. Hier beendete mancher Antifaschist seinen Leidensweg mit dem Tode.“¹⁸ Abgesehen von den Massengräbern, „die wieder in einen würdigen Zustand versetzt worden sind“, sollte nichts mehr an die Geschichte des Ortes erinnern: „Aus einer Stätte des Grauens wird wieder eine friedliche Landschaft, in der Früchte und Blumen wachsen, Rinder weiden, Menschen friedlich ihrer Arbeit nachgehen.“¹⁹ Dass es sich bei dieser Hinrichtungsstätte nur um einen einfachen Baum und kein wiederverwertbares Baumaterial handelte, scheint der einzige Grund für dessen Erhalt auf dem Gelände zu sein.

Als kaum ein Jahr später an den Massengräbern ein erstes Mahnmal errichtet wurde, wandelte sich die „Todeskiefer“ zu einem wichtigen Gedenkort der neuen Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge. In der Broschüre der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) anlässlich der „Kampftage für den Frieden“ vom 1. bis 11. September 1949 und des „Gedenktages für die Opfer des Faschismus am 11. September 1949 in Langenstein-Zwieberge“²⁰ ist die „Todeskiefer“ auf einem der insgesamt drei Fotos abgebildet. Während die anderen zwei Fotos zusammen auf einer Seite gezeigt werden, erhält die „Todeskiefer“ eine ganze Seite für sich. In einem Absatz unter der Überschrift „An der ‚Todeskiefer‘ erhängt...“²¹ wird unter anderem über die dortigen Hinrichtungen berichtet. In einem Artikel der Volksstimme vom 10. September 1949, dem Vortag der Einweihung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, ist von der „Todeskiefer“²² als dritte Komponente des Geländes in Langenstein die Rede. „Als letzte Zeugen mahnen noch einige Massengräber und die Todeskiefer, an der die unglücklichen Opfer erhängt wurden, an die Vergangenheit.“²³ Im Zuge der Errichtung des erstens Mahnmals wurde 1949 auch eine Erinnerungstafel an der „Todeskiefer“ angebracht.²⁴ Presseberichte aus dem Jahr 1952²⁵ und 1953²⁶ weisen darauf hin, dass schon zu dieser Zeit die „Todeskiefer“ zum offiziellen Besuchsprogramm von internationalen Delegationen gehörte

und für Wanderungen eine wichtige Etappe auf dem Gelände des ehemaligen Lagers darstellte. In einer Auflistung von „Erinnerungsstätten des antifaschistischen Befreiungskampfes“ im Kreis Halberstadt besteht die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge aus den Massengräbern, einem Einzelgrab und der „Richtkiefer“²⁷. Ungeachtet ihres Standortes außerhalb des ehemaligen Lagers fungierte die „Todeskiefer“ in einem Zeitungsbericht vom 12. September 1964 sogar als Orientierungspunkt auf dem Gelände der Gedenkstätte für einen zunächst orientierungslosen ehemaligen Häftling, der auf der Suche nach einem Grab war. „Vergeblich bemüht sich der französische Kamerad, sich im Gelände zu orientieren. [...] Erst unter der Todeskiefer wurde dem französischen Kamerad[en] die Lage des KZ wieder gegenwärtig.“²⁸

Die „Todeskiefer“ ist abgestorben

1965 wurde der Zustand des Baumes im Rahmen der Planung einer „Neugestaltung der Gesamtanlage des ehemaligen Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge“ zum ersten Mal thematisiert. Einem Bericht vom 11. Dezember 1965 zufolge war „die Todeskiefer [...] eingegangen und droht[e] vollkommen zu verwittern“²⁹. Für die Neugestaltung der Gedenkstätte bedeutete dies, dass „die Todeskiefer sich an Ort und Stelle nicht erhalten [lässt]. Es wäre zu überlegen, ob man den Stamm bergen kann und in einem Memorialraum als Ausstellungsstück aufbewahrt.“³⁰ Dieser erste Ausstellungsraum sollte noch weitere Erinnerungsstücke und Dokumente beherbergen und als entsprechende Örtlichkeit „würde sich der Lage nach die Gaststätte ‚Landhaus‘ anbieten“³¹, denn „sie liegt im Schwerpunkt zwischen dem Lager und dem von den Häftlingen geschaffenen Stollensystem in den Thekenbergen.“³²

Das Büro für Städtebau Magdeburg entschied sich im Gegensatz dazu laut eines „Erläuterungsbericht[s] zur Planung des OdF-Mahnmals Langenstein-Zwieberge“ vom 20. Dezember 1966 für die Erhaltung und Konservierung der Hinrichtungsstätte. „Die Todeskiefer und das Einzelgrab des sowj. Oberst[en] Andrej in der Südostecke des Geländes sind durch Lichtung des Baumbestandes bei gleichzeitiger Erweiterung des Platzes und Entfernung des Birkengeländes freizustellen. Die bereits abgestorbene Kiefer ist bis auf die starken Äste abzunehmen und durch Imprägnierung zu erhalten.“³³ Auch die Zuwegung zur „Todeskiefer“ sollte verbessert werden: „Die zur Todeskiefer führenden und zum Teil zugewachsenen Wege sind freizulegen und entsprechend auszubauen.“³⁴



Ehemalige Häftlinge des Lagers Langenstein-Zwieberge vor der zum ersten Mal konservierten Todeskiefer anlässlich der Einweihung des umgestalteten Mahnmals am 7. September 1968

Die Broschüre „Unternehmen Malachit“ zur Geschichte des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge vom September 1966 widmet der „Todeskiefer“ unter der Überschrift „Symbol des Mordens“ ein ganzes Kapitel.³⁵ Neben Erläuterungen zu verschiedenen Strafen im Lager wird die „Todeskiefer“ als Hinrichtungsstätte beschrieben und ihr vermeintlich symbolhafter Charakter durch einen im Text fettgedruckten Satz hervorgehoben: „Die Todeskiefer wurde das Symbol des Todes, der jedem Häftling des Lagers drohte.“³⁶ Es folgen dann zum ersten Mal Ausführungen über das Schicksal des Obersten Andrej³⁷, der an der „Todeskiefer“ erhängt und begraben sein soll.

Die erste „Präparierung“ des Baumes

Im Zuge der Umgestaltung des Mahnmals wurden 1968 erstmalig Maßnahmen zur Erhaltung der „Todeskiefer“ ergriffen. Diese nicht näher erläuterten Arbeiten sollten bis zum 30. Mai 1968 abgeschlossen und „das Grab des Obersten Andrej“³⁸ [...] in [die] Gestaltung der Todeskiefer mit einbezogen [sein]“³⁹. Unmittelbar nach der Entscheidung für den Erhalt des Baumes wurde das Institut für Denkmalpflege eng in die Planung der Konservierung einbezogen. Am 13. Januar 1967 schrieb der Sekretär der Kreisleitung Halberstadt der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) an die Arbeitsstelle des Instituts für Denkmalpflege in Halle im Hinblick auf den Erhalt der „Todeskiefer“ Folgendes: „Wie aus der Anlage zu ersehen ist, stirbt die Todeskiefer ab. Es gilt nun, diese Todeskiefer zu erhalten und wir bitten hierzu um Ihre Unterstützung. [...] Unsere Aufgabe ist es, dieses Schandmal nazistischer Vergangenheit zu erhalten.“⁴⁰ Die Arbeitsstelle in Halle leitete diese Anfrage an die Zentrale in Berlin weiter, wo ein Kollege Namslauer, „Mitarbeiter des Buchenwaldkollektivs und Spezialist für Fragen der Grünplanung usw.“⁴¹ für diesbezügliche Angelegenheiten zuständig sei. Das Berliner Institut reagierte schnell: In einem Schreiben vom 8. Februar 1967 wird bezüglich der „Todeskiefer“ ein Vor-Ort-Termin in Langenstein für den 3. März mit Herrn Namslauer, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts, vereinbart. An dieser auf Vorschlag des Berliner Instituts für Denkmalpflege durchgeführten „Objektbesichtigung“ nahmen auch der Magdeburger Gartenarchitekt Sauerzapf und Forstmeister Quitt vom Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Wernigerode teil.⁴²

Offensichtlich war schon zu dieser Zeit die Konservierung der „Todeskiefer“ auch für das Institut für Denkmalpflege in Berlin kein einfacher Fall. In einem Schreiben an die Kreisleitung der SED Halberstadt schlägt Namslauer vor, auch „den Kreisnaturschutz-



Die Todeskiefer wurde mit blauen und roten Halstüchern der Jung- und Thälmannpioniere behängt, Aufnahme vermutlich aus den 1970er Jahren

beauftragten zu dieser Beratung mit hinzuzuziehen, da er bei der Betreuung von Naturdenkmälern sicherlich genügend Erfahrung auch im Hinblick auf die Sicherung dieser Todeskiefer haben wird.⁴³ Im Verlauf der Besprechung versprach Forstmeister Quitt, „sich um die Präparierung der Todeskiefer zu kümmern“⁴⁴ und sich dazu mit einem Betrieb in Verbindung zu setzen. „Die Konservierung der Todeskiefer wird von Spezialisten, die durch den Genossen Forstmeister Quitt vom staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Wernigerode vermittelt werden, durchgeführt.“⁴⁵ Herr Quitt konnte am 9. Mai 2019 telefonisch erklären, dass die Spezialisten aus dem Institut für Forstwissenschaften Eberswalde kamen, weil sie sich auf Holzschutz spezialisiert hatten.⁴⁶ Diese Vorgehensweise deutet auf einen sehr professionellen Umgang mit der Frage der Konservierung des Baumes hin.

Abgesehen davon sollte durch das Ausbringen eines Grobkiesbelages eine einheitliche Gestaltung der Fläche mit der „Todeskiefer“ und dem Grab des sowjetischen Offiziers erreicht werden.⁴⁷

Ein Vergleich von Fotos der „Todeskiefer“ zwischen 1966⁴⁸ und 1969⁴⁹ zeigt, dass die Äste des Baumes in dieser Zeit stark zurückgeschnitten wurden.⁵⁰

Sicherlich aus dem Bewusstsein heraus, dass damit die Problematik des Erhalts des Baumes nicht abgeschlossen sei, wurde der Umgang mit dem Baum nach dieser ersten Konservierung institutionalisiert. Anfang 1970 plante man offensichtlich die Gründung einer Arbeitsgruppe „Denkmalpflege und Landschaftsgestaltung“, die sich mit der Erhaltung und Erweiterung der Anlage beschäftigen sollte.⁵¹

Zu Gedenktagen aus Anlass des Tages der Befreiung des KZ Langenstein-Zwieberge oder im Gedenken an die Opfer des Faschismus legten ab 1970 im Vorfeld benannte Betriebe ihre Kränze nicht am Mahnmal, sondern an der „Todeskiefer“, am südlichen Massengrab und am Kubus, dem Denkmal für die Opfer des Todesmarsches, nieder.⁵² Die „Todeskiefer“ war bis 1989 Ort zahlreicher Gedenkveranstaltungen und auch Aufnahmen in die Pionier- und Jugendorganisation der DDR wurden dort vorgenommen.

Die zweite Konservierung

Das Institut für Denkmalpflege in Halle ist Initiator der zweiten Konservierung. In einem Bericht über die Besichtigung der Gedenkstätte heißt es bezüglich der „Todeskiefer“: „Der Weg, der zur ‚Todeskiefer‘ führt, ist sehr zugewachsen. Daher wirkt die Anlage im Wald sehr verloren und läßt die großzügige Beziehung zu den anderen Komplexen der

Gedenkstätte vermissen. Die ‚Todeskiefer‘ bedarf dringend der Konservierung. (Mit den Untersuchungen dazu wurde ein Mitarbeiter des IfD beauftragt)⁵³.

In einem „Plan der Aufgaben der Gedenkstätte für das Jahr 1981“ sind unter Punkt 8 „Enge Zusammenarbeit mit dem Institut für Denkmalpflege“ zwei Maßnahmen vorgesehen, von denen erstere die „Todeskiefer“ betrifft: „Sicherungsmaßnahmen der im ehemaligen Gelände vorhandenen Sachzeugen. Vorrangig die Waschkaue. Die ‚Todeskiefer‘ wird vom Institut selbst übernommen zwecks Konservierung“⁵⁴. Unter Punkt 10.1 „Werterhaltung“ wird die „Konservierung der Todeskiefer“ zusammen mit der Renovierung zweier Büroräume und der Versiegelung des Fußbodens im Saal des Gedenkstättengebäudes geplant.

Diese Aufgabe war auch 1982 noch aktuell, denn laut „Plan der Aufgaben der Gedenkstätte für das Jahr 1982“ waren „in Verbindung mit dem Institut für Denkmalpflege [...] Maßnahmen des Schutzes und der Erhaltung der Todeskiefer einzuleiten“⁵⁵. Bei dieser zweiten Konservierung spielte das Institut für Forstwissenschaften Eberswalde ebenso eine entscheidende Rolle, indem es die Art der Konservierung (Stabilisierung des oberirdischen Teils des Baumes mit kalthärtenden Kunstharzen) vorgab.⁵⁶

Die Umsetzung der Konservierung erwies sich in der Tat als schwierig. Zwar wurde das Fass mit dem synthetischen Konservierungsharz Piaflex zur Behandlung der „Todeskiefer“ noch im Dezember 1981 vom Institut für Denkmalpflege geliefert, doch das Kunstharz konnte – wie bei der Konservierung 2018 – nur auf einen trockenen Baum aufgetragen werden, weswegen eine sofortige Rücksendung des leeren Fasses nicht möglich war. Das Harz wurde demzufolge erst nach Trocknung des Baumes, spätestens im Oktober 1982, aufgetragen⁵⁷ und das Fass erst im Dezember 1982 zurückgesandt.⁵⁸

Die Zusammenarbeit mit dem Institut für Denkmalpflege bezüglich der Konservierung der „Todeskiefer“ erwies sich als nicht zufriedenstellend. In einem Schreiben eines Mitgliedes des Rates für Kultur an das Institut für Denkmalpflege vom 5. August 1982, also zu einem Zeitpunkt, als das Piaflex-Fass bereits an die Gedenkstätte geliefert war, erschien die Ausführung der Konservierung an sich problematisch: „Ich sehe mich [...] nicht in der Lage, die beiden Mitarbeiter der Gedenkstätte, Genossen im Alter von 61 und 64 Jahren, zu veranlassen, die sicher nicht einfachen Arbeiten selbst durchzuführen bzw. verantwortlich zu leiten. Meine Bitte an Sie geht darum dahin, doch zu veranlassen, daß der Fachmann Ihres Instituts sich dieser Aufgabe mit mehr Engagement widmet, als nur mit Hinweisen und Ratschlägen. [...] Unter diesen Gesichtspunkten bitte ich Sie noch

einmal zu überprüfen, in welcher Form uns das Institut helfen kann.“⁵⁹ In der Antwort vom Institut für Denkmalpflege vom 17. August 1982 wird daran erinnert, dass die Mitarbeiter des Instituts „seit vielen Jahren den [...] Verantwortlichen [der Gedenkstätte] mit gutachterlicher Tätigkeit zur Seite gestanden haben“. Das Schreiben verweist auf einen Vermerk über die Beratung vom 20. Januar 1981, in dem es heißt, dass der Chemiker des Instituts „zur Anleitung der Konservierungsarbeiten zur Verfügung steht. Mehr ist uns als beratende Einrichtung nicht möglich.“⁶⁰ Ungeachtet dessen fand die Konservierung des Baumes statt. Durch den Aktenvermerk der Oberkonservatorin Fehr des Instituts für Denkmalpflege über ihren Besuch der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge am 22. Oktober 1982 erfährt man, dass „die Sicherungsarbeiten an der ‚Todeskiefer‘ durch [den] Koll.[egen] Zimmer vom VEB Denkmalpflege Magdeburg und einen weiteren Kollegen durchgeführt [wurden]. Der obere Teil der Kiefer scheint vollständig durchgetränkt zu sein. (Harz ist nach außen getreten und wirkt fast wie Lack). Im unteren Teil des Baumstammes ist dieser Effekt noch nicht aufgetreten. Das Holz wirkt nach wie vor morsch und porös. Wahrscheinlich muß dieser Teil nochmals mit Piaflex durchtränkt werden. Die Entscheidung darüber oder ein anderer Vorschlag zur weiteren Sicherung der Kiefer sollte vom Chemiker des Instituts getroffen werden. (Material ist noch vorhanden. Der Kostenaufwand für die Sicherung der Kiefer belief sich bisher auf 3.064 Mark.)“⁶¹. Im Verlauf dieses Besuches der Gedenkstätte wurden noch weitere Themen besprochen, wie die Sicherung der Überreste, die Bepflanzung des südlichen Massengrabes und die geplante Aufstellung der Stele „Vernichtung durch Arbeit“.

Die dritte Konservierung

Die Konservierung der „Todeskiefer“ im Jahre 1982 war bis zur jüngsten Behandlung des Baumes im Jahre 2018 die letzte bekannte aufwendige Maßnahme.⁶² Auch 2017 wurde der Baum, wie im Jahre 1982, zunächst zur Trocknung eingehaust. Auf der Grundlage der dafür erfolgten statischen Berechnungen wurde in dieser Zeit auch eine neue Stützkonstruktion konzipiert und hergestellt, so dass die Voraussetzungen geschaffen waren, dass ein Holzrestaurator die Kiefer im Jahre 2018 mit einem synthetischen Harz, ein Acrylat, das dem 1982 verwendeten Material ähnlich war, behandeln konnte. Am 22. November 2018 fand in Anwesenheit von Torsten Arnold, Diplom-Restaurator (FH) im Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, die Abnahme dieser Konservierungsmaßnahme statt.



Hinrichtungsstätte „Todeskiefer“ 2018 nach der letzten Konservierung

Die Todeskiefer wurde als Zeugnis der Lagergeschichte konserviert. Für die Memorialkultur der Gedenkstätte spielte sie seit ihrer Gründung zudem eine entscheidende Rolle, die es für die Besucherinnen und Besucher noch intensiver zu dokumentieren gilt.

Anmerkungen

- 1 Herzlichen Dank an meine Kollegin Gesine Daifi für ihr aufmerksames Lektorat.
- 2 Bericht des Direktors des Büros für Territorialplanung bei der Bezirksplankommission vom 11.12.1965 bezüglich der Neugestaltung der Gesamtanlage des ehemaligen Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg (im Folgenden LHASA, MD), Rep. P 15 Halberstadt, Nr. IV/A-4/4/105.
- 3 Abschrift nach dem handschriftlichen Manuskript vom 10. September 1957 des Berichts des ehemaligen Lagerältesten Hans Neupert, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge. Als „erste Hinrichtungsstätte“ ist diese auf einem Plan des ersten Häftlingslagers „Landhaus“ von Hans Neupert markiert (undatiert, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge).
- 4 Übersetzte eidesstattliche Erklärung von Josef Vik vom 26. April 1945, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 5 Bericht von Hans Neupert (wie Anm. 3).
- 6 Eidesstattliche Erklärung von Josef Vik (wie Anm. 4).
- 7 Bericht von Hans Neupert (wie Anm. 3).
- 8 Dass eine Hinrichtungsstätte im Lager erst später errichtet wurde, scheint der Häftling Miervaldis Berzins-Birze zu bestätigen. Nachdem er über die „Todeskiefer“ berichtet, schreibt er: „In der Folgezeit wurden auch Häftlinge mitten im Lager an den Ästen einer Eiche erhängt.“ (Berzins-Birze, Miervaldis: Fortsetzung und Ende eines schweren Weges, in: Im Salaspilsker Todeslager, Riga 1964, unveröffentlichte Übersetzung ins Deutsche, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, S. 15).
- 9 Petit, Georges: Rückkehr nach Langenstein. Erfahrungen eines Deportierten, Hürth bei Köln und Wien 2004, S. 122.
- 10 Ebenda.
- 11 Vgl. eidesstattliche Erklärung von Josef Vik (wie Anm. 4).
- 12 Ebenda. Vgl. zur vermutlich ersten Hinrichtung im Juni 1944 den Bericht von Hans Neupert (wie Anm. 3).
- 13 Vgl. Bericht Hans Neupert (wie Anm. 3).

- 14 Le Goupil, Paul: Erinnerungen eines Normannen 1939–1945, Paris 1995, S. 232. Über diese Hinrichtung berichtet Paul Le Goupil ebenso in: *La route des crématoires, Labergement* 1983, S. 175–177.
- 15 Bericht von Hans Neupert (wie Anm. 3).
- 16 Protokoll über die 11. Tagung des Kreistages am 11. Mai 1948, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 17 KZ Langenstein. Eine Landschaft ändert ihr Gesicht, in: *Volksstimme*, Halberstadt, vom 12.09.1948.
- 18 Ebenda.
- 19 Ebenda.
- 20 Kampftage für den Frieden. 1. bis 11. September 1949. Gedenktag für die Opfer des Faschismus am 11. September 1949, in: *Langenstein-Zwieberge*, hrsg. von der VVN, Halle 1949, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 21 Ebenda, S. 6–7.
- 22 In einem Zeitungsbericht von 1949 wurde die „Todeskiefer“ noch als „Blutbaum“ bezeichnet: *Neues Deutschland*, Deutschland-Ausgabe, Nr. 207, vom 04.09.1949.
- 23 Gedenkfeier an der Stätte des Todeslagers. Wo sich das KZ Langenstein befand, geht jetzt der Pflug über die Erde, in: *Volksstimme*, Magdeburg, vom 10.09.1949.
- 24 Vgl. Die Opfer von Langenstein mahnen zum Kampf um den Frieden. Das Mahnmal in Langenstein-Zwieberge, in: *Volksstimme*, Halberstadt, vom 10.09.1949. Die Erinnerungstafel wird in der Broschüre der VVN auf S. 9 dargestellt (vgl. Anm. 20).
- 25 Vgl. Der Schwur von Buchenwald ist nicht vergessen! Internationale Delegation von Opfern des Faschismus besuchte das ehemalige Konzentrationslager in Langenstein, in: *Volksstimme*, Halberstadt, vom 18.04.1952.
- 26 Vgl. „Niemals darf der Faschismus wieder sein Haupt erheben!“, in: *Volksstimme*, Halberstadt, vom 12.09.1953.
- 27 Schreiben des Leiters der Abteilung Kultur im Rat des Kreises in Halberstadt vom 09.09.1961, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge. Außer eines zusätzlichen Einzelgrabes sind 1965 keine anderen Überreste aufgelistet: „Hinweise für die Arbeitsgruppe Gestaltung“, Zeitweilige Kommission zur Umgestaltung der VVN Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, 1965, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 28 Kahmann, Franz: Niemals werden wir vergessen, in: *Volksstimme*, Halberstadt, vom 12.09.1964.
- 29 Bericht des Direktors des Büros für Territorialplanung (wie Anm. 2). Die Ortsbesichtigung, die Anlass für diesen Bericht war, erfolgte auf Veranlassung der Bezirksleitung Magdeburg der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

- 30 Ebenda.
- 31 Ebenda. In einem Protokoll der Arbeitsberatung vom 28.07.1966 der Arbeitsgruppe zur Umgestaltung der Mahn- und Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge in der SED Kreisleitung wird die Idee eines solchen Raumes konkreter: „Bei allen Vorarbeiten ist zu berücksichtigen, dass in einem Stolleneingang am Landhaus ein Museum eingerichtet werden kann.“ (Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge)
- 32 Ebenda.
- 33 Erläuterungsbericht zur Planung des OdF-Mahnmals Langenstein-Zwieberge vom 20. 12. 1966, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 34 Ebenda.
- 35 Vgl. Unternehmen Malachit. Zur Geschichte des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge, hrsg. von der Kreisleitung Halberstadt der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Halberstadt 1966, S. 22 – 25.
- 36 Ebenda, S. 24.
- 37 Laut der Quellenangabe in der Broschüre „Unternehmen Malachit“ stützt sich der Hinweis auf das Einzelgrab des sowjetischen Obersten ausschließlich auf die Aussage des französischen ehemaligen Häftlings Maurice Suard.
- 38 Hinsichtlich des Namens sind verschiedene Schreibweisen überliefert.
- 39 Bauablaufplan über die Fertigstellung der Neugestaltung des „OdF – Mahnmals Langenstein-Zwieberge“, Anlage 2, Rat des Kreises, Kreisbauamt, Arbeitsgruppe „Zwieberge“, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 40 Schreiben des Sekretärs der Kreisleitung Halberstadt der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 13. 01. 1967, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 41 Schreiben des Instituts für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle, vom 20.01. 1967, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 42 Vgl. Schreiben von Bachmann, Sekretär der Kommission für die Umgestaltung, vom 21.02. 1967, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 43 Schreiben des Instituts für Denkmalpflege an die Kreisparteileitung der SED Halberstadt vom 08.02. 1967, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 44 Schreiben des Sekretärs der Kommission an den Forstmeister Quitt vom 14.08. 1967, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 45 Konzeption zur Beendigung der Umgestaltung der Mahn- und Gedenkstätte „Langenstein-Zwieberge“ vom 20.02. 1968, Kreisleitung der SED, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 46 Vgl. zur Einbeziehung des Instituts in Eberswalde ebenso: Aktennotiz über die Beratung der Arbeitsgruppe

Piotrowski zur Sache Langenstein-Zwieberge vom 20.06.1967, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge. Der Kreisbaudirektor Piotrowski hat die Arbeitsgruppe „Durchführung der Umgestaltung des ODF-Mahnmales Zwieberge bei Langenstein“ geleitet.

- 47 Vgl. Konzeption zur Beendigung der Umgestaltung der Mahn- und Gedenkstätte „Langenstein-Zwieberge“ (wie Anm. 45).
- 48 Vgl. Unternehmen Malachit, (wie Anm. 35), S. 22.
- 49 Vgl. Mahnmal Zwieberge. Langenstein. Kreis Halberstadt. Zur Geschichte und Errichtung der Mahn- und Gedenkstätte des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge, hrsg. von der Kreisleitung Halberstadt der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Halberstadt 1969, Bildteil.
- 50 Vgl. dazu das Zitat zu Anm. 33. Herzlichen Dank an Herrn Quitt, damaliger zuständiger Forstmeister, für den telefonischen Hinweis am 04.04.2019. Er bedauert bis heute, dass die Äste unter Regie der Gedenkstätte so stark beschnitten wurden.
- 51 Vgl. Perspektivplan für die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge – Konzeption zum weiteren Ausbau, zur Popularisierung und Nutzung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 52 Vgl. Für den 12. April 1970, Sekretariatsvorlage vom 16.02.1970 von der Kreisleitung der SED, Abteilung Agitation und Propaganda, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge. Ähnlich wurde für die Feierstunde am 13. September 1970 entschieden (Ebenda).
- 53 Auswertung der Besichtigung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge am 25.09.1979, Institut für Denkmalpflege, 26.02.1980, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 54 Plan der Aufgaben der Gedenkstätte für das Jahr 1981, unterschrieben von Bachmann, Leiter der Gedenkstätte, ohne Datum, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 55 Plan vom 19.01.1982, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 56 Vgl. Schreiben des Instituts für Denkmalpflege an das Komitee der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge (undatiert, vermutlich erstes Halbjahr 1981), Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 57 Vgl. Schreiben des Leiters der Gedenkstätte an den VEB Stickstoffwerk Piesteritz vom 08.02.1982, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge. Zu dieser Angelegenheit vgl. ebenso Telegramm vom 13.12.1982 sowie die Schreiben vom 05.02.1982, 15.12.1982, 07.04.1983 und vom 25.04.1983.
- 58 Vgl. Zusammenfassung des Vorgangs durch das Institut für Denkmalpflege an den VEB Stickstoffwerk Piesteritz vom 08.03.1983, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 59 Schreiben des Rates für Kultur an das Institut für Denkmalpflege vom 05.08.1982, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.

- 60 Schreiben des Instituts für Denkmalpflege an den Rat des Kreises Halberstadt, Abteilung Kultur, vom 17.08.1982, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 61 Aktenvermerk vom 25.10.1982, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 62 Nach 1982 wurden lediglich eine Abstützung und eine Umwicklung mit Maschendraht angebracht. Vgl. Dokumentation zur Konservatorischen Bearbeitung des Mahnmals Todeskiefer von Dipl. Rest. Matthias Zimmer-Belter, Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.

„Hier waren Deutschland und Europa bis 1989 geteilt“ Die Geschichte zum Gedenktafel-Projekt

Ulrich-Karl Engel

Der ehemalige Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, Dr. Reinhardt Höppner († 2014), stellte einmal fest, dass all jene, die die Öffnung der innerdeutschen Grenze bewusst miterlebten, sich sehr genau erinnern könnten, wo und in welcher Situation sie von diesem Ereignis erfahren haben. Während sich die historische Zäsur bei der Generation der „Dabeigewesenen“ so nachhaltig eingeprägt hat, ist sie für Nachgeborene ein schlichtes Datum im Geschichtsbuch. Hinzu kommt, dass die öffentliche Erinnerung sich weitgehend auf Berlin als Ort der deutschen Teilungsgeschichte und auf eine Handvoll Grenz Museen konzentriert. Dabei sind die am 10. November 1989 auf der Berliner Mauer tanzenden Menschen und die Autoschlangen an den wenigen offiziellen Grenzübergängen nur das halbe Bild. Vollständig wird es erst, wenn man den Blick auch auf das Geschehen in den vielen anderen Orten an der Westgrenze der DDR richtet.

Die Geschichte der Teilung begann dort nicht erst mit dem Bau der Berliner Mauer im August 1961. Schon im Jahr 1952 war an der Westgrenze der DDR ein rigides Grenzregime eingerichtet worden. Nicht nur die Verkehrsverbindungen zwischen Ost und West und andere grenzüberschreitende Infrastrukturen wurden getrennt, zugleich entstanden eine Sperrzone mit Aufenthalts- und Einreisebeschränkungen und tief gestaffelte Grenzanlagen. Eine ausgeklügelte Teilungsmaschinerie entstand, die über die Jahre immer perfekter wurde. Für die Menschen im Sperrgebiet bedeutete sie ein Leben am Rand unter ständiger Beobachtung der Staatsmacht, die als Grenzhelfer oder IM der Staatssicherheit auch in Gestalt des „netten“ Nachbarn daher kommen konnte.

Mit der historischen Pressekonferenz von Günter Schabowski am Abend des 9. November 1989 hatte dieses System innerhalb von Minuten und Stunden zwar seinen Sinn verloren. Doch abseits der geöffneten Grenzübergänge, durch die zahllose Menschen in den Westen strömten, blieben die direkten Nachbarn im Grenzgebiet in Ost und West weiterhin durch Sperranlagen getrennt. Es konnte nicht einfach ein Schlagbaum gehoben oder der immer noch hoch gesicherte Grenzzaun geöffnet werden. Vereinzelt gab es

bereits am 10. November die ersten Meldungen, dass Anwohner unter Beteiligung der Grenztruppen mit der Öffnung des einen oder anderen Grenzzauns begonnen hätten. Das reichte aber nicht. Es galt nun, die seit 1952 unterbrochenen Straßen, Wege und abgerissenen Brücken – vorerst provisorisch – wieder herzustellen.

Was mit solchen örtlichen Initiativen begann, nahm dann sehr schnell Fahrt auf: Ab dem 12. November 1989 konnten die meisten der getrennten Fernverkehrsstraßen (heute Bundesstraßen) wieder passiert werden. Was unter normalen Umständen als ein kaum zu leistender Kraftakt gegolten hätte, wurde vollbracht und niemand hatte das damals als solchen empfunden. Alles ging! Man war getragen von der Glückseligkeit des historischen Augenblicks. In den folgenden Wochen bis in den Sommer 1990 hinein folgten weitere Straßen- und Wegeverbindungen.

Jedes dieser neuen Löcher im Grenzzaun wurde mit Volksfesten gefeiert. Ob aus Ost oder West, man wollte dabei sein, wenn zwischen benachbarten Ortschaften, direkt vor der eigenen Haustür, deutsche und europäische Geschichte geschrieben wurde. „Wahnsinn“ war das Wort dieser Tage und Wochen. Es fasste das Glücksgefühl zusammen, das eine ganze Nation bewegte.

In den Monaten und Jahren danach wurden die DDR-Sperranlagen bis auf wenige Relikte beseitigt. In Sachsen-Anhalt findet man sie beinahe vollständig nur noch in der Gemeinde Hötensleben. In einigen anderen Orten sind Teile davon erhalten geblieben. Die öffentliche Erinnerung entlang der ehemaligen Grenze konzentrierte sich in den 1990er Jahren mehr und mehr auf professionelle Einrichtungen, wie in Sachsen-Anhalt die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am ehemaligen DDR-Grenzübergang Marienborn an der Bundesautobahn A 2. In Berlin wurde der Verlauf der Mauer im Straßenpflaster nachgezeichnet und mit dem Mauerradweg rund um das ehemalige West-Berlin ein Tourenweg geschaffen, auf dem man Geschichte buchstäblich „erfahren“ kann.

Einen umfassenden Plan für die innerdeutsche Grenze als Ganzes hatte einzig der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Bereits 1989, kurz nach der Grenzöffnung, entstand die Idee, den in der Abgeschiedenheit der Grenzlandschaft entstandenen Lebensraum für Pflanzen und Tiere als „Grünes Band Deutschland“ zu erhalten und den einstigen Todesstreifen zur Lebenslinie zu entwickeln. Ein Vorhaben, das später unter anderem von der Bundesregierung durch Flächenübertragungen an die ostdeutschen Bundesländer aktiv unterstützt wurde und für das der ehemalige sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow als Schirmherr gewonnen werden konnte.

So positiv es war, dass die knapp 1400 Kilometer lange ehemalige innerdeutsche Grenze durch das „Grüne Band“ wenigstens noch sichtbar war, so ernüchternd war die Bilanz, dass die Zeit der Teilung und die Zäsur von 1989 wenige Jahre danach nur noch an wenigen Orten erkennbar war, obwohl viele lokale Akteure die Erinnerung an Mauer und Stacheldraht sowie an die Freude über deren Überwindung wach hielten.

Diesem Befund etwas entgegenzusetzen, war das Motiv für ein Geschichtsprojekt der Verkehrsministerkonferenz anlässlich des 20. Jahrestages der Grenzöffnung 2009:

An 109 Straßen, die die ehemalige Grenze queren, wurden großformatige Gedenktafeln installiert, auf denen die Europakarte und der Verlauf des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ zu erkennen sind. Darunter befindet sich jeweils die Inschrift „Hier waren Deutschland und Europa bis zum ... geteilt“. Die Realisierung dieses Projektes basiert auf der sogenannten Brocken-Erklärung, die nach dem Ort ihrer Unterzeichnung (18. April 2007) benannt ist.

Die Vorgeschichte des Gedenktafel-Projektes begann für mich im Dezember 2006 im Zug von Köln nach Hannover. Dort sprach ich mit dem Europaabgeordneten der Grünen, Michael Cramer, der als Initiator des Berliner Mauer-Radweges rund um (West-) Berlin bekannt wurde. Im Hinblick auf den herannahenden 20. Jahrestag der Grenzöffnung berieten wir, wie man die Ereignisse auch außerhalb von Berlin und nicht nur in musealen Räumen sichtbar machen könne. Dabei stellte ich die Frage, ob und welche Argumente ihm damals im Berliner Abgeordnetenhaus bei seiner Initiative zum Mauer-Radweg entgegengehalten wurden. Seine schlichte Antwort: „Keine, es gab keine!“ Für eine öffentliche Erinnerung bedürfe es nur prominenter Entscheider, die auch vom Gefühl getragen sind, dass dieser Teil deutscher Geschichte erlebbar bleiben muss.

Dass es in Sachsen-Anhalt für eine solche Idee die notwendigen Partner und die erforderlichen Rahmenbedingungen geben würde, stand für mich außer Zweifel. Das Land hatte mit Minister Dr. Karl-Heinz Daehre für die Jahre 2007 und 2008 gerade den Vorsitz der Verkehrsministerkonferenz übernommen. Ich selbst leitete eine Projektgruppe, die die Konferenzen gemeinsam mit dem Abteilungsleiter Verkehr, Eberhard Arndt, inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten hatte. Arndt war einer der Ersten, der sofort für das Projekt wider das Vergessen brannte. Selbst aus Königslutter (Niedersachsen) stammend, war die Öffnung der Grenze auch für ihn das prägende Erlebnis seines Lebens.

Gemeinsam hatten wir keinen Zweifel, dass wir Minister Dr. Daehre als wichtigsten Partner dafür gewinnen würden. Tatsächlich prägte der Minister, nachdem die Idee

und erste konzeptionelle Vorstellungen am 5. April 2007 mit ihm besprochen worden waren, einen markanten Satz, der das Projekt fortan prägte und an vielen Stellen und besonders immer dann wiederholt wurde, wenn die Initiative mal zu stocken drohte: „Wenn wir das nicht machen, macht es keiner mehr!“

Damit war die Entscheidung gefallen: Von Sachsen-Anhalt sollte der Impuls für ein Geschichtsprojekt der Verkehrsministerkonferenz anlässlich des 20. Jahrestages der Grenzöffnung ausgehen. Der Start sollte bereits wenige Wochen später am 18. April 2007 im Rahmen der Frühjahrstagung der Verkehrsministerkonferenz in Wernigerode bei einem Besuch auf dem Brocken erfolgen – an einem Ort also, der selbst ein Teil deutsch-deutscher Geschichte ist.

Zunächst galt es aber, die notwendigen Partner beim Bund und in den Ländern zu gewinnen. Gesprächsgrundlage bildete dafür ein Textentwurf mit der Bezeichnung „Brocken-Erklärung“. In Telefonaten wurden die Büroleiter der Verkehrsminister der zu beteiligenden Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hessen, Thüringen, Bayern, Sachsen, Berlin und Brandenburg und des Bundes gebeten, die jeweiligen Minister bzw. in Berlin die Senatorin umgehend anzufragen, ob sie bereit wären, schon zwölf Tage (!) später, besagte Erklärung auf dem Brocken zu unterzeichnen. In Magdeburg war damit das Mögliche getan. Für uns hieß es warten.

Um es kurz zu machen: Bereits nach zwei Tagen hatten wir die Rückmeldungen – und alle waren positiv. Lediglich Berlin teilte mit, dass man die Straßen an der innerstädtischen Grenze wegen ihrer Vielzahl ausnehmen müsse. In Magdeburg konnte die Urkunde für die Unterschriften durch die Minister und die Berliner Senatorin vorbereitet und mit dem Brockenwirt Hans Steinhoff († 2016) der organisatorische Rahmen für die Unterzeichnung auf dem Brocken besprochen werden.

Am 18. April 2007 war es dann soweit. Begleitet von einem großen Medieninteresse wurde am Brocken-Bahnhof durch Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee sowie die Verkehrsminister der beteiligten Bundesländer Dietrich Austermann für Schleswig-Holstein, Dr. Otto Ebnet für Mecklenburg-Vorpommern, Walter Hirche für Niedersachsen, Dr. Karl-Heinz Daehre für Sachsen-Anhalt, Dr. Alois Rhiel für Hessen, Andreas Trautvetter für Thüringen, Dr. Günther Beckstein für Bayern, Thomas Jurk für Sachsen, Ingeborg Junge-Reyer für Berlin und Reinhold Dellmann für Brandenburg eine „Gemeinsame Absichtserklärung (Letter of Intent)“, die „Brocken-Erklärung“, unterzeichnet.

Als Vorsitzland der Verkehrsministerkonferenz und Initiator lag die Federführung für das Vorhaben bei Sachsen-Anhalt. So musste in Magdeburg zunächst eine Umsetzungsstrategie zum näheren Inhalt des Geschichtsprojektes, zum Ablauf, zur Kostenverteilung und zu sonstigen Regelungen erarbeitet werden. Die schließlich erstellte sogenannte Verwaltungsvereinbarung mit den Rahmenbedingungen für die konkrete Umsetzung des Geschichtsprojekts wurde bis zum 22. März 2008 von allen Partnern unterschrieben.

Inhaltlich bestand das Geschichtsprojekt nun aus zwei Teilen:

1.) Die Auslobung und Durchführung eines Gestaltungswettbewerbs einschließlich der Bildung einer Jury sowie die Ermittlung der Zeiten der Grenzöffnung an den einzelnen Orten, die Klärung von Kostenfragen und die Organisation der Aufstellung der Gedenktafeln.

2.) Die Dokumentation des Projektes in Form einer Broschüre und die abschließende Übergabe einer Zeittafel aller Grenzöffnungen sowie des Original-Dokumentes der „Brocken-Erklärung“ an das Brockenmuseum.

Ausgenommen vom Geschichtsprojekt waren Bundesautobahnen, da dort auf Initiative des ADAC Mitte der 1990er Jahre bereits Gedenktafeln aufgestellt worden waren.

Der Inhalt dieser Gedenktafeln war seither nicht unumstritten geblieben. Dabei ging es sowohl um die Inschrift „Deutsche Teilung 1945–1990“ sowie um das Bild einer durchgängigen Mauer mit Wachturm. Es wurde hinterfragt, ob die auf den Tafeln genannte Zeitspanne und die durchgängige Mauer inhaltlich korrekt sind. Einerseits ließe der genannte Zeitraum 1945 bis 1990 die historische Zäsur der Grenzöffnung 1989 mit ihren Emotionen unberücksichtigt und andererseits hatte es an Autobahnen – bei allen Einschränkungen für westdeutsche Reisende und der nach innen, gegen die DDR-Bürger, gerichteten Sperranlagen – doch „Löcher“ in der Grenze in Gestalt von Grenzübergängen gegeben.

Um das Vorhaben nicht mit diesem „Gelehrtenstreit“ zu belasten oder es wie beim Berliner Freiheits- und Einheitsdenkmal der Gefahr einer langen Verzögerung auszusetzen, wurden die Bundesautobahnen schlicht aus dem Geschichtsprojekt herausgenommen. Das betraf übrigens auch solche Straßen wie die neue B6 im Nordharz, die erst später gebaut und somit nicht Schauplatz der Grenzöffnung waren.

Neben organisatorischen Fragen des Projektes wurde natürlich über die Kosten gesprochen. Dabei hatten wir uns in die Variante verliebt, die Kosten zunächst hälftig zwischen

den Ost- und den Westländern zu teilen. Für die weitere Aufteilung im Osten und im Westen sollte als Verteilungsmaßstab die jeweilige Länge der innerdeutschen Grenze herangezogen werden, die auf das jeweilige Bundesland entfiel.

Was zunächst gut klang, war es letztlich nicht: Bei näherem Hinsehen wurde deutlich, dass auf der Ostseite rund 50 Prozent der ehemals innerdeutschen Grenze auf den Freistaat Thüringen entfallen. Danach hätte der Freistaat für eine von Sachsen-Anhalt ausgehende Initiative den Löwenanteil der Kosten zu tragen gehabt. Daher wurden die Kosten einvernehmlich in Anlehnung an den sogenannten Königssteiner Schlüssel verteilt. Dieser ist eine bundesweite Übereinkunft für Kosten- und Einnahmeaufteilungen unter anderem nach Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Bundesländer. Die Kosten für die Gedenktafeln selbst waren nach dieser Vereinbarung von den jeweiligen Eigentümern der Straße zu tragen, an Bundesstraßen vollständig vom Bund, an Landesstraßen durch die beiden jeweils beteiligten Länder zur Hälfte. Da auch die Landkreise eingeladen wurden, sich an Kreisstraßen am Geschichtsprojekt zu beteiligen, wurde auch ihnen diese nachbarschaftliche Kostenteilung empfohlen.

Welcher Geist in der Kostenfrage herrschte, die in der Regel schwierig zu lösen ist, macht ein Zitat von Dr. Karl-Heinz Daehre deutlich, der bei einer späteren Veranstaltung der Stiftung Aufarbeitung in Suhl erklärte: „Eine, ähnlich einem Ortsschild, beidseitig lesbare Tafel kostet einschließlich der Aufstellung rund 5.000 Euro. Um diese Zahl einordnen zu können, verweise ich auf die Vielzahl von Schildern, die wir als Bund, als Länder oder als Landkreise im Rahmen unserer Verkehrssicherungspflicht an Straßen aufstellen. Ich war mit Bundesminister Tiefensee und mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den Ländern einig, dass wir uns die vergleichsweise geringe Zahl von Tafeln, die an das historische Ereignis der Grenzöffnung erinnern, einfach leisten wollen.“

In Bezug auf die Gestaltung der Gedenktafeln bestand schon bei den Ministern auf dem Brocken Einigkeit darüber, dass sie das Glücksgefühl dieser Tage und Wochen in Ost und West erfassen sollten. Die Installation war danach so umzusetzen, dass die Gedenktafeln beidseitig lesbar sind.

Der klare örtliche Bezug der Gedenktafel sollte darin bestehen, dass auf ihnen das Datum und die Uhrzeit verzeichnet werden, zu denen an dieser Stelle die Grenze erstmals passiert werden konnte. Das war wohl die anspruchsvollste Aufgabe des Projektes. Setzte es doch voraus, nach fast 20 Jahren all diese Daten zweifelsfrei zu ermitteln. Da Zeitzeugen mit ihren sehr subjektiven Erinnerungen an Ereignisse für die Geschichts-

schreibung nicht immer zuverlässig sind, war bundeseinheitlich ein anderes Verfahren zu finden.

Hier kam uns die Struktur der Straßenbauverwaltung zu Gute. Mit der Verwaltungsvereinbarung wurde den regionalen Straßenbauämtern beiderseits der ehemaligen Grenze die Aufgabe gestellt, die Archive der jeweiligen Regionalzeitungen zu sichten und so Angaben zur Uhrzeit der Grenzöffnungen zu ermitteln. Die Kopien der entsprechenden Zeitungsartikel sollten zudem den Bürgermeistern beiderseits der Grenze vorgelegt werden. Erst mit ihrem Einvernehmen erfolgte die Übernahme des entsprechenden Datums und der Uhrzeit auf die jeweilige Tafel.

Es zeigte sich sehr schnell, dass schon das zu einem Teil aktiver Erinnerung wurde und das Vorhaben eine neue Dynamik erfuhr. Gingen wir zunächst davon aus, bei der Angabe der Uhrzeit auf den Gedenktafeln lediglich die volle Stunde zu nennen sei, entstand der Wunsch, den Zeitpunkt genauer zu dokumentieren.

Ein besonderes Beispiel dafür ist die B 79 bei Hessen mit der Angabe „12. November 1989, 7.58 Uhr“. Als Grundlage diente ein Artikel in der Wolfenbütteler Sonntagszeitung „Schaufenster“ vom 19. November 1989. Dort stand: „Wirklichkeit wurde der Wunsch, dass aus dem Grenzpunkt Mattierzoll ein Grenzübergang wird, dann um 7.58 Uhr. Die Eisentore [...] wurden entfernt und der erste Trabbi rollte [...] in den Landkreis Wolfenbüttel.“

Parallel zur Ermittlung dieser Daten war der in der „Brocken-Erklärung“ vereinbarte Gestaltungswettbewerb zu organisieren. Für die Auswahl der Preisträger war eine aus fünf Personen bestehende Jury zu berufen, die von einem Beirat aus Personen unterstützt werden sollte, „die mit dem Thema ‚innerdeutsche Grenze‘ durch geschichtliche und sonstige Bezüge vertraut sind und eine bundesweite Einbindung haben“.

Letztlich vereinigten die beiden Gremien unter Leitung von Minister Dr. Daehre unter anderem zwei Europaabgeordnete, für den Bund einen Vertreter des Bundesamtes für Straßenwesen, den Präsidenten der Architektenkammer Sachsen-Anhalt und einen Kunstprofessor aus Kassel. Im Beirat waren die Bundesstiftung Aufarbeitung genauso vertreten, wie für Sachsen-Anhalt Achim Walther vom Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V., für Bayern Dr. Liana Geidezis vom BUND-Projektbüro „Grünes Band Deutschland“ und für Thüringen und Hessen Berthold Dücker, der Vorsitzende des Fördervereins Point Alpha (Rhön). Auf Hinweis des Kreisarchitekten des ehemaligen Landkreises Wernigerode, Klaus Christian Wenzel, der mit dem Mahnmal „Eiserner

Vorhang“ an der Bahnlinie Stapelburg – Vienenburg selbst Initiator eines Gedenkortes ist, wurde für Niedersachsen die Autorin Dr. Maren Ullrich zur Mitarbeit eingeladen. Sie hatte ein Buch unter dem Titel „Geteilte Ansichten – Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ geschrieben. Für Schleswig-Holstein war schließlich Peter Matera von der Bundespolizeiakademie Lübeck dabei, der die Grenze als BGS-Offizier von westlicher Seite erlebt hatte.

Als Jury und Beirat am 27. März 2008 im Magdeburger Landtag zusammentrafen, lagen zwölf Gestaltungsentwürfe vor. Nach eingehender Erörterung setzte sich der heute realisierte Vorschlag mit Europakarte und der darauf vermerkten Grenzlinie durch. Bevor die eigentliche Entscheidung fiel, entzündeten sich zu zwei Fragen heftige Diskussionen, die bei weitem keine Geschmacksfragen waren:

Wie lang darf ein Text sein, um ihn ohne Aufmerksamkeitsverlust für den Straßenverkehr im Vorbeifahren erfassen zu können? Der Vertreter der Bundesanstalt für Straßenwesen plädierte dafür, zu kürzen und auf das Wort „November“ zugunsten der Zahl „11“ zu verzichten. Schwieriger war die Frage, wie die Grenzlinie im Bereich des ehemaligen Jugoslawien politisch korrekt einzuzeichnen sei. Ist Jugoslawien dem Osten oder dem Westen zuzurechnen?

Die eingehende Diskussion der Jury bestätigte in der Datumsfrage die Handhabung aus der „Brocken-Erklärung“, das heißt die Bezeichnung „November“ zu verwenden. Hier setzte sich die Auffassung durch, die Inschrift auf den Gedenktafeln sollte der umgangssprachlichen Verwendung „Herbst 89“ oder „Grenzöffnung am 9. November“ entsprechen. Die reine Zahlenangabe „9. 11. 1989“ würde das Anliegen aus dem emotionalen Zusammenhang reißen und neben der anzugebenden Uhrzeit die Fülle der direkt aufeinander folgenden Zahlen noch erhöhen. Das Lesbarkeitsproblem wurde durch eine Anpassung der Schriftgröße gelöst.

Schwieriger war die vom Prof. Matthias Pfüller aus Mecklenburg-Vorpommern aufgeworfene Frage zum Grenzverlauf im Bereich des ehemaligen Jugoslawiens zu beantworten. Nicht alle Mitglieder der Gremien gingen davon aus, dass die im späteren Siegerentwurf vermerkte Grenzlinie zwischen Jugoslawien und Ungarn richtig sei.

Minister Dr. Daehre als Juryvorsitzender bat Prof. Pfüller und den Europaabgeordneten Cramer noch vor der nächsten Tagung der Verkehrsminister, einen Vorschlag zu einer sachgerechten Darstellung im Bereich Jugoslawien einschließlich einer Begründung zu erarbeiten. Mit diesem Verfahrensvorschlag und der ergänzenden Bitte an die Ein-

reicher, Deutschland in ihrer Europakarte farblich hervorzuheben, stand der Wettbewerbssieger fest und konnte später in Brüssel bekanntgegeben werden.

Der erste Platz und damit das Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro gingen an das „Büro für Gestaltung Wangler & Abele“ aus München. Der mit 3.000 Euro dotierte zweite Preis wurden an ein Büro in Berlin vergeben. Den mit 2.000 Euro dotierten dritten Preis teilten sich Büros aus Magdeburg und Augsburg.

In der Grenzfrage hatte man sich auf folgende Erklärung geeinigt:

„Die Grenze im Siegerentwurf entspricht der Grenze der Warschauer-Pakt-Staaten. Daraus ist nicht abzuleiten, dass die übrigen Länder frei waren. Das betrifft Albanien und Jugoslawien. Auch Spanien und Portugal wurden noch Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg von faschistischen Diktaturen beherrscht, die man – wie zeitweise auch Griechenland – nicht zum ‚freien‘ Westen zählen darf, obwohl sie antikommunistisch ausgerichtet waren. Das kommunistische Albanien war maoistisch orientiert und hielt den ‚Sozial-Imperialismus‘ der Sowjetunion für noch gefährlicher als die kapitalistischen Staaten. Jugoslawien erfordert eine differenzierte Betrachtung. Nach dem Bruch Titos mit Stalin war das Land zwar weiterhin kommunistisch ausgerichtet, zählte aber zu den blockfreien Staaten und ermöglichte seinen Bürgerinnen und Bürgern die Aus- und Einreise. Damit unterschied es sich von Staaten, wie der DDR, die ihren Bürgerinnen und Bürgern die Reise- und Bewegungsfreiheit durch Mauer und Stacheldraht verwehrten. Da sich das Geschichtsprojekt ‚Brocken-Erklärung‘ darauf richtet, an die Öffnung einer bis dahin undurchdringlichen Grenze zu erinnern, ist die Verlaufsvariante vorgegeben.“ Am Vortag des Tages der Deutschen Einheit 2008 begann im Rahmen einer Veranstaltung am Grenzdenkmal zwischen Hötensleben (Sachsen-Anhalt) und Schöningen (Niedersachsen) die Installation der Gedenktafeln. Mit dabei waren Minister Wolfgang Tiefensee aus Berlin und die Minister Dr. Karl-Heinz Daehre aus Sachsen-Anhalt und Uwe Schünemann aus Niedersachsen. Dabei fiel auch hier wieder der Daehre-Satz, der als Motivation in keinem Dokument aufgetaucht war, aber das ganze Geschichtsprojekt getragen hatte: „Wenn unsere Generation das nicht tut, von der nächsten Generation können wir das nicht erwarten.“

Von der Ostsee bis an die Grenze zu Tschechien sowie zwischen (West-)Berlin und Brandenburg folgten auf Hötensleben 108 weitere Gedenktafeln. Sie wurden oft genau an dem Tag enthüllt, an dem an dieser Stelle vor 20 Jahren die Grenze passierbar wurde. Das war vielerorts wieder von Volksfesten begleitet.



Die Enthüllung der ersten Gedenktafel am 2. Oktober 2008 in Hötensleben: (in der ersten Reihe) Verkehrsminister Dr. Karl-Heinz Daehre (rechts), Eberhard Arndt, Abteilungsleiter im sachsen-anhaltischen Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (links), und Ulrich-Karl Engel

Bereits am 3. Dezember 2009, dem 20. Jahrestag der Öffnung des militärischen Sperrgebietes Brocken-Plateau, waren dem Brocken-Museum die Original-„Brocken-Erklärung“ mit den Unterschriften der Minister und eine Zeittafel übergeben worden. Auf ihr können Museumsbesucher heute nachvollziehen, wo und an welchem Tag und zu welcher Uhrzeit die Grenze geöffnet wurde. Zusätzlich wurde zum Geschichtsprojekt „Brocken-Erklärung“ eine Broschüre mit vielen Zeitzeugenberichten aufgelegt, die über das Brockenmuseum, die Gedenkstätten und Museen entlang der ehemaligen Grenze vertrieben wurden. Wer keine erhalten hat, findet sie weiterhin unter diesem Stichwort „Brocken-Erklärung“ im Internet.

Um die Gedenktafeln dauerhaft zu sichern, wurde ihnen durch eine Veröffentlichung im „Verkehrsblatt“, dem Verordnungsblatt des Bundesverkehrsministeriums, ein Status zugewiesen, der sie, vergleichbar mit Hinweisen zu Flussnamen an Brücken, zur festen Ausstattung der jeweiligen Straße macht. So wie die Länder es beim Projektstart vereinbart hatten, ist damit im Rahmen der Straßenunterhaltung die notwendige Pflege gesichert.

Die Idee des Geschichtsprojektes „Brocken-Erklärung“ war es, an möglichst vielen authentischen Orten an der ehemaligen Westgrenze der DDR an die geschichtlichen Ereignisse von 1989/90 und die überwundene Teilung Deutschlands sichtbar zu erinnern. Während die Generation der „Dabeigewesenen“ im Kopf ohnehin Bilder mit sich trägt, sollten alle anderen und besonders nachwachsende Generationen im Vorbeifahren auf ein wichtiges Ereignis in der deutschen und europäischen Geschichte hingewiesen werden. Die auf den Gedenktafeln dokumentierten Zeitangaben, die vom Datum der Öffnung der Berliner Mauer, dem 9. November 1989, abweichen, sollten eine Irritation erzeugen und Fragen aufwerfen. Es ging um den Anstoß, den ein Denkmal im besten Fall erzeugen kann: „Denk-mal-nach“.

Gegenwärtig sind die Bundesländer Sachsen-Anhalt und Thüringen dabei, die aktive Erinnerung an die Teilungsgeschichte, die historischen Zeugnisse sowie den dauerhaften Schutz der ökologisch wertvollen Flächen unter dem Dach eines in Thüringen bereits beschlossenen und in Sachsen-Anhalt in Vorbereitung befindlichen „Nationalen Naturmonuments Grünes Band“ zu vereinen.

Ob das Konzept der „Brocken-Erklärung“ mit den Gedenktafeln aufgegangen und Teil der Erinnerungskultur geworden ist, entscheidet sich immer dann, wenn sich in vorbeifahrenden Fahrzeugen ein Gespräch, im besten Fall zwischen Generationen, zu dem entwickelt, was hier und überall an der ehemaligen Grenze stattfand, was die Grenze bedeutet und wie ihre Öffnung das Land und uns selbst verändert hat.

Aus der Arbeit der Stiftung





Kranzniederlegung am Gedenkstein auf dem Ehrenfriedhof

Gedenken in Gardelegen – Ein Rückblick auf den 74. Jahrestag des Massakers in der Isenschnibber Feldscheune am 14. April 2019

Andreas Froese

Etwa 250 Teilnehmende waren zum Gedenken an die Ermordeten des Todesmarschverbrechens zum historischen Tat- und Begräbnisort in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen angereist. In diesem Jahr widmete sich der Jahrestag dem Themenschwerpunkt „Jüdische KZ-Häftlinge auf den Todesmärschen 1944/45“. Zahlreiche Ehrengäste aus dem In- und Ausland, darunter Familienangehörige der Ermordeten, Franc But, der Botschafter der Republik Slowenien in Deutschland, und weitere Mitglieder des diplomatischen Corps der Botschaften von Belarus, Polen, Russland, der Ukraine und den USA waren mit dabei.

Nach der Kranzniederlegung am Gedenkstein auf dem Ehrenfriedhof begrüßte Stiftungsdirektor Dr. Kai Langer die Teilnehmenden. Er verwies auf die sichtbaren Bau-

fortschritte bei der Errichtung des Besucher- und Dokumentationszentrums, dessen Rohbau bereits fertiggestellt sei. Bei dieser Gelegenheit dankte er dem Land Sachsen-Anhalt für die Ermöglichung dieses Projektes und die Bereitstellung der finanziellen Mittel. Auch Gardelegens Bürgermeisterin Mandy Zepig ging in ihrem Grußwort auf die Bedeutung des neuen Gebäudes für die Gedenkstätte und ebenso für die Hansestadt ein. Sichtlich erfreut zeigte sie sich über den kontinuierlichen Anstieg der Besucherzahlen in der Gedenkstätte und der Teilnehmenden an den Gedenkveranstaltungen: „Die Bevölkerung ist und bleibt mit der Geschichte dieses Ortes aufs Engste verbunden.“ Dabei bezog sie sich auch auf die Anordnung der US-amerikanischen Truppen vom April 1945, die nach ihrer Entdeckung des Tatorts der Stadtbevölkerung eine würdige Beisetzung der beim Massaker Ermordeten und die Anlage eines dauerhaften Ehrenfriedhofes befohlen hatten: „Für die Stadt Gardelegen ist es nicht nur eine Verpflichtung, sondern auch eine Ehre, diesen besonderen Ort weiterhin pflegen zu dürfen.“

Gedenkstättenleiter Andreas Froese ging auf den diesjährigen Themenschwerpunkt ein. Er betonte, dass das jährliche Gedenken und die tägliche Arbeit an diesem historischen Ort stets allen Ermordeten des Massakers gleichermaßen gewidmet seien. Um der vielen ermordeten Menschen und Gruppen allerdings möglichst individuell gedenken zu können, sei sowohl ein Blick auf die einzelnen Lebensgeschichten als auch auf die gruppenbezogenen Verfolgungs- und Ermordungspraktiken im nationalsozialistischen KZ-System notwendig. Dies sei nicht nur der Wunsch vieler Angehöriger der Ermordeten, sondern liege auch im Bildungsauftrag der Gedenkstättenarbeit: „Unser Anliegen ist es, den Ermordeten das zurückzugeben, was ihnen die mitwirkenden Täterinnen und Täter geraubt hatten: ihre menschliche Identität, ihr Andenken, ihre Würde.“ Im Zusammenhang mit den Todesmärschen hob Froese hervor, dass infolge der Ausweitung des KZ-Systems während der letzten Kriegsjahre insbesondere auch Jüdinnen und Juden als KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit deportiert und als Arbeitskräfte unter mörderischen Bedingungen ausgebeutet wurden. Deshalb und infolge der Räumungen frontnaher Konzentrationslager ab 1944 seien auch zahlreiche jüdische KZ-Häftlinge auf die Todesmärsche bei Kriegsende getrieben worden. Da zu DDR-Zeiten das Hauptaugenmerk des offiziellen Geschichtsbildes vor allem auf der Gruppe der politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern gelegen habe, sei die Gruppe der jüdischen





Agnieszka Śliwińska, Enkelin von Władysław Śliwiński, stellte die Biografie ihres ermordeten Großvaters vor

KZ-Häftlinge in der Erinnerungskultur über viele Jahrzehnte hinweg nicht gewürdigt und als „Opfer zweiter Klasse“ angesehen worden. Doch auch im Jahr 2019 seien einige Häftlingsgruppen der in Konzentrationslager Deportierten noch nicht offiziell als Verfolgte und Opfer des Nationalsozialismus anerkannt und würden teilweise immer noch öffentlich diskriminiert und diffamiert.

Kritische Worte gegenüber den Gedenkritualen der heutigen Erinnerungskultur fand die Berliner Schriftstellerin Juna Grossmann in ihrer Gedenkrede¹: „Um wen geht es an Tagen wie diesen? Geht es um uns selbst und darum, wer hier heute mit welchem Rang erschienen ist? Oder geht es nicht vielmehr um die Menschen, die hier ermordet wurden, um ihr Vermächtnis, um die Menschen, die zunächst in Massengräbern verscharrt dem Vergessen anheimfallen sollten.“ Kritisch hinterfragte sie, ob der Aktualitäts- und Gegenwartsbezug des heutigen NS-Gedenkens tatsächlich hinsichtlich aktueller Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus und Antisemitismus sensibilisiere: „Wie viele Menschen haben ihre Namen, ihre Identität bis heute nicht zurückerhalten? Wie viele Familien suchen noch immer? An wie vielen Orten wird



Name	Vorname	Geburts- tag	Geburts- ort
Mérand	Louis Adrien Jean	08.09.1921	Nort-
Jonghbloet	Frans	27.05.1925	Her-
Śliwiński	Władysław	07.07.1919	W-
Gorgan	Manoch	06.03.1895	

Das aktualisierte Gedenkbuch auf dem Ehrenfriedhof mit den hinzugefügten Namen von Manoch Gorgan und Władysław Śliwiński

noch heute geschwiegen über das, was geschah? Und was tun wir, bis wir zur nächsten Gedenkveranstaltung gehen, hier oder irgendwo? Es wird weggesehen, wie einst so viele wegsahen!“

Unter dem Titel „Jeder Name zählt!“ verlasen Kevin Burkhardt, Jeremy Köhler, Amar Schakir und Jennifer Zoschke, Schülerinnen und Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums Gardelegen, stellvertretend für alle Ermordeten des Massakers die Namen von 20 Menschen aus mehreren europäischen Ländern. Anschließend stellte Gedenkstättenleiter Andreas Froese die Personen Manoch Gorgan und Władysław Śliwiński vor: zwei in Gardelegen ermordete und beigesetzte KZ-Häftlinge aus Belgien/Frankreich und Polen, deren Namen erst vor wenigen Monaten bei den Recherchen zur neuen Dauerausstellung ermittelt werden konnten. Agnieszka Śliwińska, Enkelin von Władysław Śliwiński, war deshalb eigens aus Warschau zur Gedenkveranstaltung nach Gardelegen angereist, um bei der namentlichen Aufnahme ihres Großvaters ins Gedenkbuch dabei zu sein und den Anwesenden die Biografie ihres Großvaters vorzustellen. „Ich bin stolz auf meinen Grossvater! Die Gewissheit, dass er hier auf dem Ehrenfriedhof ein gepfleg-



tes Grab hat und dass sein Name jetzt ins Gedenkbuch eingetragen ist, gibt mir und meiner Familie nun innere Ruhe.“

Anschließend widmeten Pfarrer Martin Goetzki von der Evangelische Kirchengemeinde Gardelegen, Pfarrer Andreas Lorenz von der Katholischen Pfarrei St. Hildegard Gardelegen und Kantor Yuri Zemskyi von der Jüdischen Gemeinde zu Halle den Ermordeten religiöse Beiträge. Musikalisch begleiteten der Männerchor „Eintracht“ Gardelegen und das Bläserensemble der Kreismusikschule Salzwedel von Falk Kindermann und Stephan Sell die Gedenkveranstaltung.

Dass die Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen heute als Lern- und Erinnerungsort international wahrgenommen wird und zugleich fest in der regionalen Erinnerungskultur verankert ist, konnten die Teilnehmenden der Gedenkveranstaltung an diesem Tag besonders eindrucksvoll und anschaulich erfahren.

Anmerkung

- 1 Vgl. dazu den Beitrag von Juna Grossmann in diesem Rundbrief.

Veranstaltungen am 27. Januar 2019 in den Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus

Gesine Daifi / Melanie Engler / Andreas Froese / Ute Hoffmann / Michael Viebig

„Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. [...] Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“¹

Mit diesen Worten erklärte der damalige Bundespräsident Roman Herzog im Januar 1996 den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, jenen Tag, an dem vor nunmehr 74 Jahren das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz von Einheiten der Roten Armee befreit wurde. Auschwitz gilt heute weltweit als Synonym für die nationalsozialistischen Verbrechen, insbesondere den Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden sowie an den Sinti und Roma, „[e]s steht für Brutalität und Unmenschlichkeit, für Verfolgung und Unterdrückung, für die in perverter Perfektion organisierte ‚Vernichtung‘ von Menschen“².

Der 27. Januar wird seither jenen Menschen gewidmet, „die durch das nationalsozialistische Regime entrechtet, verfolgt, gequält oder ermordet wurden“³.

Genau diesem Gedanken folgend, nehmen die jährlich stattfindenden Veranstaltungen in der **Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin** jeweils eine Häftlingsgruppe bzw. einen Aspekt der Geschichte der Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg in den Blick, um zugleich die Diversität der Häftlingsgesellschaft aufzuzeigen: Mehr als 10.000 Menschen waren zwischen 1933 und 1945 im Schloss Lichtenburg inhaftiert, weil sie aus politischen, „rassischen“, religiösen und sozialhygienischen Gründen, wegen ihrer sexuellen Orientierung sowie als „asozial“ Stigmatisierte verfolgt wurden.

Stellvertretend für all jene Menschen war die diesjährige Veranstaltung den homosexuellen Häftlingen im KZ Lichtenburg gewidmet. Unter dem Titel „Man [...] schindet sie in der brutalsten Weise [...]“ hatten 19 Schülerinnen und Schüler des Geschichtskurses 12/2 vom Jessener Gymnasium eine szenische Lesung entwickelt. Gemeinsam mit ihrer Lehrerin Claudia Buchmann haben sie sich unterrichtsbegleitend und mit sehr viel Engagement mit der Verfolgung von Homosexuellen im Nationalsozialis-





Prettin: Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Jessen präsentieren die Lesung „Man [...] schindet sie in der brutalsten Weise [...]“

mus auseinandersetzt und verschiedenste Quellen zum KZ Lichtenburg ausgewertet. Aus diesen Materialien entstand schließlich eine Lesung, die am 27. Januar uraufgeführt wurde.

Die Lesung wurde von zwei Filmen umrahmt, die wiederum im Kunstunterricht unter der Leitung von Gabriele Zabel gedreht worden waren und den Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart spannten. Mit diesen Filmen hatte eine eindrückliche und klare Positionierung der Schülerinnen und Schüler Eingang in die Lesung gefunden.

Zuvor hatte Melanie Engler, Leiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin, die Anwesenden begrüßt und den historischen Hintergrund der Lesung skizziert: Von zentralen Aspekten der Verfolgungsgeschichte von Homosexuellen ausgehend, hatte sie ebenso die Situation homosexueller Häftlinge im KZ Lichtenburg thematisiert. Gleichzeitig erinnerte sie auch daran, dass staatliche Homophobie kein Alleinstellungsmerkmal des NS-Staates sei, sondern sowohl vor als auch nach dem Nationalsozialismus gelebte Realität war und Homosexuelle nach dem 8. Mai 1945 nach dem gleichen, unter den Nationalsozialisten verschärften Paragraphen 175 über Jahrzehnte weiter verfolgt wurden.



Bernburg: Femke Opper und Robert Scholz während der Lesung

Jürgen Dannenberg, Landrat des Landkreises Wittenberg, richtete im Anschluss daran ein Grußwort an die 140 Gäste. „Dass diese Verbrechen stets als Mahnung präsent bleiben“, so Dannenberg, „erfordert, dass wir uns der Gefahr des Vergessens entgegenstellen. [...] So sind ernstzunehmende Entwicklungen festzustellen, die unser demokratisches Gemeinwesen erheblich schaden und das Klima des Zusammenlebens zu vergiften drohen und Toleranz mehr und mehr schwinden lassen.“

Im Anschluss an die Gedenkstunde im Besucher- und Dokumentationszentrum wurden vor den Zellentüren im ehemaligen „Bunker“, dem Ort des verschärften Arrests im KZ Lichtenburg, Blumen und Gebinde niedergelegt. Die Anwesenden waren zudem eingeladen, an selbst gewählten Plätzen im „Bunker“ Kerzen aufzustellen.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung in der **Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg** standen drei Männer und drei Frauen, deren Lebensgeschichten von ihren Angehörigen recherchiert und der Gedenkstätte zur Verfügung gestellt worden waren.



Unter dem Titel „Viel zu kurze Leben“ lasen Femke Oppen und Robert Scholz aus den Biographien dieser sechs Menschen. Es handelte sich um Boleslaw Celinski, Irma Eckler, Marie Anna Grünewald, Otto Lange, Alfred Mühlhausen und Ruth Rosa Mühlmann. Vier von ihnen fielen der „Euthanasie“ zum Opfer, erkrankt durch extrem schwierige Lebenssituationen während bzw. nach dem Ersten Weltkrieg oder durch hohes Fieber als Folge von Scharlach. Zwei von ihnen wurden als KZ-Häftlinge im Rahmen der „Sonderbehandlung 14 f 13“⁴ ermordet. In allen Fällen erhielten die Familien falsche oder gar keine Auskünfte. Die vorgetragenen Biographien spiegelten deshalb auch die schwierige Suche nach Informationen aus einer Vergangenheit wider, über der sich der Mantel des Schweigens nur langsam hebt.

Nach diesen bewegenden Einblicken begaben sich die Gäste zum Gedenkstein vor dem Gebäude der Gedenkstätte und gedachten bei einer Kranzniederlegung und einer Schweigeminute der über 14.000 Opfer der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg.

Lesung und Kranzniederlegung wurden musikalisch einfühlsam begleitet vom Duo Parwaneh mit Ina Friebe und Vahid Shahidifar.

Vor und nach der Gedenkveranstaltung stand allen Interessierten der Ausstellungsbe-
reich der Gedenkstätte offen.

In der **Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge** führte das Käthe-Kollwitz-Gymnasium Halberstadt das seit 2009 bestehende Projekt „Schüler führen Schüler“ fort. Rund 160 Jugendliche der fünften und zwölften Klassenstufe waren auf dem ehemaligen Lagergelände des KZ Langenstein-Zwieberge unterwegs, wobei die älteren Schülerinnen und Schüler den jüngeren die Geschichte des Lagers und der darin inhaftierten Menschen vermittelten. Die Zwölftklässler hatten sich im Vorfeld eingehend mit dieser Geschichte befasst, das ehemalige Lagergelände und die Ausstellung der Gedenkstätte besichtigt und das Gespräch mit der Gedenkstättenpädagogin gesucht. So konnten sie ihre Kenntnisse auf ungewohnte Art und Weise und mit anderen Worten als üblich den jüngeren Mitschülerinnen und Mitschülern vermitteln.

Zuvor hatte ihnen Luca Marohn, Schülerin einer der 12. Klassen, Folgendes auf den Weg gegeben:

„Gerade wir sollten uns nie scheuen, über den Holocaust und die Zeit des Nationalsozialismus zu sprechen. Wir sollten uns nicht von den Grausamkeiten der Vergangenheit abwenden, bloß weil wir das Glück haben, in Frieden zu leben. Wir sollten Brücken



Langenstein: Der Singkreis des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums Halberstadt



bauen! Brücken zwischen den älteren und den jüngeren Schülern. Brücken zwischen der Vergangenheit, dem Heute und der Zukunft. Lasst uns gemeinsam durch die Gedenkstätte Zwieberge gehen und dem Verlöschen der Erinnerung entgegenwirken. Ganz einfach, indem wir miteinander reden!“

Nach dem Rundgang trafen sich die Schülerinnen und Schüler, deren Lehrer sowie Menschen aus der Region am Mahnmal an den Massengräbern, um der Opfer dieses Konzentrationslagers zu gedenken. Daniel Szarata, Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, sprach Worte des Gedenkens und hob die Wichtigkeit des generationsübergreifenden Projekts „Schüler führen Schüler“ für die Auseinandersetzung nachfolgender Generationen mit der Geschichte hervor.

Nachdem die Jugendlichen an den Gräbern Blumen niedergelegt hatten, gedachten auch die anderen Teilnehmenden der Veranstaltung mit Kränzen, Blumen und einer Minute des Schweigens der Opfer. Hannes Waders Antikriegslied „Es ist an der Zeit“, vorgetragen vom Singekreis des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums, beendete die Veranstaltung.

Am Nachmittag des 27. Januar 2019 luden Gedenkstätte und Moses Mendelssohn Akademie zur Vorführung des Films „Austerlitz“ von Sergei Loznitsa in die Akademie in Halberstadt ein. Der Filmtitel bezieht sich auf den gleichnamigen Helden eines Romans von W. G. Sebald und thematisiert Gedenkstättenbesuche im Zeitalter des Massentourismus. Mit der folgenden Äußerung werden die Beweggründe Loznitsas für die Entstehung seines Films deutlich: „Eines der größten Mysterien solcher Orte ist die Motivation der Menschen, ihre Sommerwochenenden in ehemaligen Konzentrationslagern zu verbringen und Öfen und Krematorien anzuschauen. Um es zu verstehen, habe ich diesen Film gemacht.“ In Schwarz-Weiß und langen Einstellungen gedreht, zeigt der Film Touristengruppen über ein Gelände strömen, bei dem erst in der letzten Einstellung durch die Torinschrift „Arbeit macht frei“ deutlich wird, dass es sich um das Gelände eines ehemaligen Konzentrationslagers handelt. Es gibt keine Kommentare.

Der Film polarisiert und wirft Fragen auf. Und so wurden in der anschließenden, sehr lebhaften Diskussion auch genau die Fragen thematisiert, die den Alltag von Gedenkstättenarbeit bestimmen.

Mit einer öffentlichen Kranzniederlegung am Gedenkstein auf dem Ehrenfriedhof in der **Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen** erinnerten die Hansestadt Gardelegen und die Gedenkstätte gemeinsam an die Opfer des Nationalsozialismus.



Gardelegen: Auf dem Weg zur Kranzniederlegung: Vertreterinnen und ertreter des öffentlichen Lebens und der Einwohnerschaft aus Gardelegen bei der Veranstaltung zum 27. Januar 2019 in der Gedenkstätte Gardelegen

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Bürgermeisterin Mandy Zepig die rund 200 Anwesenden auf dem Gelände. Dass in den vergangenen Jahren immer mehr Menschen die Gedenkstätte Gardelegen besuchen und seit dem Beginn der dortigen Bauarbeiten für das neue Dokumentationszentrum auf dem Gelände auch die Zahl der Teilnehmenden an den jährlichen Gedenkveranstaltungen deutlich zugenommen habe, wertete sie als ein ermutigendes Zeichen für das rege Interesse in der Bevölkerung, sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinandersetzen zu wollen. Bei vielen Menschen in der Region nehme sie eine vorfreudige Neugier auf das zukünftige Gedenkstättengebäude wahr. Den bereits erstellten Rohbau auf dem Baufeld konnten die Teilnehmenden am Rande der Gedenkveranstaltung bereits von außen betrachten. Gedenkstättenleiter Andreas Froese, der auf Einladung der Hansestadt Gardelegen in diesem Jahr die Gedenkrede hielt, sicherte zu, dass die zukünftige Forschungs- und Bildungsarbeit im neuen Dokumentationszentrum dieses erfreuliche Interesse vieler Menschen, mehr wissen zu wollen, Fragen zu stellen und kritisch nachzudenken, auf vielseitige Weise aufgreifen werde. Er dankte allen, die sich schon seit vielen Jahren



für die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen in der Region und für den Bau des Dokumentationszentrums einsetzt hatten. In seiner Rede ging er insbesondere auf die frühen Anfänge des Nationalsozialismus in den 1920er und 1930er Jahren ein. Die damals in öffentlichen Reden und Medienbeiträgen, in politischen Programmschriften, im alltäglichen Sprachgebrauch und durch gewaltsame Übergriffe auf den Straßen schrittweise etablierte Menschenfeindlichkeit gegen einzelne Personen und Gruppen habe eine zentrale Grundlage für die späteren NS-Massenverbrechen geschaffen. Immer neue Tabubrüche und gezielte Provokationen seitens nationalsozialistischer Akteure hätten dazu beigetragen, die Anfeindung, Ausgrenzung und Abwertung von Menschen allmählich als „normale“ und „gewöhnliche“ Phänomene zu etablieren und die Grundwerte des demokratischen Zusammenlebens zu schwächen. Umso wichtiger sei es, kritisch auf den damaligen und auf den heutigen Sprachgebrauch im öffentlichen Raum zu blicken. Dass einige politische Akteurinnen und Akteure heute den Nationalsozialismus verharmlosen und erneut auf NS-Begrifflichkeiten zurückgreifen, um sie als Kampfbegriffe gezielt gegen Personen und Gruppen einzusetzen, müsse nachdenklich stimmen. Umso erfreulicher sei das bundesweit gestiegene Interesse an einer Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und am Besuch von Gedenkstätten als Informations- und Lernorten.

In verteilten Sprechrollen verlasen Henning Krüger, Jette Mertens, Ammar Shakir und Jennifer Zoschke – allesamt Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums „Geschwister Scholl“ Gardelegen – einen Nachdenkmonolog aus Primo Levis autobiographischem Bericht „Die Atempause“ von 1963. Anhand verschiedener Episoden seiner Befreiung als Häftling im KZ Auschwitz im Januar 1945 und seiner anschließenden mehrmonatigen Heimreise durch das zerstörte Europa zurück nach Italien machten sie an seinem Beispiel deutlich, dass sich viele Überlebende der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspraxis nach ihrer Befreiung durch die Alliierten keineswegs befreit fühlten, sondern weiterhin, noch über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg, an ihren Erfahrungen litten und oftmals ein Leben lang gezeichnet blieben.

Musikalisch umrahmte der Postchor der Hansestadt Gardelegen unter der Leitung von Anne Preuß die Gedenkveranstaltung.

Unter den im Zuchthaus Halle während der NS-Diktatur hingerichteten Menschen befand sich auch der 21-jährige Jules Kutter aus Strassen in Luxemburg. Vom Reichs-



Halle: Bürgermeister Egbert Geier im Hof der Gedenkstätte

kriegsgericht wegen Fahnenflucht und Spionage zum Tode verurteilt, wurde er am 3. Oktober 1944 nach Halle überstellt und zwei Tage später im „Roten Ochsen“ hingerichtet. Sein Schicksal steht exemplarisch für die deutschen Zwangsmaßnahmen in dem seit Mai 1940 besetzten Luxemburg. Zu ihnen zählte auch die Ende August 1942 getroffene Anordnung, dass jeder zwischen 1920 und 1924 geborene Einwohner des Großherzogtums zur Wehrmacht einberufen werde. Die Bevölkerung reagierte durch Protestaktionen und einen Generalstreik, um auf die völkerrechtswidrigen Vorgänge in ihrem Heimatland aufmerksam zu machen und die Rücknahme der Zwangsmaßnahmen zu erreichen.

Die Folgen waren furchtbar: Standgerichte, Exekutionen, Deportationen. Auch unter den im Zuchthaus Halle während der NS-Diktatur inhaftierten Menschen befanden sich dadurch mehr als 20 Luxemburger; eine sehr große Zahl gemessen an der Gesamtbevölkerung des Großherzogtums, die weniger als 300.000 betrug.

Am Samstag, dem 27. Januar, dem bundesweiten „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“, erinnerten die **Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale)** und die Stadtverwaltung Halle (Saale) gemeinsam daran, dass die Ereignisse in Luxemburg



auch unsere Stadt berührt haben. Zu Beginn der Kranzniederlegung im Hof der Gedenkstätte fand Bürgermeister Egbert Geier eindrucksvolle Worte des Erinnerns. Mitglieder der Staatskapelle Halle lieferten dazu den passenden musikalischen Rahmen.

Im Anschluss daran eröffnete Jean Claude Muller, Erster Regierungsrat in der Staatskanzlei des Großherzogtums Luxemburg, die Ausstellung „Luxemburg im Zweiten Weltkrieg. Zwangsrekrutierung – Streik – Umsiedlung“. Dabei erwähnte Muller einige erst kürzlich bekannt gewordene Einzelheiten aus dem Leben des in Halle ermordeten Jules Kutter – Details, die für die Vermittlung eines solchen Schicksals im Rahmen der pädagogischen Arbeit der Gedenkstätte sehr wertvoll sind.

Die Ausstellung konnte bis 23. März 2019 in der Gedenkstätte besichtigt werden.

Anmerkungen

- 1 27. Januar – Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus – Proklamation des Bundespräsidenten, online unter https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/1990-1999/1996/03-96_Herzog_1.html [Stand vom 07.03.2019].
- 2 Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag vom 19.01.1996, online unter http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1996/01/19960119_Rede.html [Stand vom 07.03.2019].
- 3 27. Januar – Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus (wie Anm. 1).
- 4 Unter der Bezeichnung „Sonderaktion 14 f 13“ wurden ab 1941 nicht mehr arbeitsfähige sowie aus „rassischen“ oder religiösen Gründen verfolgte Häftlinge aus Konzentrationslagern in die „Euthanasie“-Anstalten Bernburg, Sonnenstein/Pirna und Hartheim (Österreich) deportiert und ermordet.



Podiumsgespräch am 26. Oktober 2018 im Ankerhof Hotel Halle (Saale) (v.l.n.r.): Dr. Carl-Georg Winter, Dr. Julia Landau, Birgit Neumann-Becker, Sybille Krägel und Klara Pinerova

Ein Tabu: Zivilisten, Kriegsgefangene und politische Häftlinge in Lagern des NKWD.

Das Halle-Forum vom 25. bis 26. Oktober 2018

André Gursky

Das 24. Halle-Forum 2018 setzte inhaltlich das im Vorjahr stattgefundene Treffen ehemaliger politischer Häftlinge zum Thema „Speziallager in der SBZ/DDR“ mit Fokus auf das NKWD-Lagersystem in Osteuropa fort. Nach wie vor bestehen Defizite in der Aufarbeitung der Geschichte des sowjetischen Lagersystems, insbesondere den Personenkreis der politischen Häftlinge betreffend, aber auch hinsichtlich der jeweiligen Verantwortlichkeiten sowie der Zusammensetzung des Lagerpersonals. Die Vorgänge, die zur Lagerhaft führten, müssen weiter wissenschaftlich aufgeklärt werden. Zudem sind die Behandlung von Haftfolgeschäden und deren politische Relevanz im gesellschaftlichen Diskurs bis heute thematisch unterschiedlich gewichtet, oder – wie einer der Teilneh-



mer des Halle-Forums resümierte: „Die Ungleichheit für Haft- und Haftfolgeschäden ist zwischen den Opfern des Holocaust und des GULag noch immer vorhanden. Die russischen Besatzer haben die Einrichtungen der NS-Konzentrationslager wie selbstverständlich für ihre Zwecke genutzt. In der DDR wurden diese neuen Einrichtungen schamhaft ‚Speziallager‘ genannt.“

In drei grundlegenden Vorträgen und zahlreichen Diskussionsbeiträgen wurde auf dem Häftlingstreffen in Halle zu diesen und weiteren Aspekten der Geschichte des NKWD-Lagersystems Stellung bezogen. Schon in seiner Begrüßungsrede betonte Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, die Kontinuität der Veranstaltung zum 23. Halle-Forum und fokussierte den Blick auf die zivilen Opfer.

Katharina Brederlow, Beigeordnete für Bildung und Soziales der Stadt Halle, unterschied wesentliche Handlungsweisen in der alliierten Internierungspraxis der Besatzungsmächte.

Für die sowjetische Besatzungsmacht war der NKWD-Befehl 00315 vom 18. April 1945 wesentlich. Hiernach verbrachte Stalins Geheimdienst als „gefährlich eingestufte Personengruppen“ in die Lager, in denen Terror und die Unterdrückung politischer Gegner herrschten. Eva Feußner, Staatssekretärin im Bildungsministerium Sachsen-Anhalt, plädierte dafür, die Erinnerungen nachhaltig weiterzutragen und das Demokratieverständnis bei der jungen Generation zu fördern.

Dr. Julia Landau, Kustodin zum Themenbereich der Geschichte des Sowjetischen Speziallagers Buchenwald in der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, erläuterte in ihrem Vortrag das System der Speziallager und den Umgang damit in Ost und West unter besonderer Berücksichtigung von Internierten aus Sachsen-Anhalt. Am Beispiel Buchenwalds zeigte sie, dass dort neben Funktionsträgern der NSDAP zahlreiche Zivilisten interniert worden waren. Deren Deportation sollte nach Karaganda erfolgen. Die Auflösung der letzten Speziallager in Sachsenhausen, Bautzen und Buchenwald erfolgte 1950 nach Gründung der DDR. Über die Schicksale zahlreicher Toter und in Gräbern verscharrter Lagerhäftlinge fehlen bis heute Informationen.

Sybillie Krägel, geborene Rasmussen, machte in einem weiteren Beitrag deutlich, warum sie über Jahrzehnte nicht zur Ruhe kommen konnte. Die Kindheitserinnerungen an ihren Vater waren nur vage: „Warum wurde mein Vater von den Sowjets verhaftet, warum ausgerechnet er? Was hatte er verbrochen, warum musste er sterben?“ Hans Rasmussen gehörte zu den ca. 100.000 verhafteten Deutschen, die nach dem NKWD-

Befehl 00315 für gefährlich gehalten wurden. Nicht weil er ein Verbrecher war, sondern weil man ihn – wie in diesem Fall als Nutznießer des NS-Regimes – für politisch gefährlich hielt. Das ehemalige NSDAP-Mitglied Rasmussen hatte in Hainichen als Chef der Framo-Werke einen wichtigen Betrieb geleitet, in dem Kleinwagen und Transporter vom Band liefen (in der DDR später unter der Marke „Barkas“ bekannt). Ein enger Mitarbeiter denunzierte den Betriebsleiter über den „Antifaschistischen Aktionsausschuss“ bei den Besatzern, es folgten Verhaftung, Lagerhaft und Tod. Die letzte Ruhestätte von Hans Rasmussen ist ein Massengrab in Toszek.

Sybille Krägel beleuchtete eindrücklich die Zustände und den Häftlingsalltag im NKWD-Lager Tost. Seit den 90er Jahren stellte sie eine Liste mit über 4.500 Internierten des Lagers zusammen und initiierte eine Gedenkstätte, die 1998 eingeweiht wurde. Für ihr ehrenamtliches Engagement wurde die Hamburgerin 1999 mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Sie arbeitet im Vorstand der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) als Beigeordnete und ist Vorsitzende der Initiativgruppe NKWD-Lager Tost.

Klara Pinerova aus Prag informierte am zweiten Veranstaltungstag des Halle-Forums mit Jáchymov (Joachimsthal), im deutsch-tschechischen Grenzgebiet gelegen, über Geschichte und Alltag eines weiteren NKWD-Lagers, in dem politische Häftlinge und deutsche Kriegsgefangene beim Uranabbau eingesetzt wurden. Neun Lager, berichtete die Referentin, standen im tschechischen Raum vollständig unter Kontrolle des NKWD. Es ging um die beschleunigte Förderung von Uranerz zum Bau der russischen Atom-bombe. Dabei bezeichneten sich die Häftlinge selbst als „Uransklaven“. Sie lebten in primitiven Baracken, von denen sie fußläufig die Bergwerke erreichen konnten. Wenn-gleich das System der Arbeitsversklavung im Gegensatz zu den Konzentrations- und Vernichtungslagern während des Nationalsozialismus, in denen ganze Bevölkerungs-gruppen industriell organisiert vernichtet werden sollten, nicht auf derartigen Überle-gungen gründete, waren die Lebensbedingungen im Lager selbst katastrophal. Poli-tische Häftlinge nannten sich im NKWD-Lager Jáchimov „MUKL“, was so viel bedeutet wie „Zur Vernichtung bestimmter Mann“. Und die Vernichtung verlief mitunter schlei-chend durch schwerste Arbeitsverletzungen, Vergiftungen, ansteckende Krankheiten und vor allem radioaktive Strahlung. Einige hundert der deutschen Kriegsgefangenen wurden zwischen 1947 und 1949 zur Wismut AG entlassen, die Auflösung des Lagers erfolgte schrittweise mit der Einstellung des Bergbaus in den Jahren nach 1955. Vier



Jahrzehnte später errichtete eine Bürgerinitiative Mitte der 1990er Jahre vor der Joachimsthaler Kirche den „Kreuzweg in die Freiheit“. Stelen mit den Namen der Straf- und Arbeitslager mahnen und erinnern an die Zeit der „Uransklaven“ in der einst berüchtigten Hölle von Jachimov.

Im abschließenden Podiumsgespräch diskutierten Dr. Julia Landau, Sybille Krägel und Klara Pinerova mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Halle-Forums unter der Überschrift: „Kommunistische Gewalt: Aufarbeiten-Anerkennen-Gedenken-Erinnern“. Der Vorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) in Sachsen-Anhalt, Dr. Carl-Georg Winter, hob in diesem Kontext nachdrücklich die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten der Opferrenten zwischen Opfern des NS-Regimes und des Gulag hervor.

Am Rande des Halle-Forums kam es wieder zu zahlreichen persönlichen Begegnungen und interessanten Gesprächen zwischen ehemals Inhaftierten aus dem „Roten Ochsen“. Das diesjährige Treffen wurde als Kooperationsveranstaltung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt, der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, der Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e.V., der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. und des Vereins gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. organisiert. Im Vorfeld des Häftlingstreffens hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, die Sonderausstellung „Prison S-21“ (eine Präsentation des Leipziger Fotografen Thomas Meinicke) in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) sowie die neu eröffnete Ausstellung „Entdecke Halle!“ im Stadtmuseum Halle zu besichtigen.

Die musikalische Umrahmung gestalteten Schülerinnen und Schüler des Elisabeth-Gymnasiums Halle (Saale).



Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Michele Barricelli ist Inhaber des Lehrstuhls für Didaktik der Geschichte und Public History am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München. | **Dr. Nicolas Bertrand** ist Leiter der Gedenkstätte für Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Dr. Daniel Bohse** ist Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. | **Gesine Daifi** ist pädagogischer Mitarbeiterin der Gedenkstätte für Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Christoph Dieckmann** ist Journalist und Autor. | **Fabio Dorigato** ist Leiter der Konsularkanzlei der italienischen Botschaft in Deutschland. | **Ulrich-Karl Engel**, pensioniert, war 1990 bis 1998 Mitglied des Landtages (Bündnis 90/Die Grünen) und später Mitarbeiter im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr. Er ist Mitglied des Kuratoriums „Naturmonument Grünes Band Sachsen-Anhalt“. | **Melanie Engler** ist Leiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin. | **Andreas Froese** ist Leiter der Gedenkstätte Feldscheune Isenschribbe Gardelegen. | **Juna Grossmann** ist eine Netzkolumnistin und Autorin. Sie betreibt den Blog „Irgendwie Jüdisch“. | **Dr. André Gursky** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Cornelia Habisch** ist stellvertretende Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. | **Dr. Ute Hoffmann** ist Leiterin der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg. | **Marcin Jakubowski** ist I. Botschaftsrat und Leiter der Konsularabteilung der polnischen Botschaft in Deutschland. | **Dr. Lutz Miehe** ist Referent im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt und dort u.a. zuständig für die Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. | **Prof. Dr. Ingo Müller** ist Jurist, Autor und Fachhochschulprofessor im Ruhestand für Strafrecht und Strafprozessrecht. | **Gideon Jakob Nissenbaum** ist Vorstandsmitglied der von seinem Vater Sigmund Shimon Nissenbaum gegründeten Stiftung der Familie Nissenbaum. | **Hanka Rosenkranz** ist Lehrerin und Vorsitzende des Fördervereins Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge e.V. | **Michael Viebig** ist Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale).

Fotonachweis

Titelbild: Kai Langer | S. 1 / 130 / 132 / 133: Stefan Schmidt, Altmark-Zeitung | S. 5/11/22 / 26: Landtag / Stefan Müller | S. 15: Standesamt Halberstadt | S. 18 / 19 / 20: Pressestelle / Stadt Halberstadt | S. 37 / 39 / 41 / 145: Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) | 45: Anja Schrott, Ministerium für Justiz und Gleichstellung Sachsen-Anhalt | S. 53 / 54: Ch. Links-Verlag Berlin | S. 59 / 60 / 62 / 63 / 65 / 67 / 68 / 137: Sammlung Gedenkstätte Bernburg | S. 71: Andreas Schoelzel | S. 74 / 75: Deutsches Historisches Museum / S. Ahlers | S. 87: Martin Hanusch / LpB LSA | S. 91 / 95 / 98: Martina Lucht | S. 93 / 101 / 105 / 107 / 139: Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge | S. 111: Matthias Zimmer-Belter | S. 126: Tom Koch | S. 136: Sammlung Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin | S. 141: Malte Schmidt, Volksstimme | S. 143: Thomas Ziegler, Halle (Saale)

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de

Redaktion: Kai Langer (verantw.), Susan Baumgartl, Gesine Daifi, Melanie Engler, Andreas Froese,
Judith Gebauer, Ute Hoffmann, Michael Viebig

Gestaltung | Druck: laut wie leise, Halle | Quedlinburg Druck

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Diese Publikation wurde anteilig gefördert durch die Ludwig-Maximilians-Universität München.



Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | Tel.: (035386) 60 99 75 | Fax: (035386) 60 99 77
Mail: info-lichtenburg@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
Tel.: (03471) 31 98 16 | Fax: (03471) 64 09 691 | Mail: info-bernburg@stgs.sachsen-anhalt.de
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | Tel.: (03941) 56 73 25 | Tel./Fax: (03941) 30 248
Mail: info-langenstein@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

Lage der Gedenkstätte: An der Gedenkstätte 1, 39638 Gardelegen | Kontakt: c/o Hansestadt Gardelegen,
Rudolf-Breitscheid-Str. 3, 39638 Gardelegen | Tel.: (03907) 716 176 | Fax: (03907) 716 111
Mail: info-isenschnibbe@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.
Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20 b | 06108 Halle | Tel.: (0345) 4706 983 37 | Fax: (0345) 4706 983 39
Mail: info-roterochse@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | Tel.: (0391) 24 45 590 | Fax: (0391) 24 45 599 9
Mail: info-moritzplatz@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 09:00 bis 16:00 Uhr
Donnerstag 09:00 bis 18:00 Uhr | Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis
16:00 Uhr sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | Tel.: (039406) 92 090 | Fax: (039406) 92 099
Mail: info-marienborn@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | Öffnungszeiten Gedenkmal Hötenleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

Gruppenführungen bitten wir grundsätzlich vorher anzumelden.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel.: (0391) 244 55 930 | Fax: (0391) 244 55 998
Mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de
Web: www.stgs.sachsen-anhalt.de



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT